



Plenarprotokoll

120. Sitzung

Freitag, 21. Mai 2021

Chancen der Festen Fehmarnbelt- querung für Schleswig-Holstein entwickeln und nutzen.....	9088	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	9097
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2985		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9098
Potenziale der Festen Fehmarnbelt- querung nutzen.....	9088	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	9099
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3034		Beschluss: 1. Überweisung des Alter- nativantrags Drucksache 19/3034 federführend an den Wirtschafts- ausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss, Europaaus- schuss und Innen- und Rechtsaus- schuss	
Christopher Vogt [FDP].....	9088	2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2985.....	9102
Kai Vogel [SPD].....	9090		
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9091	Landesweit kostenloses freies WLAN.....	9102
Lukas Kilian [CDU].....	9092		
Christian Dirschauer [SSW].....	9093	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2854	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	9095		
Kay Richert [FDP].....	9096		
Lars Harms [SSW].....	9096		

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	9103	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	9121
Lars Harms [SSW].....	9104	Christopher Vogt [FDP].....	9123
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	9105	Martin Habersaat [SPD].....	9124
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	9105	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9125
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9107	Lukas Kilian [CDU].....	9127
Stephan Holowaty [FDP].....	9108	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9128
Lars Harms [SSW], zur Ge- schäftsordnung.....	9109	Volker Schnurrbusch [AfD].....	9129
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/2854 federführend an den Umwelt- und Agraraus- schuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.....	9109	Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/2982 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden.....	9129
Bericht zur Bedarfsanalyse des Hil- feangebots für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein.....	9110	Gewalt in Schule wirkungsvoll the- matisieren und vorbeugen - sexua- lisierte Gewalt im Fokus.....	9130
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2936		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2508	
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli- che Räume, Integration und Gleichstellung.....	9110	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/2866	
Beate Raudies [SPD].....	9111, 9120	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatte... ..	9130
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	9113, 9121	Tobias von der Heide [CDU].....	9130
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9114	Kai Vogel [SPD].....	9131
Annabell Krämer [FDP].....	9116	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9132
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9117	Dennys Bornhöft [FDP].....	9133
Claus Schaffer [AfD].....	9118	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	9134
Özlem Ünsal [SPD].....	9119	Doris Fürstin von Sayn-Wittgen- stein [fraktionslos].....	9135
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/2936 federführend an den Sozialausschuss und mit- beratend an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	9121	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	9136
Berichts Antrag Mehr Unterneh- mergeist in Schleswig-Holsteins Schulen - Landeskonzept Entrepre- neurship Education.....	9121	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2508 in der Fas- sung der Drucksache 19/2866.....	9137
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2982		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über die „Stiftung Schloss Eutin“.....	9137
		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2873	

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/2940		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2782	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatterin...	9137	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2782.....	9139
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/2873..	9137	Klarstellende Feststellung der Un- zumutbarkeit von Versammlungen zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zur Landtagswahl...	9139
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunal- verfassungsrechtlicher Vorschrif- ten des Kommunalabgabengesetzes.	9138	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2981 (neu)	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/2961		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2981 (neu) mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit	9139
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/3031		Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge- schäftsordnung des Schleswig-Hol- steinischen Landtags.....	9139
Kathrin Bockey [SPD], Bericht- statterin.....	9138	Drucksache 19/3017	
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/2961..	9138	Beschluss: Annahme.....	9139
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Auflö- sung der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein.....	9138	Reden zu Protokoll	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2987 (neu)		Sterbende und ihre Angehörigen nicht im Stich lassen - Sterbenotruf unterstützen.....	9140
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 19/3036		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2782	
Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	9138	Andrea Tschacher [CDU].....	9140
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/2987 (neu) in der Fassung der Drucksache 19/3036.....	9138	Birte Pauls [SPD].....	9140
		Dennys Bornhöft [FDP].....	9141
		Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fam- ilie und Senioren.....	9142
Sterbende und ihre Angehörigen nicht im Stich lassen - Sterbenotruf unterstützen.....	9139		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Ich eröffne die Sitzung. Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Peer Knöfler, die Abgeordnete Kerstin Metzner, der Abgeordnete Thomas Hölck und die Abgeordnete Dr. Marret Bohn erkrankt. Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Herr Landtagspräsident Schlie hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

Die Abgeordnete Klahn hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages ebenfalls mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

Der Abgeordnete Voß hat mitgeteilt, dass er ab 13 Uhr von der Sitzung fernbleiben wird.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 39:

Chancen der Festen Fehmarnbeltquerung für Schleswig-Holstein entwickeln und nutzen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2985

Potenziale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3034

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Feste Fehmarnbeltquerung ist eines der größten Infrastrukturprojekte in der Geschichte unseres Bundeslandes und hat eine europaweite Bedeutung. Sie bringt nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch Deutschland und Mitteleuropa näher an Skandinavien heran. Wir finden das richtig und freuen uns auf diese Verbindung.

(Beifall FDP und CDU)

(Christopher Vogt)

Gerade in Zeiten, in denen in Europa neue Grenzen entstehen und Grenzen geschlossen werden - auch zum Teil sehr leichtfertig -, sind neue Verbindungen die richtige Antwort.

(Beifall FDP und CDU)

Wir haben als FDP dieses Projekt immer befürwortet. Entsprechend haben wir uns sehr über das Baurecht gefreut. Es geht also nicht um das Ob, sondern um das Wie. Jetzt geht es endlich los. Aber es gibt noch viel zu tun.

Man muss dieses Projekt natürlich nicht mögen. Es gibt viele Punkte, die weiterhin diskutiert werden müssen. Ich habe davor Respekt, und ich habe mich in den letzten Jahren immer wieder persönlich mit verschiedenen Gegnern und Kritikern darüber ausgetauscht. Aber nun wird das Projekt Realität. Deshalb sollte man es gemeinsam bestmöglich gestalten.

(Beifall FDP und CDU)

Wir müssen jetzt verstärkt daran arbeiten, dass wir die Chancen, die mit dem Projekt verbunden sind, bestmöglich nutzen. Die Nebenwirkungen, die es bei einem solch großen Projekt natürlich auch gibt, müssen zum Beispiel durch eine gute Planung und durch Lärmschutzmaßnahmen entsprechend abgemildert werden.

Die deutlich schnellere Verbindung nach Skandinavien bringt nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem kulturelle Chancen. Anders als im Grenzland ist das deutsch-dänische Bewusstsein im Südosten des Landes noch nicht besonders stark ausgeprägt. Auch daran muss man arbeiten. Wir halten es deshalb für eine gute Idee, den Dänischunterricht bestmöglich zu stärken und den Schüleraustausch zu befördern.

(Beifall FDP, CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Ich wusste, dass ich so den SSW abholen kann.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Auch die Beratungen, Herr Kollege Harms, über den Blick auf den gemeinsamen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, der jetzt natürlich entsteht, müssen weiter ausgedehnt werden.

Ich hätte es übrigens als das stärkere Signal empfunden, würden Deutschland und Dänemark die Querung gemeinsam bauen. Etwas heidnisch möchte ich aber anfügen, dass es für den Bau des Projekts wahrscheinlich besser ist, wenn die Dänen das allein machen.

(Beifall FDP)

Die dänische Seite hat mit solchen Infrastrukturprojekten sehr viel mehr Erfahrung, während man sich in Deutschland mit solchen Projekten momentan etwas schwertut.

Ein zweiter Fehler auf deutscher Seite war es meines Erachtens, dass der Bund die Hinterlandanbindung zunächst zu klein geplant hatte, vor allem mit Blick auf die Sundquerung, die Trassenführung der Bahnstrecke und auch mit Blick auf den Lärmschutz, wo jetzt massiv nachgearbeitet wurde. Mit Blick auf den übergesetzlichen Lärmschutz und mit Blick auf die Sundquerung wurde das nun deutlich verbessert.

Allerdings hat die ganze Diskussion ein wenig verdeckt, welche Chancen das Projekt mit sich bringt. Auch auf dänischer Seite hat man sich ein bisschen über die Diskussion in Deutschland gewundert. Dort hat man eben andere Erfahrungen mit solchen Projekten, auch wenn es in Dänemark zu Beginn der Öresundquerung viele Diskussionen gab. Mittlerweile besteht Konsens darüber, dass das ein richtiges Projekt ist.

Meine Damen und Herren, man braucht natürlich entsprechende Gewerbegebiete in Ostholstein, in Stormarn und in Lübeck. Auf dänischer Seite wird das schon erheblich vorbereitet. Man braucht dafür in Schleswig-Holstein nicht nur landesplanerische Grundlagen, sondern auch entsprechende Konzepte. Schleswig-Holstein soll eben kein Transitland werden, was die Querung angeht. Wir wollen den Flächenverbrauch ja grundsätzlich reduzieren. Ich halte es für richtig, dass wir deshalb verstärkt das Thema Flächenrecycling in den Blick nehmen. Das macht diese Koalition auch.

Der Bahnverkehr wird durch das Projekt natürlich erheblich gesperrt. Mit Blick auf aktuelle Diskussionen möchte ich Folgendes sagen: Wenn man weniger Kurzstreckenflüge in Europa will, muss man eben den Bahnverkehr mit entsprechenden Projekten voranbringen. Anders geht es sonst nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Ich bin sehr dankbar für den gemeinsamen Antrag. Mir ist völlig bewusst, dass das für die Grünen nicht ganz einfach ist.

Der Alternativantrag der SPD-Fraktion zeigt viele Gemeinsamkeiten bei diesem Thema, was mich wirklich freut. Das ist ein wichtiges Signal für Ostholstein, für die ganze Region, aber auch ein wichtiges Signal nach Dänemark.

(Christopher Vogt)

Ich erkenne einige Punkte wieder, Herr Kollege Vogel, was das Thema HVV, das Thema Bäderbahn oder auch das Thema der Verkehrskoordinaten angeht. In der letzten Wahlperiode hatte ich diese Themen bereits in ähnlicher Form angesprochen. Allerdings sind wir insoweit auch ein Stück weitergekommen.

Etwas gewundert, Herr Kollege Vogel, hat mich ein bisschen Ihre Kritik an den Grünen mit Blick auf Konstantin von Notz. Denn auch Sie haben mit Frau Hagedorn im Bundestag und sogar zusammen mit der Bundesregierung eine große Kritikerin des Projekts. Es ist das gute Recht von Frau Hagedorn. Aber auch hier hoffe ich, dass wir es gemeinsam schaffen, die Chancen bestmöglich zu nutzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Über die Frage, ob der 3. November 2020, an dem das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gefällt wurde, ein guter oder ein schlechter Tag war, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Für mich und einen Großteil meiner Fraktion war es durchaus ein guter Tag, weil endlich Klarheit eintrat, dass für die Feste Fehmarnbeltquerung nun endlich Baurecht besteht und das Projekt auf schleswig-holsteinischer Seite begonnen werden kann.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Wenn Sie sich den Applaus in unserer Fraktion näher anschauen, gab es aber zum Beispiel bei meiner Kollegin Sandra Redmann keine Freude. Ich bin ihr wirklich dankbar dafür, dass sie uns mit ihrem exzellenten umweltpolitischen Fachverstand und als Vertreterin der Region immer wieder sensibilisiert, wenn bei anderen die Euphorie über dieses Projekt überwiegt.

(Beifall SPD)

Über den Staatsvertrag haben sich Deutschland und das Königreich Dänemark gegenseitig zugesichert, dass dieses Projekt gemeinsam gebaut werden soll. Ja, die Grünen haben recht, wenn Sie darauf Wert legen, dass man aus dem Projekt noch aussteigen könne. Doch nur, wenn beide Staaten einvernehm-

lich aus dem Projekt aussteigen wollten, wäre dies überhaupt denkbar.

Kollege Vogt, wir sind gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss im Jahr 2015 und unmittelbar bevor die Abstimmung im Folketing erfolgte, in Kopenhagen gewesen. Wir haben als Landtag mehrere Gespräche mit Vertretern des Folketing geführt - sowohl als Ausschuss als auch als Fraktion und auch ich als einzelner Abgeordneter mit verschiedenen Kollegen aus dem Folketing. Egal, wie die Kosten gestiegen sind, egal, welche Beihilfen wegfielen, die Dänen stehen unvermindert mit überbreiter Mehrheit hinter dem Projekt, weil Dänemark diese Feste Fehmarnbeltquerung wie auch die Öresundbrücke davor als Chance sieht, enger an Mitteleuropa angebunden zu werden.

Mit dem Zug statt in rund viereinhalb Stunden dann in rund zweieinhalb Stunden von Hamburg nach Kopenhagen zu fahren, das ist genau die Kurzstreckendistanz, über die aus Klimaschutzgründen nachgedacht werden soll und die zu fliegen, zukünftig eigentlich keinen Sinn mehr macht.

(Beifall SPD und SSW)

Doch welchen zusätzlichen Nutzen kann auch die Fehmarnbelt-Region auf deutscher Seite von diesem Projekt haben? Es können viele zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, es können Gewerbegebiete mit vorbildlichen Unternehmen mit wenig Flächenverbrauch angesiedelt werden. Dabei muss weiter gelten: Die Auswirkungen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Hinterlandanbindung und den Naturhaushalt müssen so gering wie möglich gehalten werden.

(Beifall SPD)

Mit unserem Antrag präsentieren wir einen Abwägungsprozess, der sich eindeutig zur Festen Fehmarnbeltquerung bekennt, aber auch die Potenziale, durch die auch die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden können, die das Projekt bisher ablehnen. Ihr Antrag ist eine vage Darstellung dessen, was gehen könnte. Wir hingegen nennen praktische Beispiele zur Mitnahme von Bürgerinnen und Bürgern. Ihr Antrag hat wahrlich keine Substanz.

(Beifall SPD)

Wenn es uns - auch begründet durch ein verändertes Mobilitätsverständnis - gelingt, zum Beispiel die Bäderbahn mit einem modernen, emissionsfreien Nutzungskonzept zu erhalten, wenn es uns gelingt, den Lübeckerinnen und Lübeckern den Beitritt zum HVV zu ermöglichen, und wenn es uns gelingt, den Fehmarnanern mit zusätzlichen Regionalzügen und -

(Kai Vogel)

halten einen Mobilitätsgewinn zu ermöglichen, dann erkennen hoffentlich viele Menschen mehr als bisher, was sie von der Festen Fehmarnbeltquerung haben.

(Beifall SPD)

Ihr Antrag fasst alle Möglichkeiten in den drei Worten zusammen: „Unterstützung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen“, ohne eine einzige konkrete Maßnahme zu benennen. Vermutlich haben Sie sich auf kein Projekt einigen können. Ich weiß, dass nach mir gleich mein Kollege Joschka Knuth redet. Er wird wahrscheinlich wieder darlegen, dass es durch diesen Antrag zwar Chancen gibt und dass diese benannt werden, aber die Grünen eigentlich weiter Gegner dieses größten Infrastrukturprojekts in Europa sind,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Infrastrukturprojekte sind ja generell kritisch zu sehen und gehören - so die Grünen - alle auf den Prüfstand. Ihr Antrag ist typisch für die Koalition: viel Text, wenig Inhalt. CDU und FDP zerren in die eine Richtung, die Grünen in die andere Richtung. Das hilft wirklich keinem in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Mit unserem Antrag beschreiben wir, wie der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung im Sinne vieler Menschen gut gelingen kann, und das wäre eigentlich Ihre Aufgabe gewesen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines zu Beginn gleich feststellen, damit wir darüber nicht mehr lange diskutieren müssen und damit sich auch die Schlagzeilen dazu erübrigen: Der heute vorgelegte und diskutierte Antrag ändert nichts an der grundsätzlichen Haltung meiner Fraktion zum Gesamtprojekt Feste Fehmarnbeltquerung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben über Jahre deutlich gemacht, weshalb es dieses Projekt, diese Querung, nicht braucht und welche negativen Folgen damit einhergehen. Wir

werden auch nicht müde werden, das in Zukunft zu betonen. Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, wenn Infrastrukturen geplant werden, haben wir überhaupt nichts dagegen. Es müssen aber zielgerichtete und sinnvolle Maßnahmen sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Grüne müssen aber anerkennen und akzeptieren, dass durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ein neuer Status eingetreten ist. Wir müssen - egal, wie wir zur Festen Fehmarnbeltquerung stehen - davon ausgehen, dass sie gebaut wird. Wir können unsere Augen vor dieser Realität nicht verschließen, auch wenn das Urteil - das muss man an dieser Stelle ehrlicherweise einfließen lassen - nur die Rechtmäßigkeit der Planung bestätigt, nicht die politische Sinnhaftigkeit.

Wir haben jetzt entweder die Möglichkeit, die Augen vor dieser Tatsache zu verschließen und das Projekt auch in Zukunft einfach nur zu verurteilen, oder wir bleiben bei unserer Kritik und einer maximal kritischen Begleitung der Realisierung des Projektes, versuchen aber zugleich, das Bestmögliche für die Region, die Menschen, die Natur und unser Land herauszuholen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lukas Kilian [CDU])

Das sehen wir als unsere Aufgabe in Regierungsverantwortung, denn die Lobhudelei vieler anderer übersieht oftmals, wie schwer es wird, die ganzen Versprechen, die gemacht werden, tatsächlich einzulösen. Deswegen heißt es in unserem Antrag ja auch, Chancen überhaupt erst einmal zu entwickeln und nicht einfach davon auszugehen, dass diese automatisch kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen nämlich bei normaler Umsetzung des Projekts davon ausgehen, dass es positive Effekte vor allem in den Zielregionen gibt und dass die ganze Region entlang der Strecke im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke bleibt. Genau das wäre aber das doppelte Übel dieses Projekts, und das können wir als Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger für dieses Land nicht wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen wir als Land ein Interesse daran haben, auch die Chancen und Potenziale zu entwickeln und am Ende zu heben. Dafür braucht es politisches Handeln, dafür braucht es Maßnahmen, damit wir nicht nur kurzfristig Arbeitsplatzansiedlungen haben, wenn es um die Baumaßnahme geht,

(Joschka Knuth)

sondern damit wir langfristig positive Entwicklung für Tourismus, für Wirtschaft, für Infrastruktur, für Arbeitsplätze und Beschäftigte hier im Land erzielen können.

Wir sind gewillt, diese Projekte zu unterstützen. Wir brauchen bessere Ansiedlungsmöglichkeiten. Wir brauchen eine bessere Besteuerung der Gewerbeflächenvergabe. Wir brauchen auch bessere Glasfaseranschlüsse und eine bessere Gesamtinfrastruktur in der Region, wenn wir diese Potenziale erzielen wollen. Wir brauchen - auch das haben wir aufgeführt - eine bessere Beratung der Grenzpendlerinnen und Grenzpendler in einer neu entstehenden Grenzregion, und wir brauchen einen kulturell-gesellschaftlichen Austausch. Das ist uns allen klar, und wir werden das auch unterstützen, denn nur so können wir tatsächlich Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region entstehen lassen.

Über all dem steht aber auch, dass wir die negativen Auswirkungen für die Region, für die Anwohnerinnen und Anwohner und für Natur und Umwelt so gering wie möglich halten müssen.

(Birte Pauls [SPD]: Warum schreibt ihr das dann nicht?)

Die Menschen in der Region können sich darauf verlassen, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der negative Einfluss auf sie so gering wie möglich ist. Sie können sich darauf verlassen, dass sie in uns Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben, damit all das eingelöst wird, was insbesondere die Große Koalition in Berlin so großmäulig immer wieder verspricht, aber am Ende nicht abliefert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Lieber Kollege Vogel, das liegt ehrlicherweise auch am Agieren der SPD-Bundestagsfraktion. Sie, insbesondere Ihre Kollegen, versprechen in der Region hoch und heilig, dass alles ganz toll werde, dass der Lärmschutz kommt, und Sie liefern maßgeblich wenig ab. Ich kann Ihnen dazu gern einmal die ganzen Anträge meiner Kollegen aus Berlin schicken, um zu zeigen, was die da machen, damit wir tatsächlich eine gute Situation für die Region erreichen, wobei Ihre Fraktion im Bund immer wieder einknickt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir haben deutlich gemacht, worum es uns als Grünen in dieser Debatte geht. Wir scheuen uns nicht vor Verantwortung und vor der Anerkennung der Realität, aber wir sehen auch, dass wir es sind, die in diese Debatte überhaupt einbringen, dass wir

auch darüber sprechen müssen, welche negativen Folgen mit diesem Projekt einhergehen und dass man über diese bei der ganzen Lobhudelei zu diesem Projekt nicht hinwegsehen darf. Das werden wir auch weiterhin nicht tun. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP - Zuruf: Eiertanz am Mikrofon!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist kein leichtes

(Zuruf: Ach!)

für Schleswig-Holstein, für die Menschen in unserem Land,

(Zuruf: Das ist schon einmal ein guter Anfang!)

für ganz furchtbar viele Bereiche.

Herr Vogel, Sie haben mit dem Finger auf die Grünen gezeigt, die Grünen haben mit dem Finger auf die SPD gezeigt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und auf die Große Koalition!)

- Und auf die Große Koalition. Ich könnte jetzt weitere Fingerzeige vornehmen.

Wir wären Idioten in Schleswig-Holstein, wenn wir nur Gleise, Straßen und Tunnel bekommen. Wir müssen ganz massiv aufpassen, dass wir dieses Projekt jetzt für uns nutzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir brauchen nicht nur Gleise, Straßen und Tunnel. Wir brauchen Gewerbegebiete, wir brauchen gute Arbeitsplätze. Wir müssen uns schon beim Bau der Hinterlandanbindung und beim Tunnel dafür einsetzen, dass auch der schleswig-holsteinische Mittelstand, dass unser Baugewerbe in den Vergaben entsprechend berücksichtigt wird. So bekommen wir Wertschöpfung, so schaffen wir Werte in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, FDP, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lukas Kilian)

Die CDU-Fraktion hat dieses Projekt von Anfang an positiv begleitet. Herr Kollege Knuth, jetzt möchte ich Ihr Alleinstellungsmerkmal ein wenig schmälern. Wir haben keineswegs gesagt: „Augen zu und durch, notfalls mit der Brechstange; egal, welche Umweltwirkungen dieses Projekt hat, es muss kommen“, sondern dass es sich wie jedes Projekt in Deutschland natürlich an Grundsätzen des Planungsrechts, die wirklich nicht einfach sind, messen lassen muss. Es muss verhältnismäßig sein, es muss Umweltstandards einhalten. Das tut dieses Projekt. Deswegen ist es wichtig und richtig, dass es jetzt kommt.

Wir schaffen eine neue Grenzregion durch die Feste Fehmarnbeltquerung. Wir werden nicht nur ein wirtschaftliches Kernzentrum in der Region schaffen, wenn wir es richtig machen, sondern wir werden in dieser neuen Grenzregion auch den kulturellen Austausch erheblich verstärken. Wo schafft man es überhaupt, ohne plattentektonische Verschiebungen eine neue Grenzregion hinzubekommen? Wir werden es schaffen, dass die beiden Staaten noch weiter zusammenwachsen.

Ich muss Ihnen sagen: Hamburg und Kopenhagen sind per Luftlinie 288 km voneinander entfernt. Wenn man von Hamburg nach Kopenhagen will, geht aktuell der schnellste Weg über die fast täglich angebotenen Flugverbindungen. Das dauert 1 Stunde.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt natürlich darauf an, wo man losfährt!)

- Frau Kollegin Fritzen, das kommt natürlich darauf an, wo man losfährt. Man kann sagen, dass die Schleswig-Holsteiner vielleicht in Schleswig-Holstein starten würden.

(Vereinzelter Beifall [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber Sie müssen mir Recht geben, dass extrem viele Menschen in Hamburg leben und extrem viele Menschen aus Hamburg nach Kopenhagen müssen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich kenne jemanden aus Hannover, der auch nach Kopenhagen muss!)

Diese Menschen steigen aktuell in einen Flieger, und sie werden zukünftig in einen Zug steigen. Denn braucht der Zug 2 Stunden und 30 Minuten nach Kopenhagen - dann ist man direkt in Kopenhagen und nicht an irgendeinem Flughafen -, ist das ein Projekt, das definitiv aktiv dafür Sorge tragen wird, dass Kurzstreckenflüge, die auf einer solchen

geringen Distanz nicht nötig sind, nicht mehr stattfinden werden.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Das ist hoffentlich in unser aller Interesse.

Mit diesem Projekt haben wir für Schleswig-Holstein wahnsinnig positive Chancen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahnsinnig!)

Ich muss Ihnen sagen, dass wir das in unserem Antrag durchaus konkret formuliert haben, Herr Kollege Vogel, aber ich will Ihnen zugestehen, dass in Ihrem Antrag die eine oder andere Anregung enthalten ist, die wir noch diskutieren könnten. Es sind, mit Verlaub, ein paar Selbstverständlichkeiten, die auch schon laufen, in Ihrem Antrag beschrieben, und es gibt ein paar Dinge, bei denen Sie alte Kamellen aufwärmen wollen - HVV-Beitritt Lübecks et cetera pp. -, aber sei es drum. Ich finde trotzdem, dass Ihr Antrag hier in der Sache nicht einfach abgelehnt werden kann, sondern wir ihn durchaus mit in den Wirtschaftsausschuss nehmen sollten.

Deswegen beantrage ich für unseren Antrag die Abstimmung in der Sache und für den Antrag der Opposition die Überweisung in den Ausschuss, damit wir dieses Thema im Ausschuss weiterbearbeiten können.

Ich glaube, was uns alle eint, ist das klare Bekenntnis: Es geht nicht mehr um das Ob - darüber hat man lange gestritten -, sondern es geht jetzt um das Wie. Beim Wie sind wir uns alle einig: Wir müssen es so machen, dass wir das Beste für die Region herausholen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom November letzten Jahres wurde für das größte Verkehrsprojekt Norddeutschlands Baurecht geschaffen. Alle Klagen gegen das deutsch-dänische Milliardenprojekt wurden abgewiesen. Wir als SSW haben das Urteil seinerzeit begrüßt, denn damit wurde Rechts- und

(Christian Dirschauer)

Planungssicherheit auf deutscher Seite geschaffen, aber - was mindestens ebenso wichtig ist - auch Klarheit für die dänische Seite. Für den größeren Bauträger ist das nicht irrelevant, ganz im Gegenteil.

Die rechtlichen Hürden sind nun genommen. Jetzt gilt es, die negativen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Bau so gering wie möglich zu halten. Da stimmen wir mit dem Antragsteller überein. Denn klar ist: Ein Projekt in dieser Größenordnung, mit entsprechender Hinterlandanbindung, kann nicht ohne Weiteres gebaut werden. Es wird Belastungen sowie Einschränkungen in der Region geben.

Nichtsdestotrotz sehen auch wir als SSW große Potenziale für die Region, und die gilt es zu heben. Dieser Verantwortung sollten wir uns gerne gemeinsam stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SSW und Bernd Heinemann [SPD])

Es gilt daher, die Region fit zu machen und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen, bevor das erste Fahrzeug den Tunnel durchquert.

Infrastrukturmaßnahmen sind das eine. Aus Sicht des SSW ist von noch größerer Bedeutung die Tatsache, dass mit der festen Querung auch eine neue Grenzregion entsteht. Auch diesen Punkt greift der Antrag auf. Aber auch ich möchte noch verdeutlichen, dass es aus unserer Sicht schon ein Unterschied ist, handfeste Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen oder eine neue Grenzregion samt grenzüberschreitendem Arbeitsmarkt zu etablieren.

Denn der Erfolg einer grenzüberschreitenden Region ist extrem davon abhängig, dass auch die Menschen darauf vorbereitet sind und mitgenommen werden. Was so einfach klingt, birgt aber so manche Tücke. Das wissen wir als Minderheiten in der Grenzregion vermutlich wie kein anderer, muss man wohl sagen.

Natürlich entstehen mit einer solchen Verbindung neue Chancen. Aber es sind auch Herausforderungen, vor denen wir damit stehen. Mit der Schaffung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes wird ein ganz neuer Pendlerstrom entstehen. Die Systeme auf beiden Seiten der Grenze sind aber nicht eins zu eins vergleichbar. Beide Länder haben unterschiedliche Voraussetzungen, ob im Steuerrecht, bei Sozialversicherungen oder im Arbeitsrecht. Das heißt, es wird ein großer Beratungsbedarf entstehen, und dafür müssen wir entsprechende Angebote vorhalten.

Seit 1997 haben wir die Region Sønderjylland-Schleswig, bestehend aus Kommunen auf dänischer Seite und den Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und der wunderschönen Stadt Flensburg auf deutscher Seite.

(Beifall Kay Richert [FDP])

- Danke, Herr Kollege Richert. - Ansprechpartner für beide Seiten ist das Regionkontor. Seit Jahren wird dort in hervorragender Weise Beratungsarbeit geleistet. Das Kontor hat sich absolut bewährt, und der Bedarf ist immer noch vorhanden. Er wird wohl auch immer da sein.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Das Beratungsangebot eines solchen Kontors ist nicht zu unterschätzen. Wir haben damit den Vorteil, dass auf dessen Erfahrungen und Expertise zurückgegriffen werden kann. Diese Chance sollte die Fehmarnbelt-Region auch für sich nutzen.

„Sprache verbindet“ - das ist keine Floskel; das wissen auch wir als Minderheiten in der Grenzregion wiederum nur zu genau. Daher ist es aus unserer Sicht absolut notwendig, in der Region ein Angebot an Dänischunterricht an den Schulen zu schaffen. Damit sollte auch nicht länger gewartet werden, denn Sprache erlernt sich nicht von heute auf morgen. Nur so schaffen wir Wahlmöglichkeiten für die Menschen in der Region, um auf beiden Seiten der Grenze zu arbeiten. Auch dies ist ein Punkt des Antrages, und ich stelle erfreut fest, Kollege Vogt: Die FDP möchte den SSW mitnehmen. Das ist gelungen. Aber ich sage an dieser Stelle auch: SSW wirkt - ganz offensichtlich.

(Beifall SSW)

Trotz aller Euphorie über Wahlmöglichkeiten, die sich in der Fehmarnbeltregion entwickeln können, kommen wir als SSW nicht umhin, auch auf den nördlichen Landesteil zu blicken. Soll heißen: Auch in unserer Grenzregion haben wir Bedarfe, die noch nicht umgesetzt wurden. Sicher wird ein Teil des dänischen und schwedischen Güterverkehrs irgendwann durch den Tunnel fahren, das ist klar. Aber der größte Teil - rund 70 % - der produzierenden Wirtschaft in Dänemark liegt eben westlich des Großen Belt. Das bedeutet, die Jütlandroute wird weiterhin eine große Rolle beim Güterverkehr spielen. Das gilt übrigens auch für den Güterverkehr aus Norwegen. Das heißt: Wir müssen die Nord-Süd-Verbindungen A 7 und B 5 weiter stärken und ausbauen. In dem Zusammenhang ist auch die A 20 mit westlicher Elbquerung absolut notwendig.

(Christian Dirschauer)

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, FDP und Beifall Birte Pauls [SPD])

Wir haben also weiterhin genügend Verkehrsprojekte im Land, auch neben der Fehmarnbeltquerung. Insoweit zu beiden Anträgen: Jo tak!

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU - Martin Habersaat [SPD]: Bei „Jo tak“ klatschen wir, egal was vorher gesagt wurde im Zweifel! Schöne Grüße an Flemming!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im letzten November steht endlich fest: Auch auf deutscher Seite kann das Großprojekt Feste Fehmarnbeltquerung beginnen. Der Planfeststellungsbeschluss von 2019 wurde bestätigt, lediglich in einem Punkt muss ein ergänzendes Verfahren durchgeführt werden. Das ist eine gute Nachricht für Schleswig-Holstein und unsere Nachbarn in Dänemark und Schweden: Ein wichtiger Baustein des transeuropäischen Verkehrsnetzes kann jetzt realisiert werden. Vorausgegangen waren quälend lange Jahre der Unsicherheit, weil hier bei uns noch immer kein Planungsrecht existiert, das solche Großvorhaben rechtssicher planbar macht, ohne dabei zehn Jahre auf ein Urteil zu warten. Zehn Jahre - so viel Zeit ist seit dem Inkrafttreten des deutsch-dänischen Staatsvertrags vergangen.

Bereits 2015 wurde in Dänemark ein Gesetz verabschiedet, mit dem auch die umweltrechtliche Genehmigung verbunden war. Während die Dänen planen konnten, gab es auf deutscher Seite bis zuletzt starke Widerstände, die das gesamte Projekt trotz des Staatsvertrags verhindern wollten. Naturschutzverbände, Kommunen, aber auch Politiker von hier im Landtag vertretenen Parteien opponierten gegen die FBQ. In letzter Minute wurden sogar noch Sandriffe angeführt, die das ganze Projekt stoppen sollten.

Auch uns erreichten viele kritische Stimmen von Gemeindevertretern, insbesondere von der Insel Fehmarn selbst. Doch die AfD hat von Anfang an die Vorteile des Bauwerks gesehen, die die Nachteile überwiegen. Durch die ausführliche Bürgerbeteiligung im Dialogforum konnten die zahlreichen berechtigten Bedenken offen diskutiert und zum größten Teil beigelegt werden. Nun kann der Kreis Ost-

holstein einer neuen Zeit entgegenblicken, in der mehr Handel getrieben werden kann und mehr Urlaubsgäste kommen. Wie in Stormarn auch werden auch in Ostholstein neue Gewerbegebiete entlang der A 1 und der ausgebauten Bahnstrecke entstehen. Das ist wirklich eine gute Nachricht für unsere Region.

Bei aller Freude darüber, dass nun endlich der Tunnel kommt, muss man sich heute die Frage stellen, wie wir in Zukunft mit derartigen Großprojekten umgehen wollen. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich am Planungsrecht und am Verbandsklagerecht etwas ändert. Es muss auch klar sein, dass sich Umweltverbände nicht immer nur als Blockierer verstehen, sondern auch ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht werden.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Infrastruktur kommt allen Bürgern zugute, und der Kleinkrieg um den Weiterbau der A 20 zeigt leider, dass viele Beteiligte immer noch nicht bereit sind, an einem Strang zu ziehen, um der Wirtschaft und damit allen Bürgern das nötige Fundament zu gewähren, um unser industriearmes Bundesland nach vorne zu bringen. Wenn ich höre, dass die Grünen - immerhin an der Landesregierung beteiligt - nicht nur die A 20 stoppen wollen, sondern am liebsten generell den Bau von Autobahnen einstellen, dann wird klar, wohin die Reise gehen soll: Lastenfahrräder statt Lastwagen, Wanderwege statt Autobahnen und bloß keine Baustellen mehr.

Wer sich Projekten wie transeuropäischen Straßen- und wohlgerne auch Schienennetzen - wir reden auch über eine Schienenanbindung - verweigert, ist nicht zukunftsfähig, sondern träumt von einer technikfeindlichen Idylle, die es nie gegeben hat und auch nie geben wird, zumindest nicht mit uns und anderen verantwortungsvollen Parteien, die das Wohl der Bürger im Blick haben und nicht den Naturschutz dazu missbrauchen,

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

unser Land von einem Industrie- und Technologie-land - dazu stehen wir - zu einer Industriearme - Herr Habersaat, davon haben Sie keine Ahnung - und einem Technikmuseum zu transformieren.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wann kommt der Satz mit der Kriegsschuld?)

- Wir wollen eben nicht nach hinten, wir wollen nach vorne sehen. Wir sehen die großen Chancen für die Region. Wir stimmen deswegen dem Antrag aus Jamaika zu, sehen aber auch die Punkte, die Herr Vogel dankenswerterweise mit seiner Experti-

(Volker Schnurrbusch)

se, die wir sehr schätzen, eingebracht hat, und freuen uns auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss.
- Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Vogel und liebe SPD-Fraktion, Sie arbeiten sich ja immer an den Unterschieden in Jamaika ab. Wenn Sie die Unterschiede an Jamaika kritisieren, dann zeigen Sie uns doch ganz deutlich, dass Sie einfach nicht verstanden haben, was das Besondere an dieser Koalition ist und was das Moderne an diesem Politikstil ist.

(Lachen SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind wirklich ein Witzbold!)

- Nein, das klingt ein bisschen nach Verzweiflung, was von Ihnen kommt, Herr Dr. Stegner. Sie versuchen verzweifelt, Dinge zu finden, die Sie kritisieren können, und es kommt immer nur ein laues Lüftchen dabei heraus. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Sichtweisen in dieser Koalition. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Schwerpunkten in dieser Koalition. Aber das gibt es in der Bevölkerung auch. Früher wären jetzt alle Parteien in ihren Schützengräben geblieben, hätten mit dem Finger aufeinander gezeigt und hätten sich gegenseitig schlimme Dinge unterstellt, was denn die Motivation ist, was wir hier machen, und die Mehrheit hätte sich rücksichtslos durchgesetzt.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Beate Raudies [SPD]: Als ob es vor Jamaika keine Koalition gegeben hätte!)

- Kollegin Raudies, wir machen das anders. Wir wägen alle Schwerpunkte ab - in der Koalition, in der Bevölkerung. Das ist moderne Politik, und das ist gut so, das ist gut für die Bevölkerung, das ist gut für unser Land.

(Beifall FDP)

Wir machen das bei der Festen Fehmarnbeltquerung so, wir machen das aber auch generell bei allen anderen Politikfeldern so. Das dürfte Ihnen schon aufgefallen sein. In diesem Zusammenhang kann ich eigentlich nur noch eines sagen: Ich bedanke mich bei meinen jamaikanischen Koalitionspartnern. Ich bedanke mich für diesen Antrag, ich

bedanke mich für das gemeinsame Vorgehen, und ich bedanke mich dafür, dass wir gemeinsam das Beste für die Bevölkerung suchen und herausfinden, wie wir gemeinsam Schleswig-Holstein voranbringen. Es macht richtig Spaß, mit euch zu koalieren.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Moment, Abgeordneter Richert. Es ist sehr unruhig.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Das mag so sein, Frau Abgeordnete. Aber jetzt spricht der Abgeordnete Richert.

Kay Richert [FDP]:

Das ist sehr nett, liebe Frau Präsidentin.

(Beate Raudies [SPD]: Aber wir dürfen schon noch etwas sagen dazu?)

Die Unruhe ist berechtigt. Denn sie spricht für Verzweiflung. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall FDP, CDU, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten Geld nehmen für solche Auftritte! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Er hat es geschafft, in 3 Minuten nicht einen Satz zur Sache zu sagen! - Wolfgang Baasch [SPD]: Das war nicht einmal Lobhudelei! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wortbeitrag des Kollegen Knuth hat mich motiviert, noch einmal ans Rednerpult zu gehen. Es kam mir irgendwie vor wie das Schlagen ewiggestriger Schlachten. Das hörte sich an wie die Neunziger. Wir sind eigentlich viel weiter.

(Beifall SSW, SPD und Hans Hinrich Neve [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wir haben seit 2011 ein Dialogforum, in dem alle Bedenken fleißig diskutiert und auch ausgeräumt werden.

(Lars Harms)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ausgeräumt werden sie nicht, nur besprochen!)

Wir haben ein Gerichtsurteil, das ganz klar sagt, dass jetzt gebaut werden kann. In einem Rechtsstaat sollte man so etwas auch einmal akzeptieren.

(Beifall SSW, FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Wir können sicher sein, dass alle Umweltgesichtspunkte nach Recht und Gesetz auch entsprechend beachtet werden. Ich mache mir überhaupt keine Sorgen, dass da die Umwelt zu kurz kommt.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Aber wenn ich dann höre: „Wir wollen keine Fehmarnbeltquerung bauen, wir wollen lieber kulturellen Austausch!“ - sollen die alle rüberschwimmen, oder wie soll das funktionieren?

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch völliger Blödsinn! Dadurch dass wir diese Verbindung bekommen, haben wir eine große Chance, einen weiteren deutsch-dänischen Austausch hinzukriegen. Das ist doch Klasse in Europa, dass man so etwas hinbekommt.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU - Kay Richert [FDP]: So ist das!)

Es geht doch vielmehr darum, dass wir jetzt eine Grenzpendlerberatung brauchen. Wir müssen aus den Erfahrungen in der deutsch-dänischen Grenzregion lernen, damit die Dinge, die uns vor 20 Jahren in unserer Region Schwierigkeiten machten, dort nicht mehr entstehen. Das ist jetzt unsere politische Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer sehen will, welche Effekte solche Straßen- und auch Schienenverbindungen generieren können, dem empfehle ich - wir dürfen es jetzt ja wieder -: Fahrt mal rüber auf die andere Seite der Grenze, guckt es euch an! In jedem kleinen Dorf, in jeder Kommune rund um die Autobahn, die nördlich der Grenze weiter nach Norden führt, entstehen Gewerbegebiete. Es siedeln sich dort Weltfirmen an. Das ist jetzt unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass das genauso auch hier passiert.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt SPD - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kollege Arp hat heute noch nicht gesprochen, deswegen ist das ganz bestimmte Wort noch nicht gefallen. Von mir fällt es jetzt: A 20.

(Beifall SSW, CDU, FDP und Bernd Heinemann [SPD])

Wir brauchen dann auch in der Verlängerung eine A 20 mit westlicher Elbquerung, damit die Leute, wenn sie von Dänemark und Schweden nach Süden fahren, nicht vor Hamburg im Stau stehen. Auch das ist wichtig.

(Beifall SSW, CDU, SPD und FDP)

Das ist übrigens auch nachhaltig; es schützt die Umwelt. Insofern haben wir heute ganz andere Aufgaben als noch in den Zeiten der 90er-Jahre, als man dieses Projekt intensiv diskutiert hat. Wir sind viel weiter. Wir sind schon längst im neuen Jahrtausend angekommen.

Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass es einen guten deutsch-dänischen Austausch gibt. Dazu zählt jetzt auch die Fehmarnbeltquerung. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Ralf Stegner.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt wird es wieder sachlich!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben bei dem, was ich gehört habe, gelernt, wir verstünden nicht, dass die Moderne darin besteht, dass man unterschiedliche Meinungen zusammenbringt. Was das Thema, unterschiedliche Meinung zusammenzubringen, angeht: Das kennen wir, muss ich ehrlich sagen, auch in unserer Partei und Fraktion. Wir haben eine Mehrheitsmeinung dazu, aber die Minderheit hat nicht nur das Recht, sich zu äußern, sondern man nimmt auch das auf, was sinnvollerweise aufgenommen werden muss, zum Beispiel, dass man sich für die Interessen der Region einsetzt und diejenigen Dinge, die nachteilig sein können, angeht. Das findet sich in unserem Antrag auch wieder.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In unserem auch!)

(Dr. Ralf Stegner)

Dann kommt der Kollege Richert daher und sagt: Das sei das Dolle an dieser Koalition, es sei richtig modern, was Sie machen. - Ich lerne - wir haben es auch gestern bei der Schulsozialarbeit gehört und beim Thema Gender Budgeting -: Das Moderne an Ihnen ist Ihre Inhaltsleere. - Das stellen wir hier fest. Sie kriegen es nicht zusammen, es ist wirklich lächerlich.

(Beifall SPD und SSW)

Es war ja schon fast komisch. Auch bei der Rede des Kollegen Knuth habe ich mich gefragt: Redet der eigentlich zu unserem Antrag? Alles, wovon er spricht, steht in unserem Antrag drin.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann kommt der Kollege Kilian - schneidig, wie wir ihn kennen -, und auch er redet im Kern eigentlich zu unserem Antrag und zu den Dingen, die wir konkret formuliert haben. Dem könnten Sie also eigentlich zustimmen.

Jetzt muss ich zugeben: Ein bisschen Lernfortschritt haben Sie seit gestern gemacht. Gestern war es so: beklemmende Ahnungslosigkeit in Ihren Redebeiträgen und Tatenlosigkeit bei der Regierung, und Sie haben unsere konkreten Anträge zur Schulsozialarbeit abgelehnt.

(Lachen Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Heute sagen Sie: Wir beschließen den inhaltsleeren Antrag der Koalition sofort und überweisen den inhaltsvollen Antrag der SPD in den Ausschuss, damit Sie zumindest irgendetwas haben, wo Sie mit Substanz antreten können.

(Zurufe CDU und FDP)

Ich wünsche mir ehrlich, dass man solche Sachen hier häufiger sieht. Herr Kollege Richert, wir sollten uns überlegen, Sie für Parteiveranstaltungen zu mieten. Es ist großartig, was Sie da machen. So komisch, wie Sie es hier dargelegt haben, kann das kaum einer!

(Beifall SPD)

Was Sie hier machen, ist wirklich ein Signal: Sie einigen sich auf Anträge, die unter der Überschrift „Satire“ durchgehen könnten, und die substanzielle Arbeit kommt von der SPD-Opposition. So ist man Alternative zur Regierung. Das macht uns richtig Spaß. Weiter so! - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW - Dennys Bornhöft [FDP]: Auf die nächsten fünf Jahre! - Chris-

topher Vogt [FDP]: Das war ja ein schöner Beitrag! - Annabell Krämer [FDP]: Sehr substanzreich! - Christopher Vogt [FDP]: Jetzt habe ich verstanden, was „interessanter reden“ bedeutet!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, aber auch die anderen Kolleginnen und Kollegen, ich muss Ihnen wirklich sagen: Sie reden im Parlament, als gäbe es kein Morgen. Wir erleben heute, dass der internationale Verkehr in Europa und gerade in Deutschland bei der Klimastrategie kläglich versagt. Alle Ziele, die uns Paris vorgibt und die wir unterschrieben haben, auf die wir uns geeinigt haben, werden durch den Straßenverkehr nicht erreicht.

Wenn wir heute in Deutschland junge Menschen haben, die sagen: „Wir brauchen eine engagierte Klimapolitik“, kann man nicht so reden, wie Herr Harms und andere das hier tun.

(Zurufe - Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen SPD)

Bei aller Freundschaft, lieber Herr Harms: Was Sie gemacht haben, ist purer Populismus! Wir haben einen modernen und funktionierenden Fährverkehr. Die Firma Scandlines ist mehrfach abgeschrieben worden. Da geht es auch um Arbeitsplätze.

(Jörg Nobis [AfD]: Auch E-Autos brauchen Straßen!)

Jetzt zu behaupten, dass diese Verbindung nicht funktioniere, ist ein Märchen. Das muss man einmal ganz deutlich zurückweisen.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das mit dem „Schwimmen“ lasse ich Ihnen überhaupt nicht durchgehen.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte den Gedanken jetzt zu Ende führen. Ich lasse die Zwischenfrage nicht zu. - Die Fehmarnbeltquerung und viele andere dieser Projekte stehen auch dafür, dass sie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Deutschland einmal mit einem Budget angekündigt wurden, das weit unter dem nun erforderlichen Volumen liegt.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Mit 800 Millionen € hat man die Fehmarnbeltquerung seinerzeit taxiert, heute liegt man bei 6 Milliarden €

Man muss auch heute in einer Gesellschaft klar und deutlich sagen, welche Investitionen wir in der Zukunft brauchen. Diese Fehmarnbeltquerung hat sich seit Jahrzehnten nicht der eigentlichen Revision gestellt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Was mein Kollege Konstantin von Notz und viele Grüne fordern - übrigens auch Frau Hagedorn, die ja nicht irgendjemand in Berlin ist; Frau Hagedorn ist als Parlamentarische Staatssekretärin auch für die Finanzen verantwortlich -, diese Generalrevision, hat die Bundesregierung seit fast 20 Jahren nicht geliefert, obwohl sie mehrfach eingefordert wurde.

(Unruhe)

Diese Intransparenz und diese Unfähigkeit, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern reinen Wein einzuschenken und darauf Politik aufzubauen, werden krachend scheitern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die DNA-Struktur dieser Großprojekte: Sie kommen großspurig daher und versprechen alles, sind am Ende aber nicht durchgerechnet, vor allem nicht auf die Umweltbelange hin konkret durchgerechnet. Sie führen die Bürgerinnen und Bürger hinter die Fichte. Das ist eine Politik, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Deutschland nicht will. Wir haben hier eine andere Grundhaltung. - Vielen Dank.

(Zuruf SPD: War das jetzt die Jamaika-Meinung? - Christopher Vogt [FDP]: Eine der! - Martin Habersaat [SPD]: Richtig modern, wenn ihr gleichzeitig ablehnt und zustimmt!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr - -

(Anhaltende Unruhe)

Es ist super, wenn wir lebhaft Debatten führen. Jetzt hat das Wort aber der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 2020 wird in die Geschichte des Landes Schleswig-Holstein als Jahr der Coronapandemie eingehen.

(Zuruf: Oh! - Weiterer Zuruf: Nicht nur!)

Aber vielleicht wird auch noch in Erinnerung bleiben: Das Jahr 2020 ist nicht mehr und nicht weniger als der Durchbruch für das größte Verkehrsinfrastrukturprojekt in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein in 75 Jahren.

(Beifall FDP, CDU, SSW und AfD)

Vielleicht kann sich der eine oder andere in seiner Emotionalität, die doch mehr nach hinten als nach vorne gerichtet ist, noch einmal klarmachen, was der 3. November 2020 für dieses Projekt eigentlich bedeutete.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das finde ich unfair gegenüber dem Kollegen Tietze!)

- Es ist völlig egal, ob es Herr Tietze ist oder Herr Knuth.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Nein, das ist nicht egal!)

Es gibt begründete Kritik an dem Projekt, die vorgetragen worden ist. Irgendwann einmal kommt es zu einer Entscheidung. Diese Entscheidung ist am 3. November 2020 mit der Abweisung sämtlicher Klagen gefallen. Es besteht für den Vorhabenträger Baurecht. Es besteht Baurecht!

Jeder, der politisch noch einmal etwas überprüfen will, darf sich gern hier hinstellen und mir erklären, wie er in einem verfassungsmäßig gesetzten Rechtsstaat einem Vorhabenträger, der Baurecht hat, auf politische Art und Weise dieses Baurecht nehmen will.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Tun wir also bitte in der Diskussion nicht so, als wollten wir zur Verunsicherung unserer dänischen Freunde oder der Skandinavier insgesamt noch beitragen, dass wir immer und immer wieder infrage stellen, was das höchste deutsche Verwaltungsgericht nun geurteilt hat.

Wir haben Baurecht, und mit dem Bau wird bereits begonnen. Auf dänischer Seite hat im Sommer 2020 das Schaffen des Arbeitshafens begonnen. Auf dänischer Seite haben wir, Benny Engelbrecht, Andreas Scheuer und ich gemeinsam, mit einem symbolischen Spatenstich Anfang des Jahres - wegen der Pandemie leider nur symbolisch - den Baubeginn des Arbeitshafens in Rødby eröffnet. Auch mit dem Bau der Einfahrt des Tunnelportals auf dänischer Seite ist mit dem Spatenstich begonnen worden.

Nur die Pandemie hat verhindert, dass wir auf deutscher Seite im Landbereich, wo wir Baurecht haben, noch nicht physisch zusammengekommen sind, um mit Benny Engelbrecht, Andreas Scheuer, vielleicht dem Ministerpräsidenten und mir - oder wie auch immer - zu zeigen, dass es losgeht.

Wir haben bereits begonnen - auch das darf ich dem einen oder anderen einmal sagen -, die Erschließungsarbeiten für die Baustelle sind in Gange. Eine Lübecker Firma hat mit den Vorbereitungen für die Einrichtung der Baustelle begonnen. Die Erschließungsstraße, die 300 m lang und 7 m breit ist, wird bereits Anfang Juli 2021 fertig sein. Wir werden im Sommer auf der Landseite zwei Umspannwerke gebaut haben, um mit den Tunnelarbeiten zu beginnen. Der Tunnel wird gebaut.

Da muss hier niemand mehr irgendwelche politischen Bekenntnisse für die Vergangenheit abgeben. Es ist richtig, dass der Bau stattfindet, auch wenn ich die Kritiker immer wieder gern zu Wort kommen lasse. Es ist richtig, dass hier etwas passiert. Ich bitte den einen oder anderen, mit seiner Empathie vielleicht einmal auf die andere Seite unserer Ostsee zu gucken und sich umzuhören. Wenn man mit Dänen, Schweden, Skandinaviern und anderen spricht, hört man, welche Bedeutung die Verbindung für das Anbinden Skandinaviens an Zentraleuropa hat, was es bedeutet, die Verlagerung vieler Güterverkehre von der Straße auf die Schiene zu schaffen.

Wer hat denn die ganze Zeit darüber geredet, dass es um 800 m lange Güterzüge geht, die zweimal die Stunde in beide Richtungen unterwegs sein werden? Es geht um die Verlagerung von Gütern auf die Schiene. Wer hat hier denn darüber geredet,

dass das auch für ein völlig neues Luftfahrtkonzept für uns sorgt? Unser Hub heißt nicht mehr Frankfurt oder München, unser Hub heißt Kopenhagen.

Dieses Projekt schafft auch ökologisch ganz viel Positives, vor allem aber schafft es eines: Es schafft eine Achse in Europa, an der Prosperität und Wirtschaftskraft entstehen können, wenn wir die Chancen jetzt wahrnehmen.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Dass wir auch an all diejenigen denken, die Beeinträchtigungen befürchtet haben und immer noch befürchten, hat auch der Sommer des Jahres 2020 erbracht. Mit den Aktivitäten des Dialogforums sind wir in Richtung Bundestag unterwegs gewesen. Wir haben dort mit den Koalitionären der Großen Koalition - mit beiden zusammen - ein Paket zusammenstellen können, bei dem in dieses Land für zusätzliche, nicht im Gesetz vorgesehene Lärmschutzmaßnahmen insgesamt 232 Millionen € fließen werden, um diese Trasse im Hinblick auf den Lärmschutz noch besser zu schützen - 232 Millionen €

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Ich will an dieser Stelle dem Leiter des Dialogforums, Christoph Jessen, aber auch dem Bürgermeister von Ratekau, Thomas Keller, ganz besonders danken, weil sie es waren, die im Dialogforum über viele Jahre dafür gesorgt haben, dass die Interessen gebündelt worden sind und man zum Schluss - mehr oder weniger mit einer Stimme, vielleicht hier oder da auch noch mit einer Seitenstimme - ein großes Paket schnüren konnte.

Kollege Knuth, wenn ich das einmal sagen darf: Die Kritik an der Sozialdemokratie im Bundestag ist an dieser Stelle nicht berechtigt.

(Beifall Kai Vogel [SPD])

Ich will ausdrücklich loben, dass eine Frau aus der SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich zu diesem Paket beigetragen hat. Es war nicht Bettina Hagedorn, sondern Kirsten Lühmann, die verkehrspolitische Sprecherin der SPD im Bundestag, die detailliert in die Tiefe des Projekts eingestiegen ist und klargemacht hat, dass die etwas übertriebenen Vorstellungen der Stadt Bad Schwartau nicht zu realisieren sein werden. Sie hat an einem Kompromiss für Bad Schwartau mitgearbeitet, damit Bad Schwartau nicht gar nichts bekommt, sondern wenigstens einen Betrag für einen kleineren Trog, der den Lärmschutzanforderungen gerecht wird. All das hat Kirsten Lühmann im Bundestag selbst vorgetragen. Ich bin ihr ungeheuer dankbar dafür, dass es mit ihrer Zustimmung - und natürlich mit Unionszustim-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

mung, der eine oder andere Abgeordnete aus der Region hat sich da hervorgetan - zu diesem Paket gekommen ist.

Das versetzt uns heute in die Lage zu sagen: Die Planfeststellungsbeschlüsse für die Hinterlandanbindung werden in eine gute Form gegossen, sodass fast allen Bedenken der Kommunen vor Ort Rechnung getragen wird.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und SSW)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen für die Landesregierung ganz deutlich sagen: Wir werden uns mit Bad Schwartau nicht in ein Mediationsverfahren begeben. Der Drops ist gelutscht. Wir werden mit den anderen Kommunen darüber reden, wo tatsächlich noch etwas offen ist. Bei Sierksdorf gibt es das berühmte Thema: Ist das Lärmschutz, oder ist das nur Ästhetik? Darüber kann man reden, darüber werden wir im Gespräch bleiben. Im Kern haben wir es geschafft, auch die Interessen der Bürger im Hinterland ordentlich mit abzudecken. Ich bin ungeheuer dankbar, dass das gelungen ist.

Wir haben am 10. Mai 2021 begonnen, die Baugrunderkundung für eine neue Sundquerung einzuleiten. Seit dem 10. Mai 2021 wird im Sund gebohrt. Auch da geht es nicht mehr darum, nur zu gucken, sondern es geht jetzt los. Wir nehmen eine Baugrunderkundung vor, damit die Sundquerung, die alle als Absenktunnel wollen, bei Erhalt des Bestandsbauwerks, vorangeht.

Hier passiert etwas, und das ist gut so. Lieber Herr Stegner, das ist der Unterschied zu dem, was früher der Fall war - bei allen Unterschieden in der Koalition. Es bewegt sich etwas in diesem Land, es geht voran.

(Beifall FDP und CDU)

Es passiert, Herr Stegner, oder anders ausgedrückt: Es wird gemacht!

(Zurufe)

- Ich soll mir eine Pause gönnen? - Nein, ich bin gerade irgendwie gut drauf.

(Heiterkeit)

Lieber Herr Vogel, es gibt eine Stelle in Ihrem Antrag, an der Ihr Antrag besser ist als der der Koalitionäre. Ich bin froh, dass auch Joschka Knuth gesagt hat, jetzt komme es darauf an, die Potenziale zu heben und das Ansiedlungsthema klarzumachen. In Wahrheit sind nämlich die Gegner des Projekts, die behauptet haben, die wirtschaftliche Wirkung werde an Schleswig-Holstein komplett vorbeige-

hen, schon heute komplett widerlegt. Denn die Anfragen nach Gewerbeflächen entlang der Trasse von Puttgarden nach Hamburg sind so immens, dass alle Gewerbeflächen aus allen Nähten platzen.

(Beifall FDP und CDU)

20 zusätzliche Potenzialflächen sind identifiziert. In Gremersdorf geht es schon los: Der interkommunale Gewerbepark, der jetzt der Unternehmenspark im HanseBelt heißt, wird mit 3,6 Millionen € gefördert. Wie an einer Perlenkette gibt es Vorhaben, bei denen es darauf ankommt - Herr Vogel, das steht in Ihrem Antrag, ich bin dankbar dafür; da können Sie im Land wirklich helfen -, dass die Gewerbeflächenmöglichkeiten tatsächlich genutzt werden.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin Fritzen, da geht es zum Beispiel um das größte Projekt an der ganzen Trasse, den sogenannten Luschendorfer Hof in Ratekau mit 52 ha, der im Wesentlichen in der Kritik von Lübeck steht. Da können Sie Ihrem Bürgermeister einmal Bescheid sagen, der Sorge hat, dass die Gewerbesteuererinnahmen plötzlich nicht mehr in seiner Stadt, sondern vor den Toren, in Ratekau, fließen. Wenn diese Kleinkarierte nicht zum Durchbruch kommt, sondern wir gemeinsam dafür sorgen, die Potenziale zu heben und die Ansiedlungspotenziale zu realisieren, dann tun wir etwas Gutes für Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Herr Vogel, an einigen anderen Stellen in Ihrem Antrag habe ich mich ein bisschen gewundert, da frage ich mich, wo Sie in den letzten zwei Jahren gewesen sind: Eine Verkehrsstrategie solle gemeinsam mit Dänemark entwickelt werden, noch fehle sie mit dem Nachbarland insbesondere für die Region Sønderjylland-Schleswig. - Die deutsch-dänische Verkehrskommission ist Ihnen offensichtlich entgangen. Jedes Jahr treffen sich der dänische Verkehrsminister und ich als Verkehrsminister des Landes, um gerade für die Region Sønderjylland-Schleswig die gemeinsamen Verkehrsprojekte voranzutreiben. Das hat letztes Jahr wegen der Pandemie nicht stattgefunden, ist aber ein etabliertes Instrument. Benny Engelbrecht und ich sind übereingekommen, das zu verstärken und zweimal im Jahr zu tagen, weil die Projekte, die wir gemeinsam machen, so vielfältig sind.

Zum Beispiel versuchen wir gerade zu erreichen, in Süderjütland die Züge über die Grenze hinwegfahren zu lassen, damit sie nicht in Flensburg enden,

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

sondern als Nahverkehrszüge auf dänischem Gebiet weiterfahren können. Damit könnte man bei den Dänen ein Problem lösen, auf unserer Seite der Grenze aber auch.

Es gibt also viele gemeinsame Projekte, die wir angehen. Wenn Sie sagen, wir sollten die Gespräche mit der Öresundregion intensivieren, kann ich nur hoffen, Sie sind dabei, wenn am 31. Mai 2021 die Fehmarnbelt Days stattfinden.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Die Fehmarnbelt Days finden diesmal bei uns in Schleswig-Holstein statt, leider nur auf eine halb-virtuelle Art und Weise. Da sind ganz viele Leute dabei, beispielsweise Bernd Jorkisch vom Hanse-Belt, der da federführend ist und zu dem Thema sehr viel macht. Es wird dort sehr viele Gespräche mit den dänischen Regionen geben, um die Dinge gemeinsam voranzutreiben. Mit dem STRING-Projekt Wasserstoff versuchen wir gemeinsam, den größten Wasserstoffkorridor von Skandinavien entlang der Fehmarnbeltquerung bis nach Hamburg zu treiben.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn Sie uns dann aufschreiben, lieber Herr Vogel, wir sollten doch noch einmal mit Hamburg sprechen, damit auch die Metropolregion besser einbezogen werde, dann sage ich: Sie hätten 2018 bei den Fehmarnbelt Days in Malmö dabei sein sollen, als Peter Tschentscher schon damals gesagt hat, welche großartige Bedeutung dieses Projekt für die Metropolregion Hamburg hat.

Die Kooperation besteht also bereits, und sie wird die ganze Zeit über intensiviert. Da brauchen wir keine Hilfe von Ihnen. Ich bin aber dankbar, wenn auch Sie an vielen Stellen jetzt mit dabei sind und da noch mehr tun wollen. Das ist alles dankenswert.

Was die HVV-Situation von Lübeck mit der Fehmarnbeltquerung zu tun hat, wird mir ewig verschlossen bleiben. Ich bitte darum, dass Sie darüber nachdenken, sich unsere Projektierung des Jobtickets für Lübeck gerade noch einmal besonders anzusehen. Im Gegensatz zu der Situation, die Sie bei einem HVV-Beitritt Lübecks hätten, kommen Sie mit dem Jobticket dazu, dass die meisten Lübecker für 1 € zu ihren Arbeitsplätzen kommen würden. Dagegen würden Sie bei einem HVV-Beitritt an der Stadtgrenze Lübecks eine Tarifgrenze schaffen, die einfach nur absurd wäre.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Die 20 Millionen €, die das jedes Jahr kosten würde, gingen dann zulasten von anderen Regionalisierungsprojekten. Ich möchte darüber gar nicht weiter reden, also lassen wir das.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass wir vor dem Hintergrund des bestehenden Baurechts jetzt nicht mehr nach hinten, sondern nach vorne gucken und die Chancen wahrnehmen. Ich hoffe, dass dies eine Aufbruchstimmung in Schleswig-Holstein erzeugt und wir endlich dahin kommen zu sagen: Jawohl, wir wollen, dass dieses Land in seinen wirtschaftlichen Bereichen und in seinen kulturellen Austauschmöglichkeiten mit Skandinavien wächst und gedeiht und die Prosperität steigt. - Ich bin davon überzeugt, dass wir das erreichen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volker Schnurrbusch [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 10 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt theoretisch auch allen Fraktionen zu. - Ich sehe aber glücklicherweise, dass davon niemand Gebrauch macht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Alternativantrag Drucksache 19/3034 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss, dem Bildungsausschuss und dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2985, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von fast allen Fraktionen bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnung 57 auf:

Landesweit kostenloses freies WLAN

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2854

Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Um-

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

welt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie sitzen auf der Parkbank vorm Rathaus, kaufen auf dem Wochenmarkt ein, stehen an der Ampel neben dem Café oder warten an der Bushaltestelle oder am Bahnsteig. Und dann stellen Sie sich vor, dass Ihr mobiles Gerät an all diesen Orten automatisch in einem schnellen WLAN ist, ohne einloggen, ohne Schwierigkeiten und ohne Sorgen um die Sicherheit. Das, meine Damen und Herren, wird nun Realität im echten Norden. Wir gestalten die Zukunft, hier und jetzt.

(Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Auch in Zeiten immer schnelleren Mobilfunks ist die breite Verfügbarkeit von kostenlosem und freiem WLAN für uns zentral. Schleswig-Holstein unterstreicht damit seine Rolle als Standort zum Leben, Arbeiten und Erholen. Ob mit Meerblick, im ländlichen Raum oder in den Städten - wir schaffen die Infrastruktur für jene, die hier an und mit neuer, innovativer Technik und digitalen Diensten Zukunft schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Sowohl die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch unsere Gäste nutzen regelmäßig die vorhandenen Hotspots, sei es, um teures Datenvolumen zu sparen oder um eine schnellere Internetverbindung nutzen zu können. Wir haben für den landesweiten Ausbau unseres WLAN-Angebots ein Konzept erarbeitet, in dem die bereits vorhandenen Strukturen und tätigen Akteure im Bereich kostenloser und freier Hotspots einbezogen werden. So wird in Schleswig-Holstein bereits heute an vielen Orten im Land kostenloses und frei verfügbares WLAN angeboten. Zahlreiche Landesliegenschaften wurden bereits mit unserem WLAN „Der echte Norden“ ausgestattet, und auch einige Kommunen bieten dieses WLAN mittlerweile an.

Die Landesregierung legt mit dem erbetenen Bericht einen Plan vor, wie wir ein kooperatives, gemeinschaftlich betriebenes und serviceunabhängiges Basisnetz errichten. Mit Unterstützung des Landes können damit Infrastrukturbetreiber und andere Akteure zur Teilnahme und Investition in dieses Basisnetz gewonnen werden. Dafür haben wir ein technologisch zukunftsfähiges, im organisatori-

schen Konsens erarbeitetes Konzept für die Zusammenarbeit der WLAN-Anbieter erarbeitet. Technologisch basiert unser Lösungsansatz auf dem WLAN-Standard Hotspot 2.0 und dem Roaming, also dem Wechsel von einem Netz ins andere.

Ziel ist es, mobilen Endgeräten wie Smartphones, Tablets oder Laptops zu ermöglichen, sich automatisch mit einem in Reichweite befindlichen WLAN-Zugangspunkt zu verbinden und zu authentifizieren. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich also nur einmalig beim sogenannten Onboarding melden. So werden WLAN-Netzwerke so einfach nutzbar wie Mobilfunknetze.

Roaming stellt im vorliegenden Konzept die Basis dar, um im Bereich des öffentlichen WLAN eine Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen und das WLAN-Netz kooperativ als ein Netz gemeinschaftlich zu betreiben. In diesem Kontext stellt jeder WLAN-Anbieter eine einheitliche Grundfunktion für die Nutzer im WLAN-Netz bereit, die diese nach erfolgreicher Anmeldung frei in jedem teilnehmenden WLAN-Netz nutzen können, ohne sich jedes Mal neu anmelden zu müssen. Ob im Park, auf dem Wochenmarkt, an der Ampel oder an der Bushaltestelle, ich habe immer dasselbe Netz. Die Roaming-Kooperation ist das Schlüsselement, um mit vertretbarem Aufwand ein flächendeckendes WLAN-Netzwerk in Schleswig-Holstein zu realisieren.

Ein Glasfaseranschluss ist dabei natürlich die Grundbedingung für den Anschluss eines WLAN-Zugangspunktes. Somit korrespondiert das hier vorliegende Konzept unmittelbar mit den aktuellen und sehr erfolgreichen Aktivitäten zum Glasfaserausbau im Land und macht es für jene zugänglich, die vielleicht noch nicht angeschlossen sind.

Landesweit ist aber eben nicht gleichbedeutend mit flächendeckend, denn aufgrund der Bedingung eines verfügbaren Glasfaseranschlusses in Verbindung mit der begrenzten Reichweite der WLAN-Technologie werden der flächenhaften Versorgung natürliche Grenzen gesetzt. Je weiter wir aber mit dem Glasfaserausbau vorankommen, desto weiter reicht unser WLAN.

Um kurzfristig möglichst viele Menschen zu erreichen, sollen in einem ersten Schritt vor allem ÖPNV-Haltestellen, Veranstaltungsflächen wie Sportplätze und Marktplätze, Ausstellungsflächen, Museen und Parks versorgt werden.

Ein landesweites WLAN in Form eines kooperativen Verbundes auf der Basis eines automatischen Roamings zwischen Netzen verschiedener WLAN-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Betreiber in Schleswig-Holstein ist technisch, rechtlich und organisatorisch realisierbar. Die ersten WLAN-Anbieter haben bereits ihre Bereitschaft zur Teilnahme erklärt, und die nötigen Mittel für die Initialisierung stehen bereit. Der landesweite Ausbau unseres freien WLAN in Schleswig-Holstein kann also beginnen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Aussprache.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir Anfang letzten Jahres unseren Antrag für ein landesweites kostenloses freies WLAN eingebracht haben, wurde eines sehr schnell deutlich: Diese Zielsetzung wird von allen demokratischen Parteien geteilt. Das freut mich vor allem deshalb, weil wir möglichst alle an einem Strang ziehen müssen, um bei diesem Thema voranzukommen.

Tatsache ist, dass wir in Schleswig-Holstein auch im Jahr 2021 noch erhebliche Lücken in der Versorgung mit kostenlosem WLAN haben. Nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten ist die Verfügbarkeit bis heute ungenügend und oft auf wenige ausgewählte Gebäude und überschaubare Reichweiten beschränkt. Daher freuen wir uns, dass es auf unsere Initiative hin nicht nur diesen Bericht, sondern vor allem auch entsprechende Fördermittel gibt.

Eines ist klar: Wenn wir Schleswig-Holstein modern und digital aufstellen wollen, brauchen wir deutlich mehr WLAN-Netze im ganzen Land, und zwar frei verfügbar und kostenlos nutzbar. Freies WLAN ist keine Spielerei für Technikfreaks, sondern ein echter Standortfaktor für Einzelhandel und Tourismus. Am Ende profitieren hiervon Unternehmen und Menschen gleichermaßen. Der Wirtschaftsausschuss hat darüber vor fast einem Jahr beraten und die Notwendigkeit des Ausbaus unterstrichen. Einigkeit herrschte auch dahin gehend, dass vor allem die ländlichen und touristischen Regionen mitversorgt werden müssen. Der Auftrag ist also klar formuliert. Der vorliegende Bericht beziehungsweise das hier dargestellte Konzept sind ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Mich freut, dass der Bericht nicht nur viele technische Details, sondern vor allem bestehende Probleme benennt. Es ist völlig richtig, dass wir zwar Fortschritte beim flächendeckenden Glasfaserausbau machen, gleichzeitig aber kaum vorankommen, wenn es um das Thema öffentliches WLAN geht. Die Erkenntnis, nach der dieses Thema „kein strategisches Investment“ zu sein scheint und „daher nur zögerlich umgesetzt“ wird, ist daher wenig überraschend.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass das Land ein klares Konzept verfolgt und Netzbetreiber, Kommunen und privatwirtschaftliche Akteure beim weiteren Ausbau unterstützt. Wir werden sehen, ob die für Investitions- und Betriebskosten bis 2024 eingeplanten 5 Millionen € auskömmlich sind. Ich denke, wir sollten im Zweifel darüber nachdenken, etwas mehr Geld in die Hand zu nehmen.

(Beifall SSW)

Bei der Umsetzung des Ausbaukonzepts ist besonders wichtig, dass alte und neu entstehende WLAN-Netze so einfach nutzbar sind wie Mobilfunknetze. Das funktioniert aber nur, wenn alle Anbieter sowohl mit Blick auf den technologischen Standard als auch auf das Roaming kooperieren. Ich bin zwar zuversichtlich, dass die geplante Vorgehensweise über einen Letter of Intent zielführend ist, trotzdem ist es mir wichtig, diesen Punkt zu betonen. Nur so können wir sicherstellen, dass man sich nur einmal registrieren und nicht ständig neu anmelden muss. So kommen wir letzten Endes zu dem einen und einzigen gemeinschaftlich betriebenen Netz und zum wirklichen Mehrwert für die Nutzer.

Mir ist bewusst, dass wir es hier mit einem langfristigen Projekt zu tun haben. Gleichzeitig steigt natürlich die Netzabdeckung und die Leistungsfähigkeit auch im Mobilfunkbereich. Doch selbst wenn die Entwicklung hier anhält und die Preise weiter fallen, bleibt ein landesweites, kostenloses freies WLAN ein wichtiges Ziel, denn neben der touristischen oder der wirtschaftlichen gibt es hier eindeutig auch eine soziale Dimension.

Auch hierzulande gibt es immer noch Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen keinen eigenen Internetzugang leisten können. Ein kostenloses freies WLAN-Netz hilft maßgeblich dabei, der digitalen Spaltung entgegenzuwirken. Der SSW sieht es als wichtige Aufgabe an, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, das Internet zu nutzen, sich zu informieren, zu bilden und mit anderen Leuten in Kontakt zu treten.

(Lars Harms)

Gerade die Coronazeit hat bewiesen, wie wichtig Teilhabe für Schülerinnen und Schüler ist, wie wichtig es ist, dass sich Menschen bei allen Stellen dieser Welt informieren können. Auch aus diesem Grund, nämlich um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass alle gleichermaßen einen freien Internetzugang haben. Dieser kann nur gewährleistet werden, wenn wir ein kostenfreies WLAN haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, Ihnen und Ihrem Team erst einmal herzlichen Dank für den Bericht. Lieber SSW, an Sie herzlichen Dank für den ursprünglichen Antrag.

Ich möchte zu Beginn unser Ziel noch einmal deutlich hervorheben: Wir wollen niedrigschwellig und unterbrechungsfrei landesweit freies WLAN für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Das wird nur funktionieren, wenn wir alle Kommunen, die kommunalen Unternehmen, private Betriebe, Vereine und Verbände dafür gewinnen, mit uns in dieser Sache - das macht der Bericht deutlich - kooperativ zusammenzuarbeiten. Der Aufbau soll neben den Städten und Gemeinden insbesondere auch die ländlichen Räume und vor allem die touristisch genutzten Gebiete umfassen, um dadurch das unterbrechungsfreie WLAN im gesamten Land auf den Weg zu bringen.

Der Bericht zeigt, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Der Bericht zeigt aber auch, dass es nicht unbedingt allein vollumfassend funktionieren wird, denn manche Gebiete sind für manche Anbieter bisher schlichtweg aus wirtschaftlichen und Werbeinteressen uninteressant gewesen. Zudem haben die unterschiedlichen vorhandenen Anbieter auch unterschiedliche Systeme. Das hat verschiedene Gründe, hat aber dazu beigetragen, dass der Aufbau bisher leider etwas ins Stocken geraten ist. Es zeigt, dass es eine Strategie des Landes braucht, um das Thema zu koordinieren und effektiv voranzutreiben.

Das landesweite freie WLAN wird nur zu einem Erfolg, wenn sich die Nutzerinnen und Nutzer nicht jedes Mal ein neues WLAN-Netz suchen, sich neu registrieren und vor allem unterschiedliche AGB

akzeptieren müssen. Das nämlich schränkt viele von der Nutzung ab und vermittelt auch unseren touristischen Gästen in dieser Sache kein gutes Bild von unserem Land. Ich bin davon überzeugt, dass ein landesweit freies WLAN, das unterbrechungsfrei funktioniert, ein sehr gutes Aushängeschild für Schleswig-Holstein sein kann. Das werden wir auch schaffen.

Es gibt gute technische Möglichkeiten, dies zu realisieren. Das Wechseln von einem WLAN-Anbieter zum nächsten WLAN-Anbieter ist mit Roaming möglich und stellt das wesentliche Instrument dar, so wie es der Minister beschrieben hat, um es den Nutzern so einfach wie möglich zu machen. Der Zugang kann durch so eine Technik sicher und vor allem unterbrechungsfrei umgesetzt werden. Ich teile die Ansicht der Landesregierung, dass eine Roaming-Kooperation der Anbieter das Schlüsselement für ein flächendeckendes WLAN-Netz in Schleswig-Holstein darstellt und vor allem - das freut uns Finanzpolitiker - die Kosten im Rahmen halten kann. Alle an dieser Roaming-Kooperation teilnehmenden WLAN-Anbieter werden die entsprechenden gemeinsamen Anforderungen erfüllen und ein nachhaltiges, stabiles WLAN-Netz bereithalten. Ich bin auch davon überzeugt, dass neben den Nutzerinnen und Nutzern vor allem die Teilnehmer davon profitieren können. Das ist auch gut so.

Wichtig für das Erreichen des Ziels eines landesweiten freien WLAN, welches die Datenmengen verarbeiten kann, die es heute und vor allem zukünftig braucht, ist ein Glasfaseranschluss am Zugangspunkt. Der Glasfaserausbau ist bei uns im bundesweiten Vergleich schon sehr gut, aber er wird wie bei 5G auch hier flächendeckend benötigt. Der Spruch „Glasfaser bis zur letzten Milchkanne“ darf kein Spruch bleiben, sondern muss schlicht umgesetzt werden; da sind wir in Schleswig-Holstein schon auf einem guten Weg. Damit werden wir das landesweite WLAN in Form eines kooperativen Verbundes erreichen und den Digitalstandort Schleswig-Holstein stärken. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr ge-

(Dr. Heiner Dunckel)

ehrter Herr Minister, vielen Dank an Sie und Ihr Team für den Bericht. Der Bericht zeigt, dass nicht nur der Berichtsantrag des SSW, sondern auch die beharrliche Forderung des SSW in Bezug auf ein landesweites kostenloses WLAN gut und richtig sind.

(Beifall SPD und SSW)

Der schriftliche Bericht macht aber auch deutlich und thematisiert, dass der Aufbau eines freien WLAN in Schleswig-Holstein nicht nur viel Zeit braucht: Der weitere Auf- und Ausbau ist ins Stocken geraten, die Vernetzung des Landes, der Behörden, Kommunen und Netzbetreiber ist schwierig, und schließlich - wie es im Bericht formuliert ist - „scheint öffentliches WLAN aktuell kein strategisches Investment zu sein und wird daher auch nur zögerlich umgesetzt“.

Die Folge dieser Probleme ist, dass wir - insbesondere und wieder einmal im ländlichen Raum - noch viele weiße Flecken beziehungsweise weiße Flächen ohne ausgewiesene Hotspots haben. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass wir von einer flächendeckenden Verfügbarkeit wohl noch weit weg sind.

Natürlich müssen wir honorieren, dass in Schleswig-Holstein die Basis für den Ausbau eines freien WLAN, nämlich flächendeckendes Glasfasernetz, im Vergleich zu den anderen Bundesländern breiter ist - wengleich auch hier die Probleme im ländlichen Raum bleiben -, aber auch wir wissen, dass noch viel zu tun ist. Eine Glasfaserversorgung von angeblich 26,3 % hat noch viel Luft nach oben.

Ich will mich hier gar nicht weiter mit den technischen Aspekten eines landesweiten WLAN beschäftigen. Soweit ich es überblicke, sind Hotspot 2.0, RADIUS, Roaming und die vorgeschlagene Sicherheitsarchitektur sicherlich State of the Art. Auch der Verweis auf die DSGVO - das war bei Herrn Minister Albrecht nicht anders zu erwarten - ist sicherlich richtig.

Sehe ich aber den schriftlichen Bericht weiter kritisch durch, sind einige kritische Punkte festzuhalten - Sie erwarten das von mir auch gar nicht anders -: Am meisten fällt mir auf, dass sich die weiteren Perspektiven und Maßnahmen wenig engagiert zeigen. Stellt sich das Problem so dar wie gerade angedeutet, dann erwartete ich jetzt doch einen ehrgeizigen Projektplan mit definierten Zielen, Maßnahmen und einem entsprechend noch einmal betont ehrgeizigen Zeitplan. Aber wie schon so häufig gibt es erst einmal nur Gespräche - eine Strategie ist abermals nicht erkennbar.

(Birte Pauls [SPD]: Nur Konzepte!)

- Ja, es gibt viele Konzepte, nicht nur ein Konzept.

Stattdessen soll ein „kooperatives, gemeinschaftlich betriebenes, serviceunabhängiges ‚Basisnetz‘“ geschaffen werden, indem „bereits aktive Akteure ... zur Teilnahme an und zu Investitionen ... motiviert werden“, zu einem Letter of Intent aufgefordert werden oder Anbieter gebeten werden, sich bereitzuerklären, „dem Modell der Roaming-Kooperation beizutreten“. - Investitionen und konkrete, dem Problem angemessene Maßnahmen sehen nun wirklich anders aus, sehr geehrter Herr Minister.

(Beifall SPD)

Mir ist zudem auch nicht plausibel, warum denn Anbieter dies tun sollen, wenn Sie doch im Bericht selbst feststellen, dass ein kostenloses, öffentliches WLAN offensichtlich „kein strategisches Investment“ ist. Irgendwo versteckt sprechen Sie zwar von „Anreizen“, aber ich wüsste schon gern, um welche Anreize es sich hier handelt.

Für mich durchaus nachvollziehbar sprechen Sie von den besonderen Herausforderungen bei der Stromzufuhr und problematisieren, dass „in den seltensten Fällen ... ein Stromanschluss an den gewünschten WLAN-Standorten im öffentlichen Raum zur Verfügung“ steht. Wenn das Problem so richtig beschrieben ist - davon gehe ich aus -, erstaunt wieder einmal Ihre Lösung. Es sollen nämlich mit den Stromnetzbetreibern Konzepte - wieder geht es um Konzepte - „für eine kostengünstige Stromversorgung der WLAN-Netzzugangspunkte entwickelt werden“. - Also wieder erst einmal Konzepte und keine Maßnahmen. Zumindest kommt man damit ganz gut über diese Legislaturperiode.

Daran schließt sich für mich die Frage an, wie das denn finanziert werden soll. Ist nämlich „in den seltensten Fällen“ ein Stromanschluss vorhanden, muss dieser erst einmal geschaffen werden. Ich kann nicht so recht glauben, dass dies mit den ausgewiesenen 5 Millionen € zu machen ist.

(Beifall SPD)

Ich darf zusammenfassen: Ein landesweit kostenloses freies WLAN ist gut und richtig. Es muss schnell kommen und findet unsere Unterstützung. Dazu muss aber mehr getan werden, als es zumindest in dem Bericht angedeutet ist. Ich hoffe, dass wir das im Wirtschaftsausschuss heilen können. Ich beantrage deshalb, dass wir die Beratungen über den Antrag im Wirtschaftsausschuss weiter vertiefen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Dr. Heiner Dunckel)

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte es tatsächlich nicht anders erwartet. Aber damit können wir gut arbeiten. Es sind auch die Anmerkungen, die am Ende dazu führen, dass wir gerade bei einem solchen Punkt, über den wir uns eigentlich alle einig sind - so nehme ich zumindest die Debatten der letzten Monate dazu wahr -, am Ende gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen.

Vorab ganz herzlichen Dank an das Ministerium, an den Herrn Minister für den vorgestellten Bericht. Hier ist wirklich gute Arbeit geleistet worden. Wir kommen so tatsächlich substanziell voran. Ganz herzlichen Dank an dieser Stelle vorab auch an den SSW für die Initiative und die gute und kooperative Zusammenarbeit zu den Anträgen in den letzten Monaten. So macht das wirklich Freude.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte zwei oder drei Punkte noch einmal herausgreifen, weil bereits viel Richtiges gesagt worden ist.

Auch von der Zielrichtung heute ist sehr deutlich geworden, dass freier Zugang zum Internet tatsächlich Teil der Daseinsvorsorge ist und auch als politisches Ziel sein muss. Das hat sehr viel mit gesellschaftlicher Teilhabe zu tun. Es ist nämlich mitnichten realistisch oder erstrebenswert, dass sich tatsächlich alle Menschen teure Datenpakete leisten können. Wir leben in einer Welt, in der viele Menschen das nicht können. Gerade deshalb ist es Auftrag der öffentlichen Hand, eine Infrastruktur zu schaffen, die auch Teilhabe an digitaler Gesellschaft ermöglicht. Dafür wollen wir die Grundlagen schaffen, dafür schaffen auch der heute vorgelegte Bericht und die dahinter stehenden Maßnahmen die Grundlage.

Es ist nicht nur eine Frage der Teilhabe, sondern oft auch eine Frage der Praxis, weil wir eigentlich zwar eine ganz gute Mobilfunkabdeckung haben; diese haben wir jedoch tatsächlich nur dann, wenn wir alle Netze übereinanderlegen. Die wenigsten Menschen haben vier Mobilfunkanbieter für ihr Handy und vier SIM-Karten, sondern maximal zwei. Dann

entsteht mit einem Mal eben doch an vielen Orten eine Lücke, auch in Städten. Ich kenne das selbst aus Eckernförde, wo ich eben nicht mit jedem Anbieter, auch nicht in der Innenstadtlage, eine gute Mobilfunkverbindung habe. Da springen heute oftmals WLAN-Angebote ein und werden das auch in Zukunft machen können.

Ganz entscheidend ist Folgendes: Ich empfinde es als den besten Schritt dessen, was uns heute vorgestellt worden ist, dass wir es endlich schaffen, die diversen Angebote, die wir im Land haben und für die wir auch dankbar sein müssen, zusammenzubinden, weil diese angesprochene Hotspot-2.0-Lösung in der praktischen Umsetzung für die Nutzerinnen und Nutzer tatsächlich einen extremen Fortschritt bedeutet.

Heute ist es so: Wenn ich mich einmal in einem WLAN abmelde, bin ich nicht automatisch jedes Mal wieder damit verbunden und kann deswegen nicht direkt surfen. Vielmehr ist es oftmals so, dass ich mich erst neu verbinden muss, dann bin ich im Internet. Aber komme ich dann zwei Wochen später an den gleichen Hotspot, muss ich mich proaktiv erneut einwählen.

Das Handy stellt zwar die Verbindung her, aber ich kann nicht surfen. Das ist total nervig. Wenn ich beispielsweise durch eine Straße gehe oder regelmäßig in einer bestimmten Bank bin, dann kann ich, wenn ich im Netz bin, vielleicht einmal kurz eine Nachricht lesen, muss aber warten, bis ein Download abgeschlossen ist, den ich zuvor im Mobilfunknetz begonnen habe. Dann komme ich in das WLAN, bin zwar damit verbunden, nicht aber mit dem Internet, weil ich nicht auf „Anmelden“ geklickt habe. Das ist dann aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer richtig nervig.

Bei Digitalisierung gilt wie kaum sonst irgendwo: Nutzerinnen- und Nutzerexpertise und -perspektive sind das A und O für funktionierende Systeme.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Genau das schaffen wir mit der neu vorgestellten Systematik. Dafür bin ich sehr dankbar, denn das ist wirklich ein Meilenstein.

Es ist genau richtig, in einem - wenn wir es so nennen wollen - Markt oder in einer Angebotssituation, wo es verschiedene Anbieterinnen und Anbieter gibt, kooperativ vorzugehen. Es geht ja nicht darum, Angebote zu ersetzen, sondern es geht darum, gemeinsam das Beste zu erreichen. Das schaffen wir nicht, wenn wir als Land den Betreibern etwas

(Joschka Knuth)

vorsetzen, sondern nur, wenn wir die Betreiber mit an den Tisch holen und an der Realisierung der Angebote beteiligen. Genau das soll gemacht werden, wenn wir an die Umsetzung des heute vorgestellten Berichtes und der Konzepte herangehen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Wir können als Land wirklich sehr zufrieden mit dem Weg sein, auf dem wir uns gegenwärtig befinden. Ich bin sehr dankbar für die insoweit geleistete Arbeit. Das sollte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Zukunft ermutigen. Deshalb sollte diesem freien WLAN im Land weiterhin Unterstützung gegeben werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im August 2018 stand ich als schleswig-holsteinischer Delegierter zur Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC - auf dem Marktplatz der Kleinstadt Marienhamn, knapp 12.000 Einwohner, mitten in der Ostsee, der Hauptort der finnischen Åland-Inseln.

Dort wird Schwedisch gesprochen; das muss man immer dazusagen, um den SSW zufriedenzustellen. Neben der Verständigung irritierte mich ein Symbol auf meinem Smartphone, das ich nicht erwartet hatte. Es war ein WLAN-Symbol - mitten auf dem Marktplatz - mit einer Downloadrate von 80 Mbit. Das ist also richtig schnell; ich sage das nur, damit jeder das richtig einordnen kann. Es war da, ohne Anmeldung, ohne Bürokratie, einfach so.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Frau Kollegin, drei Tage später waren wir alle wieder zusammen auf dem Hamburger Flughafen. Hamburg, das Tor zur Welt, eine Metropole mit über 17 Millionen Passagieren im Jahr. Das WLAN-Symbol flackerte nur ein bisschen, noch nicht einmal die Anmeldeseite war fehlerfrei zu öffnen. Man musste Daten eingeben, es gab eine komplizierte Registrierung, und man musste hier und da Häkchen setzen. Es gab immer wieder Fehler und Verbindungsabbrüche. Ich muss gestehen, ich habe aufgegeben. Bevor ich den HVV-Fahrplan aufrufen konnte, war mein Bus schon lange weggefahren.

Herr Minister, ich danke für die Klarheit im Bericht, den Sie uns heute gegeben haben. Tatsächlich sind öffentliche WLANs im Land - auch bei uns im Norden - ausbaufähig, um es zurückhaltend zu sagen. Öffentliche WLANs und der Mobilfunk sind im Übrigen zwei Technologien, die sich in ihren Möglichkeiten und Chancen ergänzen und nicht im Widerspruch zueinander stehen. Das ist für diejenigen, die in der Technik bewandert sind, aufgrund der Frequenznutzung relativ einfach verständlich. Aber die modernen 5G- und 6G-Mobilfunknetze versprechen durchaus noch höhere Geschwindigkeiten und - was in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist - geringere Latenzen, mit denen auch kritische Echtzeitanwendungen möglich sind. Das wird übrigens vom neuesten WiFi-6-Standard noch nicht erreicht.

Mobilfunk wird also wichtig, und öffentliche WLANs sind genauso wichtig, weil sie unterschiedliche Funktionen, unterschiedliche Ziele und unterschiedliche Zwecke verfolgen und sich perfekt zu einem Gesamtnetz ergänzen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Albrecht hat in seinem Bericht völlig zu Recht den Hotspot 2.0 als eine wegweisende technische Funktion dargestellt, um ein ganz großes Problem der WLANs, nämlich den Anmeldeprozess, bequemer und komfortabler zu gestalten. Es gibt kein neues Einloggen, kein neues Registrieren, man kann einfach loslegen. Das ist, was wir eigentlich heutzutage vom Internet erwarten.

Ein technischer Standard einer Roaming-Kooperation allein baut aber noch keine WLANs. Im Übrigen gibt es hier auch keinen Gegensatz zwischen WLANs, die von der öffentlichen Hand oder dem Land betrieben werden und denen, die von Hotels betrieben werden. Wir sehen Hotspot 2.0 natürlich als eine Schnittstelle, in die jeder sich - einschließlich des Hotel-WLANs - jederzeit einklinken kann

Gutes WLAN braucht allerdings auch einen guten Backbone, es braucht Glasfaser als Hintergrund. Schleswig-Holstein ist hier bereits heute führend. Unser Land hat das klare Ziel, bis 2025 flächendeckend die Ausstattung mit Glasfaser zu ermöglichen und damit den Backbone für schnelles WLAN zu geben. Schön, dass Bernd Buchholz hier richtig Tempo macht.

(Beifall FDP)

Übrigens: Auch die Kommunen muss ich hier erwähnen. Der Kreis Segeberg nimmt jetzt 60 Millio-

(Stephan Holowaty)

nen € in die Hand, um die letzten weißen Flecken bei der Glasfaser im Kreis Segeberg tatsächlich zu schließen.

Der Minister hat es völlig richtig dargestellt: Das eigentliche Drama ist, dass der Ausbau der öffentlichen WLANs ein bisschen lahm ist. WLAN ist übrigens keine Glocke, die einfach über das Land gestülpt wird - hier kommen wir zu einem wesentlichen Punkt -, sondern WLAN besteht aus vielen kleinen Zellen und Initiativen vor Ort, getragen von Freiberuflern, von Behörden, die dies für sich einrichten, oder auch von Vereinen.

WLAN ist nie ein Top-down-Prozess gewesen, sondern, wenn dieser erfolgreich war, immer ein Bottom-up-Prozess. Ich wünsche mir daher auch wesentlich mehr Engagement der Kommunen und mehr Engagement der Bürgermeister und der Stadt- und Gemeindevertretungen. Es gibt in vielen Orten einen Radverkehrsbeauftragten. Warum gibt es keinen Digitalisierungsbeauftragten? - Das sind Aspekte, mit denen man das Engagement noch vorantreiben kann.

(Beifall FDP - Zuruf)

- Man kann auch auf dem Fahrrad etwas mit dem WLAN tun. Man sollte es aber nicht; wir kennen die Straßenverkehrsordnung.

Wir Freie Demokraten verstehen öffentliche WLANs und die digitale Infrastruktur, Smart Towns und Smart Regions als fundamentale Bestandteile eines jeden integrierten Stadt- oder Gemeindeentwicklungskonzeptes. Wir sehen es als fundamentalen Bestandteil einer Stadtentwicklungs- und Städtebauförderung.

Wir wünschen uns hier auch deutlich mehr Engagement nicht nur der WLAN-Anbieter, sondern auch der örtlichen Gewerbevereinigungen. Wir wünschen uns ein größeres Engagement beispielsweise der Sportvereine, um diese als ein Beispiel für Institutionen zu nennen, in denen sich Menschen treffen und für die wir eine gute Infrastruktur brauchen.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir Freie Demokraten wollen das Land entfesseln. Wir wollen jeden dieser Akteure motivieren. Wir haben in der Jamaika-Koalition mit dem gesamten Land mit der Gründung des ITV.SH Ende 2018 eine wichtige organisatorische Grundlage dafür geschaffen, in die Kommunen hineinzugehen und mit den Gemeinden und Kommunen zusammen mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall FDP, SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister, vielen Dank für den klaren Bericht. Sie haben die Chancen aufgezeigt, Sie haben die Herausforderungen aufgezeigt. Ich beantrage deshalb die Überweisung des Berichts an den Digitalisierungsausschuss des Landtags. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heiterkeit - Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Zuruf: Es ist Überweisung beantragt worden!)

- Ein mündlicher Bericht?

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Ich danke dem Sprecher der Abgeordneten des SSW außerordentlich herzlich und möchte dann in die Beschlussfassung gehen. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2854, federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Zurufe)

- Ich bekomme hier gerade die Information, dass federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll. Wenn sich die Damen und Herren einigen könnten?

Lars Harms [SSW]:

Wie ich es verstanden hatte: federführend an den Digitalisierungsausschuss - das ist bei uns der Umwelt- und Agrarausschuss - und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich sehe da jetzt keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. - Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2854, federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 58 auf:

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Bericht zur Bedarfsanalyse des Hilfeangebots für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2936

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitarbeiterinnen und Unterstützerinnen der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein! Ich freue mich, Ihnen heute über unsere Bedarfsanalyse berichten zu können. Sie wissen, die Frauenfacheinrichtungen liegen uns als Landesregierung sehr am Herzen.

Unsere vorliegende Bedarfsanalyse ist Bestätigung und Herausforderung zugleich. Wir haben es jetzt schwarz auf weiß: Unser Hilfe- und Unterstützungssystem ist grundsätzlich gut aufgestellt. Über die FAG-Finanzierung ist der Zugang zu Schutz und Hilfe einzelfallunabhängig, ohne bürokratische Hürden und von der tatsächlichen Nachfrage unabhängig möglich. Dies ist in dieser Form bundesweit einzigartig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wir haben aber noch einige Hausaufgaben zu machen. Diese wollen wir nun Schritt für Schritt abarbeiten. Dabei haben wir uns wohl alle an der einen oder anderen Stelle ein bisschen mehr Klarheit gewünscht. So leicht hat es uns die Analyse aber nicht gemacht. Es werden verschiedene Berechnungen vorgeschlagen, da es viele verschiedene Faktoren sind, die Grundlage für eine Bedarfsermittlung sind oder sein können. Klar benannt ist nur die Lücke im Norden des Landes bezogen auf ein entsprechendes Frauenhausangebot. Diese Lücke wollen wir schließen. Die Vorbereitungen dazu laufen, das war der einfache Teil.

Weitaus schwieriger ist es, unsere Förderpraxis neu zu strukturieren. Zur Erinnerung: Wir kommen von FAG-Mitteln in Höhe von 5,6 Millionen € jährlich. Nach einer befristeten Erhöhung in den Jahren 2019 und 2020 auf rund 6,3 Millionen € konnten wir über die FAG-Reform noch einmal nachlegen. Wir haben nun die Mittel auf insgesamt 7,5 Millionen €

erhöht, und ein weiteres kleines Plus steht im Raum.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zudem ist der Betrag ab 2022 jährlich dynamisiert. Noch nie hatten wir so viel Geld im System wie heute.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist eine starke Botschaft an die Frauenfacheinrichtungen und ein starkes Zeichen unserer Wertschätzung für ihren unermüdlichen Einsatz gegen Gewalt an Frauen. - Ein ganz herzliches Dankeschön in ihre Richtung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Unter dem Eindruck der Bedarfsanalyse wollen wir die vorhandenen Mittel transparent, übersichtlich und gerecht auf die drei Säulen des Systems verteilen: die Frauenhäuser, die Frauenberatungsstellen und das KIK-Netzwerk. Das ist das Kooperations- und Interventionskonzept.

Künftig wollen wir uns an einheitlichen Personalkostensätzen orientieren. Wir wollen eine klare Struktur für die Bezuschussung der Miet- und Betriebskosten. Damit lassen sich die Förderbeträge des Landes auch für zukünftige Plätze, egal an welchem Standort, genau berechnen.

Die Frauenhäuser im Land leisten einen unverzichtbaren Beitrag für akut von Gewalt bedrohte oder betroffene Frauen und ihre Kinder. Ihre Arbeit ist komplex und intensiv. Auch deshalb wurde die sogenannte Platzkostenpauschale bereits 2017 dauerhaft erhöht.

Über das IMPULS-Programm versetzen wir die Frauenhäuser in einen baulich guten Zustand. Im Vorgriff auf die Bedarfsanalyse haben wir die Platzkostenpauschale befristet für die Jahre 2019 und 2020 noch einmal angehoben.

Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit den Kommunen befristet die Finanzierung von 30 zusätzlichen Frauenhausplätzen übernommen. Wir haben nach Vorlage des Abschlussberichtes keine Sekunde gezögert: Ab diesem Jahr verstetigen wir diese Erhöhung. In Summe ist das nach den bisherigen Kostensätzen ein Plus von 700.000 € jährlich, nach dem neuen Berechnungsmodell sogar rund 900.000 €

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Es ist also nicht so, dass die Frauenhäuser leer ausgehen, wie manchmal zu hören ist. Knapp 1 Million € ist schon eine ganze Menge Geld. Vielleicht ist das in den letzten Wochen ein bisschen untergegangen.

Ich kann verstehen, dass die Hoffnung bei den Frauenhäusern größer war. Aber als Landesregierung müssen wir das ganze Land und das ganze System im Blick behalten. Die Bedarfsanalyse hat sehr deutlich empfohlen, die Zusammenarbeit an den Schnittstellen zu verbessern, also mit allen Institutionen, die mit von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern befasst sind. Genau das ist der Teil unseres KIK-Netzwerkes. Die Akteurinnen und Akteure dort weisen schon lange darauf hin, dass ihre Förderung bei Weitem nicht ausreicht.

Die Arbeit in Beratungsstellen ist ebenfalls von enormem Wert. Eine frühzeitige Beratung kann Frauen verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie kann zu einem Ende der Gewaltspirale beitragen. Alle drei Säulen im Hilfe- und Unterstützungssystem müssen stark sein.

(Beifall CDU und FDP)

Gewaltschutz ist mehr als die Schaffung von Frauenhausplätzen.

Meine Damen und Herren, wir haben von Beginn an das Gespräch mit den beteiligten Institutionen gesucht. Wir haben die Auseinandersetzung nicht gescheut. Wir haben die Kritik aufgenommen. Im Ergebnis sind wir von unserem jetzt gewählten Modell überzeugt. Letztendlich geht es darum, die Aufgaben besser als bisher auf alle Schultern zu verteilen und die Aufgaben klar zu definieren.

Wir wollen und müssen vernünftig und nachhaltig mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen arbeiten, personell und finanziell. Ich setze dabei auf die Unterstützung der Kommunen und der Einrichtungen. Ich freue mich, wenn wir den hier skizzierten Weg gemeinsam weitergehen können. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Die Ministerin hat die Redezeit um 1 Minute überschritten. Diese Redezeit steht jetzt allen Fraktionen selbstverständlich zur Verfügung.

Beate Raudies [SPD]:

Das freut mich außerordentlich. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Liebe Frauen!“ - so hat meine politische Ziehmutter Traute immer alle Frauen begrüßt, wenn sie auf Frauenempfangen, Frauenveranstaltungen unterwegs war. Von Traute habe ich gelernt, dass Gewalt gegen Frauen absolut inakzeptabel ist und wir als Frauen - nicht nur wir Frauen, sondern die ganze Gesellschaft - uns mit aller Kraft dagegen einsetzen müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Die Tatsache, dass wir in der vergangenen Woche den zehnten Geburtstag der Istanbul-Konvention gefeiert haben, hätte sie sehr gefreut. Sie ist leider vor drei Jahren verstorben. Sie hat nicht mehr mitbekommen, dass Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert hat und sich damit verpflichtet hat, Frauen vor Gewalt zu schützen, insbesondere häusliche Gewalt zu verhindern und eine Hilfestruktur aufzubauen und zu finanzieren.

Mit der Istanbul-Konvention endet für die Frauenhäuser und die Frauenberatungsstellen die Zeit der Bettelei - so hatten wir alle gedacht. So hatten besonders die Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen gedacht. - Aber falsch gedacht! Das zeigt leider die Umsetzung der Bedarfsanalyse in Schleswig-Holstein.

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin, und Ihrem Haus für Ihren Bericht. Ich danke den Beschäftigten in den Frauenfacheinrichtungen, ohne deren Mitarbeit die Bedarfsanalyse in dieser besonderen Zeit nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Aber umso größer ist in den Einrichtungen auch die Enttäuschung, Frau Ministerin. Die schlägt mir im ganzen Land entgegen. Ja, es ist eine große Leistung, dass es gelungen ist, in IMPULS mehr als 10 Millionen € für den Bau und die Sanierung von Frauenhäusern bereitzustellen. Auch die zurückgetretene Bundesfamilienministerin Franziska Giffey hat uns mit Geld bedacht. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle schon einmal und freue mich, wenn wir es ausgeben können.

Es ist gut, dass im Zuge der FAG-Reform nicht nur die deutliche Erhöhung der Mittel durchgesetzt werden konnte, sondern auch die Dynamisierung, denn da ist über viele Jahre viel zu wenig passiert. Beides fand und findet die Unterstützung meiner

(Beate Raudies)

Fraktion. Ich habe aber immer wieder darauf hingewiesen, dass meine Fraktion bereit ist, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wenn es denn benötigt wird. Wir halten mehr Geld für erforderlich.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zwischenzeitlich hatte nicht nur ich den Eindruck, der Bedarf werde an die Finanzen angepasst und nicht umgekehrt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin hat es gesagt: Die Finanzierung der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein hat eine Struktur, um die wir bundesweit beneidet werden. Wenn ich auf Sprecherinnenkonferenzen bin, bekomme ich das jedes Mal zu hören. Aber dieses bewährte System stellt die Landesregierung jetzt unnötig in Frage.

Die bisher geplante Erhöhung der Platzkostenpauschale und die Deckelung der Mietkostenzuschüsse bringen viele Einrichtungen in finanzielle Not. Uns erreichten regelrechte Hilferufe aus den schleswig-holsteinischen Frauenhäusern, die sich Sorgen machen, wie sie künftig die Rechnungen für Strom, Wasser, Telefon und Internet bezahlen sollen. Besonders perfide finde ich: Das trifft jetzt Häuser, die wir gerade sanieren oder saniert haben. Da kann am System etwas nicht stimmen.

Frau Ministerin, die Bedarfsanalyse ist da ganz klar; deutlicher geht es nicht. Sie sagt: Es ist erforderlich, die realen Miet- und Betriebskosten zu erstatten. In dieser Beziehung ist die Analyse sehr, sehr deutlich.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ebenso empfiehlt die Analyse eine Verständigung mit den Kommunen über Art und Umfang der Förderung. Das finden wir richtig. Gewaltschutz ist eine Aufgabe aller staatlichen Ebenen; auch Städte, Kreise und Kommunen müssen ihren Beitrag leisten und können sich nicht mehr zurücklehnen und sagen, das Land möge es tun. Es ist keine freiwillige Aufgabe, es ist eine Pflichtaufgabe.

(Beifall SPD, Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Aber soll es wirklich jeder Einrichtung selbst überlassen bleiben, bei Städten, Kreisen und Gemeinden um Zuschüsse zu betteln? Aus den Häusern ist mir erzählt worden, dass diese Ansage aus dem Ministerium kam: Dann müsst ihr besser nachverhandeln! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht nicht. Das finde ich unmöglich, und ich sehe hier ganz

klar die Landesregierung und die Ministerin in der Verantwortung. Da muss es eine groß angelegte Verhandlung, einen Pakt für die Fraueneinrichtungen auf Landesebene geben, und zwar aller staatlichen Ebenen. Dafür muss die Landesregierung sorgen.

(Beifall SPD)

Wozu ich jetzt nichts gehört habe und wozu sich auch die Analyse nicht genau äußert, ist die Frage: Was ist mit einem besseren Personalschlüssel? Die Häuser fordern eins zu vier statt eins zu sechs und eine Sockelfinanzierung für den Overhead und pädagogische Leistungen. Es gibt keine Aussage in der Analyse und im Umsetzungsbericht dazu.

Die zusätzlichen Plätze sind angesprochen worden. Für uns ist klar, dass mehr Plätze benötigt werden, da viele Frauen mit ihren Kindern abgewiesen werden. Ich habe gestern die Zahl von den Frauenhäusern bekommen: 2020 waren es 3.296 Personen.

Hier würde ich mir eine verbindliche Aussage wünschen - gut, ich gebe zu, die hätte vielleicht nicht heute kommen müssen -, wann wir außerhalb des nördlichen Landesteils mit diesen Plätzen rechnen können und wo diese Plätze zusätzlich entstehen sollen; denn das eine Haus im nördlichen Landesteil reicht nicht. Drittens die spannende Frage, die nicht nur mich, sondern auch Monika Heinold interessiert: Was soll das alles kosten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Arbeit der Frauenberatungsstellen ist unterfinanziert. Wir sichern jetzt gerade einmal den Bestand, und das finde ich total unbefriedigend. So wird das auch nichts mit der Prävention.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot, und zwar mit Fachkräften, die adäquat eingruppiert sind. Nicht nur in den Beratungsstellen, auch in den Frauenhäusern arbeiten viele Frauen weder in einer Gehaltsgruppe, die ihrer Qualifikation noch ihrer Betriebszugehörigkeit entspricht. Und auch in den Frauenfacheinrichtungen wollen zumindest wir gute Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Fazit: Die Landesregierung muss jetzt schnell handeln, um das Hilfesystem bedarfsgerecht und zukunftsorientiert aufzustellen. Die Bedarfsanalyse zeigt, dass wir gute Strukturen haben. Darauf können wir aufbauen. Aber wir brauchen mehr Geld im System. Aktuell gibt es 7,5 Millionen € Mit 10 Millionen € wären wir einen großen Schritt weiter. Damit habe ich das

(Beate Raudies)

kleine Plus einmal mit einem Preisschild versehen. Unter einer SPD-geführten Landesregierung würde es dieses Geld für die Frauenhäuser geben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD - Annabell Krämer [FDP]: 5,4!
- Serpil Midyatli [SPD]: Monika hat gesagt, wir sollten sagen, was wir wollen! Jetzt passt euch das nicht mehr!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ministerium! Der Schutz von Gewalt betroffener Frauen und ihren Kindern steht heute im Mittelpunkt unserer Diskussion. Wir haben hier einen Bericht des Ministeriums bekommen, Frau Ministerin hat diesen Bericht vorgetragen. Ich muss sagen: Herzlichen Dank, Frau Ministerin und herzlichen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen guten Bericht und vor allen Dingen für diese guten Ergebnisse, denn das ist das, worauf es hier ankommt. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Die historisch gewachsenen Strukturen in Schleswig-Holstein sollen transparent gestaltet werden. Das war eine Aufgabe dieses Berichts und dieser Bedarfsanalyse, die wir auf den Weg gebracht haben. Es sieht eigentlich grundsätzlich gut aus. Das hat die Ministerin schon gesagt. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sind wir sogar ein Vorbild. Ich finde, darauf können wir stolz sein. Da möchte ich den Bogen schlagen: Eine ordentliche Frauenpolitik in Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition. Da sind auch die Sozialdemokratie und die Grünen hervorzuheben, dass das sehr gut geklappt hat und dass in Schleswig-Holstein unsere Frauenhäuser nicht notleiden müssen.

Aber der Feind des Guten ist immer das Bessere. Das Bessere wollen wir jetzt anfangen. Wir wollen das System optimieren. Es fängt damit an, dass wir schauen, wo wir Bedarfe und wo wir ganz große Bedarfe haben. Die hat diese Studie im Bereich Nordfriesland und Schleswig-Flensburg ausgemacht. Wenn man sich die Karte anschaut, ist da wirklich ein weißer Fleck. Ich stelle mir vor, ich sei eine von Gewalt bedrohte Frau mit drei Kindern im Norden Schleswig-Holsteins: Wo soll ich denn hin? - Dann fahre ich vielleicht nach Rendsburg oder

nach Flensburg. Aber in dem Bereich, in Leck und so weiter, ist gar nichts. - Insofern müssen wir da etwas tun. Ich finde es ganz hervorragend, dass das Ministerium in die Verhandlung mit den Betroffenen vor Ort eingetreten ist, um zu schauen, was man da machen kann und wie man es machen kann. Denn es darf so nicht bleiben, und das ist ein Ergebnis aus dieser Analyse, das ganz wichtig ist.

Eine Ausweitung von Frauenhausplätzen wurde ebenfalls empfohlen. Da möchte ich noch einmal die 30 Sofortplätze erwähnen, die wegen der Coronakrise eingerichtet wurden. Es ist wirklich toll, dass die sofort geschaffen worden sind, und es ist noch viel besser, dass die auch bleiben. Corona geht hoffentlich bald vorbei - jeder von uns ist der Meinung, dass es jetzt langsam einmal genug ist -, aber die Plätze müssen bleiben. Das steht hier, und das wollen wir, meine Damen und Herren. Das ist ein guter Weg in Richtung auskömmliche Anzahl an Frauenhausplätzen.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der Platzkostenpauschale müssen wir schauen, die müssen wir anpassen. Da hat die Ministerin gerade gesagt, dass wir da noch in Verhandlungen stehen und es da noch ein paar Dinge gibt, die noch geändert werden müssen. Niemand soll mit weniger rausgehen, als er reingeht. Das ist klar. Wir wollen auch, dass diese Platzkostenpauschale dynamisiert wird. Das ist ganz wichtig, dass nicht immer wieder die Kosten im Verhältnis zu den Zuschüssen weglaufen, die wir vom Land geben. Deswegen ganz wichtig: eine Dynamisierung der Platzkostenpauschale und eine vernünftige Berechnung dieser.

Neben dem Ausbau und der transparenten und fairen Förderung von Frauenhausplätzen sehen wir weitere wichtige Betätigungsfelder: Prävention und die koordinierte Zusammenarbeit sind auch wichtige Felder. Unser KIK-Netzwerk ist einzigartig in Deutschland. Wir wollen und werden versuchen, die potenziellen Opfer so früh wie möglich zu stärken und ihnen das Selbstvertrauen zu geben, das sie brauchen, um aus dieser Gewaltsituation auszubrechen. Empowerment und Hilfe zur Selbsthilfe spielen hier eine riesige Rolle. Genau daran wollen wir arbeiten.

Auch die Netzwerke und die Zusammenführung weiterer Angebote spielen eine große Rolle. Wir haben in Schleswig-Holstein ein sehr gutes Netz von Hilfe- und Unterstützungsleistungen. Es gibt dazu in dem Bericht eine vorbildliche Expertise.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Wir wollen keine kostspieligen Parallelstrukturen schaffen. Die Angebote, die es schon gibt, gilt es, optimal zu vernetzen, damit die Frauen im Sinne der Stärkung des Selbstvertrauens sie auch in Anspruch nehmen können. Das gilt es, so niederschwellig wie möglich zu gestalten. Als ein gutes und gelungenes Beispiel möchte ich hier das Online-Beratungstool „Text us“ nennen. Das ist wirklich sehr gut, dort können sich Frauen melden und digital beraten lassen. Gerade in Zeiten von Corona, wo viele Familien eng aufeinanderhockten, war das ganz wichtig und ist es ganz wichtig, dass Frauen sich so einfach Beratung holen und auch unterstützen lassen können. Deswegen wird das von uns unterstützt und gefördert. Ich finde es sehr gut. Es ist den Verhältnissen angepasst, in denen wir jetzt leben.

Auch das Projekt „Frauen_Wohnen“ möchte ich erwähnen: Über 600 Frauen haben nach ihrem Frauenhausaufenthalt eine Wohnung gefunden, in der sie frei von Gewalt leben können. Ich sage Ihnen: Es ist gut, dass wir Frauenhäuser haben, aber sie sind keine Pension. Es ist immer schöner, in den eigenen Räumen zu leben. Frauen_Wohnen hilft dabei und unterstützt die Frauen. Bis zum letzten Jahr waren es 600 Frauen und ihre eigenen Kinder. Das ist schon eine Zahl, auf die man sehr stolz sein kann. Da schlage ich wieder den Bogen zur SPD, weil eine SPD-Ministerin das hier eingeführt hat: Frau Alheit war das. Ich kann sagen: Das haben wir optimiert, das läuft, und dafür muss man auch einmal Danke sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Heiner Dunckel [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, wir werden die Frauen nicht alleinlassen. Ich glaube, Sie sehen das. Wir haben 1,2 Millionen € Erhöhung im Bereich der Frauenfachberatung und Frauenhäuser, KIK und Weiteres in dem Bereich. Das ist nicht gerade wenig. Wir unterstützen Mixed Pickles. Das ist eine Vereinigung für Frauen mit Behinderung, die auch Gewalt erleiden mussten. Wir machen so viele gute Sachen. Ich glaube, wir machen das, was wir machen können, und noch ein bisschen mehr als das im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wie gesagt: Besser geht es immer, aber wir arbeiten daran. Eine Dynamisierung ist der beste Weg. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré das Wort.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser! Erst einmal vielen Dank, Frau Ministerin, für den Bericht. Ich möchte als erstes festhalten, dass wir als Koalition in dieser Legislatur ziemlich viel Geld in die Hand genommen haben, um Frauen vor Gewalt zu schützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das war für uns Grüne einer der wichtigsten Punkte bei den Koalitionsverhandlungen. Eines der wenigen Projekte, die wir im Koalitionsvertrag mit konkreten Zahlen hinterlegt hatten, war die Sanierung von Frauenhäusern mit 3 Millionen €. Das war eine ganz klare Prioritätensetzung. Wir sind inzwischen bei 10 Millionen € von denen alle 16 Frauenhäuser profitieren konnten, wenn Bedarf da war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Auch gleich zu Beginn der Coronakrise haben wir eine halbe Million Euro für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen zur Verfügung gestellt.

Seit Jahren diskutieren wir, wie wir über das FAG die neue Finanzierung der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser auf den Weg bringen wollen. Jetzt befinden wir uns inmitten dieses Prozesses, in dem wir diskutieren, wie wir es am besten verteilen können.

Was können wir noch festhalten? - Insgesamt stecken wir zusätzliche 1,8 Millionen € für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser rein. Der Landesverband Frauenberatung Schleswig-Holstein wird mehr Kohle bekommen. Die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein contra wird mehr Kohle bekommen. Das landesweite Kooperations- und Interventionsprojekt bei häuslicher Gewalt wird mehr Kohle bekommen. Mixed Pickles wird mehr Kohle bekommen, das sind insgesamt über 1 Million € Weitere 700.000 € gehen in die Frauenhäuser. Zusätzlich ist eine jährliche Dynamisierung der Mittel um 2,5 % ab 2022 vereinbart worden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben 30 Sofortplätze geschaffen, die nun verstetigt werden. Darüber hinaus soll außerdem

(Aminata Touré)

noch ein neues Frauenhaus im Norden unseres Landes entstehen.

Wo ist jetzt genau das Problem, das auch in den letzten Tagen diskutiert und von den Frauenhausmitarbeiterinnen hier vor Ort vor dem Landeshaus vorgebracht worden ist? - Es gab seitens der Frauenhäuser nun einmal die Befürchtung, dass einige nach unserer Neufinanzierung der Miet- und Nebenkosten schlechter dastehen könnten und dass dies die Planungssicherheit gefährden könnte. Dass diese Situation entsteht und die Kosten steigen könnten, liegt eben auch an unserem Sanierungsprogramm, das ermöglicht hat, dass man anbauen, sanieren oder weiterbauen kann. Wir wollen aber alle gemeinsam nicht, dass das eine gute Projekt gegen das andere gute Projekt ausgespielt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich glaube, ich spreche für die gesamte Koalition, wenn ich sage, dass niemand von uns das Interesse hat, dass das nach all diesen Bemühungen, die wir vorgebracht haben, passiert. Deshalb haben wir uns in dieser Woche mit der Finanzministerin, der Gleichstellungsministerin und den Koalitionssprecherinnen darauf geeinigt, dass wir definitiv bereit sind, noch mehr Geld im Rahmen der Haushaltsberatungen in diese Titel reinzustecken.

Die Arbeit, die die Häuser und Beratungsstellen leisten, ist wertvoll. Wir wissen, dass es keine leichte Arbeit ist, die sie seit Jahren und Jahrzehnten machen, auch in politischen Zeiten, in denen diese Arbeit nicht als wertvoll angesehen wurde, weil eben Gewalt gegen Frauen als ein persönliches Problem gesehen wurde, um das man sich privat zu kümmern hat.

Wir wissen ganz genau, dass sie einen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Wir wissen, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, bei der der Staat sich der Aufgabe nicht entziehen kann. Genau das wollen wir unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich möchte noch Folgendes hervorheben. Als ich alle 16 Frauenhäuser besucht habe und mit den Mitarbeitenden, den Bewohnerinnen und ihren Kindern - ich finde, das ist ein Aspekt, den man gern ignoriert oder gar nicht wahrnimmt, wie viele Kinder in diesen Frauenhäusern leben - gesprochen habe, habe ich Folgendes gemacht: Gemeinsam mit meiner Mitarbeiterin habe ich einen Bericht verfasst, in dem wir uns die Situation jedes einzelnen Frauen-

hauses angeguckt haben. Wir haben das gemacht, um politische Rückschlüsse aus den Besuchen, die wir gemacht haben, ziehen zu können.

Wir haben uns also angeguckt: Wie ist die Aufnahmesituation? Wie ist die Abweisungsquote? - Wir haben bei fast jedem einzelnen Besuch, den wir gemacht haben, festgestellt: meistens Überbelastung. Wie viele Mitarbeiterinnen sind vor Ort, und wie ist die Belastungssituation der Mitarbeiterinnen?

Sie haben es vorhin angesprochen, es wird über den Personalschlüssel der Frauenhausmitarbeiterinnen diskutiert. Wir unterstützen die Forderung, ihn von eins zu sechs auf eins zu vier zu erhöhen, sind aber auch davon überzeugt, dass wir Schritt für Schritt die unterschiedlichen Herausforderungen angehen müssen.

Wir haben uns angeguckt: Wie wird das Projekt „Frauen_Wohnen“ in jedem einzelnen Frauenhaus angenommen? Wie sieht die Weitervermittlungsquote eigentlich aus? - Durchmischt, am Anfang waren viele auch sehr skeptisch. Viele haben gesagt: Dieses Projekt wird nichts bringen. - Mittlerweile hat man gemerkt, dass es eine höhere Akzeptanz gibt, weil eine höhere Vermittlungsquote da ist.

„Wie läuft das Sanierungsprogramm?“, haben wir bei jedem einzelnen Frauenhaus gefragt, und die Fragen gestellt: Nehmt ihr es an? Saniert ihr? Baut ihr weiter? - All diejenigen, die es wollten, konnten es tun und haben es getan.

Da es natürlich auch eine kommunale Aufgabe ist und wir die Verantwortung sehr genau zwischen Land und Kommunen geteilt wissen wollen, haben wir auch die Frage gestellt: Wie läuft eigentlich die Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort? - Meistens habe ich dort immer eine Kollegin oder einen Kollegen von den Grünen vor Ort zu dem Termin mitgenommen.

Die Forderungen, die die Betroffenen und die Mitarbeiterinnen immer wieder an uns Politikerinnen und Politiker herantragen, sind berechtigt. Das konnte ich vor Ort definitiv sehen. Wir sind definitiv nicht an dem Punkt - das würde ich niemals behaupten -, dass wir alles aus der Bedarfsanalyse erfüllt hätten. Das wissen wir genau. Wir sehen die Bedarfsanalyse als einen Auftrag, in der Zukunft weiter daran zu arbeiten.

Auch ich möchte zum Schluss noch einmal ganz deutlich Danke an die Frauenhäuser und Beratungsstellen sagen. Ich weiß, dass warme Worte nicht ausreichend sind und es vor allem die finanzielle und politische Unterstützung braucht. Die werden

(Aminata Touré)

wir Ihnen geben. Dem fühle ich mich persönlich verpflichtet und werde mich immer dafür aus vollster Überzeugung einsetzen. Abschließend sage ich auch Ihnen, Frau Dr. Sütterlin-Waack, Ihnen, Frau Heinold, und den frauenpolitischen Sprecherinnen in diesem Hause Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich hole einmal ein bisschen weiter aus. Die Haushaltslage ab dem Jahr 2010 war für die frauenpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen hier, wie ich glaube, von schweren Entscheidungen geprägt. Da kann ich mich als Finanzlerin reinversetzen. Die damals nicht verhinderbaren Kürzungen im Bereich der Frauenberatung und Frauenhäuser mitzutragen, fiel in diesem Hause wohl niemand leicht.

Umso mehr freue ich mich, dass wir nun auf Basis der Bedarfsanalyse die Frauenfachberatungen und weitere Hilfesysteme neu ordnen und vor allem mit erheblichen zusätzlichen Finanzmitteln im Rahmen des FAG - trotz der aktuell angespannten Haushaltslage - stärken konnten und weiterhin können. Dafür spreche ich im Namen der Freien Demokraten der Ministerin Sütterlin-Waack und ihrem Team unseren herzlichsten Dank aus.

Aber ohne die notwendigen Finanzmittel wären alle Analysen und unsere guten Ideen nichts wert. Von daher gilt mein ganz besonderer Dank Finanzministerin Monika Heinold.

(Beifall FDP und CDU)

Mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs 2021 haben wir die Mittel für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser von eigentlich nur temporär gehobenen 6,4 Millionen € - eigentlich wären es ja dauerhaft 5,5 Millionen € gewesen - im Jahr 2020 auf 7,5 Millionen € ab dem Jahr 2021 aufgestockt. Es gibt einen jährlichen Aufwuchs von 2,5 %. Ich glaube, dass dies ein wahnsinniger Schluck aus der Pulle gewesen ist. Ich habe das selbst mitverhandelt und weiß, dass wir alle gesagt haben, dass dies ein unglaublicher Erfolg ist, dass wir es machen konnten. Alle finanzpolitischen Sprecher waren hier auch einer Meinung, wir haben alle gesagt: Das ist toll.

Es ist eigentlich für später geplant gewesen, diesen hohen Aufwuchs zu haben, und wir haben es auf 2021 vorgezogen. Ich glaube, da haben wir schon eine große finanzielle Last von den Häusern genommen.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Festzuhalten ist jedoch auch - das wurde bereits gesagt -, dass die Bedarfsanalyse aufgezeigt hat, dass wir grundsätzlich in Schleswig-Holstein gut aufgestellt sind. Die verbindliche Finanzierung über das Finanzausgleichsgesetz, unsere Platzkostenpauschale, wird bundesweit als vorbildlich anerkannt. Natürlich können und wollen wir aber auch noch besser werden. Wir haben schon eine ganze Menge gemacht. Wir verstetigen die zunächst für 2019 und 2020 geschaffenen 30 Sofortplätze. Damit stehen nunmehr regulär 349 statt 319 Frauenhausplätze dauerhaft bereit. Zudem steigern wir die durch das FAG geförderten Frauenberatungsstellen beziehungsweise landesweiten Einrichtungen und Angebote von 26 auf 27,5. Wir stärken das KIK-Netzwerk, indem wir die jährliche Förderung anheben und zusätzlich Mittel für eine Geschäftsstelle bereithalten.

Ein weiteres Problem betraf die bisher uneinheitlichen Mietkostenzuschüsse für unsere Frauenhäuser. Zukünftig wird die Höhe der Mietkosten individuell nach klar definierten Maßstäben festgelegt. Dieses Verfahren wird nicht nur dem Land finanzielle Sicherheit geben, sondern auch den Einrichtungen Luft zum Atmen geben. Natürlich haben wir die Klagen über Betriebskostendefizite in einigen Frauenhäusern im Land vernommen. Um hier konkret Abhilfe schaffen zu können, benötigt das Ministerium jedoch zunächst noch Betriebskostenabrechnungen, um Fehlbedarfe im System klar erkennen zu können. Dann können und werden wir die Finanzierungsströme schnell bedarfsgerecht anpassen.

Ich freue mich, hier auch eines zu sagen: Die finanzpolitischen Sprecher der Jamaika-Koalition sind sich einig, dass wir schnell helfen wollen und auch müssen. Es besteht Konsens darüber, dass wir die dringendsten Mittelbedarfe - das ist mit Ihrem Haus schon vorbesprochen - bereits über den laufenden Haushaltsvollzug bereitstellen wollen. Ich glaube, das ist für sie eine sehr gute Nachricht.

(Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Auf einmal!)

- Kollegin Raudies, hören Sie bitte zu: Für 2022 sind wir uns einig, dass wir uns dafür stark machen werden, die Mittel für die Frauenhäuser im Finanz-

(Annabell Krämer)

ausgleichsgesetz durch Landesmittel um diese Bedarfe zu erhöhen. Für diesen Kontext danke ich meinen Kollegen Ole Plambeck und Lasse Petersdotter außerordentlich.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mich recht entsinne, bekamen Sie gestern noch Schnappatmung, als Sie erwähnten, dass wir die Kommunen über Vorwegabzüge unterstützen. Da meinten Sie, wir würden ihnen auf der anderen Seite Geld wegnehmen. Sie wollen den Vorwegabzug erhöhen, wir - wenn Sie zugehört haben, das habe ich gerade gesagt - werden dafür sorgen, dass wir die Mittel, um die wir den Vorwegabzug erhöhen, unten im System zusätzlich einfügen; wir werden nicht umverteilen, wir werden zusätzliche Mittel geben.

(Beifall FDP)

Unser Ziel war und ist, eine bedarfsgerechte Frauenhauslandschaft im Lande sicherzustellen und zudem Präventions- und Beratungsangebote in unseren Frauenberatungsstellen weiter auszubauen. Genau dies tun wir Hand in Hand mit den Kommunen, die sich ihrer kommunalen Verantwortung und Aufgabe im Kontext des Gewaltschutzes sehr bewusst sind. Eben dies ist auch der Hintergrund, dass es hier eine Teilung gibt und sich die Kommunen selbstverständlich daran beteiligen.

Trotz dieser guten Nachrichten werden wir noch mehr leisten müssen, um dem Bedarf an notwendigen Frauenhausplätzen gerecht zu werden. Es ist richtig, wir haben jetzt die Beratungsstellen im Verhältnis zu den Frauenhäusern überproportional gestärkt, denn für mich ist Gewaltprävention das Allerwichtigste. Deshalb war es richtig, dass die Frauenberatungsstellen, die in den Vorjahren unterproportional an der Erhöhung partizipiert haben, dieses Mal ein bisschen mehr bekommen haben.

(Beifall FDP)

Die Bedarfsanalyse hat uns den klaren Auftrag erteilt, die weißen Flecken im Land aufzulösen. Diese gibt es derzeit noch in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Hier besteht Handlungsbedarf. Ich begrüße, dass das Ministerium zusammen mit den zuständigen Landräten an einer Lösung arbeitet. Ob nun ein gemeinsames Frauenhaus der beiden Kreise oder zwei separate Frauenhäuser geschaffen werden, ist nebensächlich. Wichtig ist, dass hier schnell etwas geschieht, damit von Gewalt betroffene Frauen Zugriff auf ausreichende und gut erreichbare Frauenhausplätze haben. Häus-

liche Gewalt darf in unserem Land keinen Platz haben.

(Beifall FDP)

Wir werden weiterhin alles Erdenkliche tun, um Frauen entweder präventiv zu schützen - was das Beste ist - oder ihnen im Notfall Schutz zu gewährleisten.

Liebe SPD, Sie hatten so viele Jahre in Ihrer Regierungszeit, im FAG etwas zu machen. Sie kommen von 4,5 Millionen €, wir sind bei 7,5 Millionen € und erhöhen noch. - Danke.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]: Sie sind so toll! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Abgesehen davon, dass Schwarz-Gelb das damals gekürzt hat, in der Wahlperiode, in der wir noch nicht regiert haben! - Martin Habersaat [SPD]: Da war Frau Krämer noch nicht dabei, sonst wäre das nicht passiert! - Weitere Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser, Beratungsstellen und von KIK, falls Sie uns zuhören! Der vorliegende Bericht ist eine gute Bestandsaufnahme. Dafür möchte ich mich bei der Ministerin und ihrem Team ganz herzlich bedanken. Gut, dass die Finanzierung in diesem Bereich umgesteuert wurde. Der Bericht zeigt aber auch offen und transparent die Lücken im Hilfsangebot. Um es gleich zu sagen: Die Dynamisierung ist der richtige Schritt, aber das Volumen reicht nicht aus, um gleichzeitig die qualitativen und quantitativen Zuwächse zu finanzieren.

Deshalb bin ich froh, dass sich Jamaika geeinigt hat, dass jetzt auch die Nebenkosten ausgeglichen werden. Denn keiner von uns kann ein Interesse daran haben, dass die Mitarbeiterinnen ihr spärliches Gehalt für den Ausgleich der Nebenkosten aufwenden müssen, um den Laden am Laufen zu halten. Das wäre ein fürchterliches und verheerendes Signal, das wir aus diesem Hohen Hause senden würden.

In den anstehenden Haushaltsverhandlungen müssen wir trotzdem eine Schippe drauflegen, damit sich die Situation spürbar verbessert. Ich möchte da

(Jette Waldinger-Thiering)

die Kommunen nicht ausnehmen; auch dort muss Geld in die wichtige Unterstützungsstruktur gesteckt werden.

Gerade in Nordfriesland und im Landkreis Schleswig-Flensburg sehe ich hier sehr gute Ansätze. Meine Vorrednerinnen und die Ministerin haben dies noch einmal betont. Ich bin froh - das ist eine Ur-SSW-Forderung gewesen -, dass wir dort den weißen Fleck wegmachen und die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg das aufgegriffen haben. Es ist wichtig, dass sich nicht nur die Landräte darüber unterhalten, sondern auch die Kreistage, die ihren Obolus und ihre Verantwortung für die Gewaltopfer leisten müssen. Ich kann das vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Bemühungen nur ausdrücklich loben. Die Kämpfe für ein eigenes Frauenhaus haben sich tatsächlich gelohnt.

(Beifall SSW und FDP)

Zurück zum Bericht. Vieles ist schon gesagt worden. Ich möchte aber auf einen blinden Fleck der Bedarfsanalyse hinweisen. Es dreht sich dabei um die Kinder; sie tauchen nicht einmal im Titel auf. Jedes Hilfsangebot für gewaltbetroffene Mütter betrifft eben auch ein oder mehrere Kinder. Die Kinder waren oftmals Zeugen der Gewalt in der Familie, bis die Mutter ins Frauenhaus zog. Sie haben gesehen, wie vertrautes Miteinander in angsteinflößende Gewalt umschlagen kann. Diese Kinder sind traumatisiert. Sie erlebten das eigene Zuhause als Angstraum. Sie haben mit dem Umzug der Mutter darüber hinaus den Kontakt zu Nachbarn und Freundinnen und Fremden verloren.

Ich möchte es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Frauenhäuser sind in der Praxis Familienhäuser, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner, die jünger als 18 Jahre sind, oftmals sogar die Mehrheit stellen. Die Unterstützungsangebote für diese Gruppe sind aber im Bericht mit der Lupe zu suchen; nur sechsmal findet sich überhaupt das Wort „Kind“.

So verweist der Bericht auf die Traumaambulanzen, deren therapeutisches Angebot sich seit Beginn des Jahres auch an Kinder von gewaltbetroffenen Frauen richtet, weil ihnen ein Anspruch auf 15 Sitzungen eingeräumt wird. Ich möchte diese Neuregelung nicht kleinreden, denn sie ist ein Meilenstein gegen die Gewaltspirale. Aus der Forschung wissen wir, dass Kinder, die Zeuge von Gewalt wurden, als Erwachsene selbst zu Gewalt neigen. Diesen Teufelskreis von Gewalt, Trauma und wieder Gewalt nach erfolgter Chronifizierung des Traumas wollen wir durchbrechen. Der Rechtsanspruch für Kinder und Jugendliche ist ein guter Anfang.

Allerdings müssen die Strukturen entsprechend mitwachsen. Ich möchte hier nur auf die Traumaambulanzen verweisen, die die Anlaufstelle für die Therapieangebote sind. Ein traumatisiertes Kind, dessen Mutter ins Flensburger Frauenhaus geflüchtet ist, muss zur Therapie nach Schleswig. Das ist die einzige Traumaambulanz im Landesteil Schleswig, und das ist echt zu wenig. Hier müssen wir nachlegen, wenn wir es mit der Gewaltprävention ernst meinen.

Die im Bericht angeführte Schnittstelle von Frauenhaus und Jugendamt ist ein weiterer wichtiger Baustein in der Arbeit, aber die Kinder und Jugendlichen im Frauenhaus haben doch wohl ein komplexeres Angebot nötig. Auch hier muss nachgesteuert werden. Allerdings zeigt der Hinweis auf fehlende professionelle Standards für die pädagogischen Angebote im Frauenhaus, dass das Problem durchaus erkannt wurde.

Die vorliegende Bedarfsanalyse ist ein gutes Handwerkszeug. Die aufmerksame Leserin - vielleicht auch ein aufmerksamer Leser - bemerkt allerdings die lange Liste der Aufgaben, die Träger, Kommunen und Landesregierung noch vor sich haben.

Gewaltprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie kann nicht nur Aufgabe unserer frauenpolitischen Sprecherinnen sein und vielleicht des einen oder anderen finanzpolitischen Sprechers oder der einen oder anderen finanzpolitischen Sprecherin, sondern wir müssen uns alle darum kümmern. Die letzten Tage haben uns gezeigt, dass keine Frau vor Gewalt, sogar tödlicher Gewalt, gefeit ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank auch von meiner Seite für den Bericht.

Das Thema Gewalt gegen Frauen steht im Blickfeld der Öffentlichkeit und ist längst kein Tabuthema mehr. Ein breites Netzwerk an Angeboten hat sich entwickelt und wird anhand der bekannten Bedarfe weiter ausgebaut. Das ist eine gute Nachricht.

(Claus Schaffer)

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist aber auch eins, was sehr viel früher beginnt, nämlich an einem Punkt, den die meisten Menschen gar nicht als Gewaltanwendung erkennen oder anerkennen würden, aber dessen Auswirkungen seelisch und körperlich nicht weniger verheerend sind. Die Rede ist von psychischer Gewalt, von seelischer oder auch emotionaler Gewalt.

Im Gegensatz zur hier bereits thematisierten physischen Gewalt zielt die psychische Gewalt auf die Seele, die Gefühlswelt, den Kopf und das Herz der Opfer. Sie ist ein Angriff auf die Selbstsicherheit und das Selbstbewusstsein eines Menschen. Diese Form der Gewalt ist meist nicht von außen sichtbar, sie hinterlässt keine offenkundigen oder gar forensischen Spuren. Gerade das macht es für die Opfer seelischer Gewalt umso schwerer, damit umzugehen.

Zu den Formen psychischer Gewalt gehören Beschimpfungen, Verspotten, Bloßstellungen, aber auch Drohung oder Erpressung, auch Stalking und Mobbing fallen darunter. Psychische Gewalt ist nicht schlimmer oder weniger schlimm als körperliche Gewalt. Denn bei beiden Gewaltformen wird das Opfer schwer und dauerhaft gezeichnet. Psychische Gewalt kann in körperliche Gewalt münden oder gleichzeitig mit ihr geschehen.

Den Opfern von psychischer Gewalt ist lange nicht bewusst, was ihnen widerfährt. Die Erkenntnis, ich erleide seelische Gewalt, kommt fast nie von allein, sondern zumeist durch Hilfe von außen. Opfer emotionaler Gewalt ziehen sich zurück, sie isolieren sich und liefern sich so dem Täter weiter aus. Die Täter werden dabei nicht selten zur einzigen Bezugsperson für die Opfer, und diese Bezugsperson wollen die Opfer nicht verlieren - so schwer das von außen auch verständlich sein mag.

Ich stehe tatsächlich im Kontakt mit Frauen, die von psychischer Gewalt betroffen sind, die Netzwerke gebildet haben und sich über ihre Erfahrungen austauschen und gegenseitig Hilfestellung geben. Viele der Schilderungen ähneln sich, auch und gerade was den Umgang von und mit Behörden betrifft. An dieser Stelle treffen auch mich persönlich diese Schilderungen ganz schön deutlich. Zumeist sind es die Jugendämter, die Polizei oder die Gerichte. Denn es geht fast immer um Sorgerechtsstreitigkeiten, um Umgangsregelungen oder auch um Strafanzeigen. Immer wieder berichten mir Opfer emotionaler Gewalt, dass sie sich dort nicht ernst genommen und unverstanden fühlen. Es wird immer wieder geschildert, dass emotionale Gewalt nicht angemessen in die Entscheidungen bei Sorge-

rechts- und anderen Gerichtsentscheidungen einfließt.

Neben einer Sensibilisierung und Fortbildung der Behörden in diesem Themenfeld wünschen sich die Betroffenen psychischer Gewalt, dass diese Form der Gewalt auch in Deutschland strafbar wird. Als Beispiel wird Frankreich angeführt. Auch dort ist die Schwierigkeit erkannt worden, eine Trennlinie zwischen einem mit Worten ausgetragenen Ehestreit und einer Erniedrigung zu ziehen. Dem französischen Strafrecht zu Folge ist es aber strafbar, wenn das wiederholte Verhalten und die Worte darauf abzielen, die Lebensbedingungen des Opfers herabzusetzen, indem dessen Rechte und Würde verletzt oder dessen psychische oder geistige Gesundheit beeinträchtigt wird. Die Beweisführung ist schwierig, und sie bleibt schwierig, das ist gar keine Frage. Der große Fortschritt dürfte aber bereits darin bestehen, dass eine solche Norm, in der psychische Gewalt als Delikt beim Namen genannt wird, von der Gesellschaft nicht länger ignoriert werden kann. Vielleicht ist das auch ein Beispiel für uns.

An dieser Stelle ist es auch richtig und wichtig, das beim Thema Gewalt hier zur Sprache zu bringen. Das ist der Beitrag, den ich dazu leisten kann. - Ich danke Ihnen, dass Sie mir dazu zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Özlem Ünsal.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrenmorde, Mord aus Leidenschaft, Beziehungstat oder Rosenkrieg - egal, wie diese schrecklichen Gewalttaten bezeichnet werden, sie sind bittere Realität auch in unserem Bundesland.

Mehr als einmal pro Stunde wird in Deutschland eine Frau körperlich angegriffen, und jeden dritten Tag wird eine Frau in Deutschland getötet. Gewalt nimmt auch in der Pandemie zu. Da erzähle ich uns sicher nichts Neues. Sie kostet mehrheitlich Frauen das Leben. Natürlich kostet sie auch Männern das Leben, aber mehrheitlich sind es Frauen. Sie traumatisiert Kinder und Jugendliche, Angehörige und Freunde bis an ihr Lebensende. Das Ausmaß durften wir zuletzt in dieser Woche in Dänischenhagen und in Kiel auf dramatische Weise erleben.

Was sagt uns das? - Auch wenn wir es schon mehrfach gehört haben, möchte ich das noch einmal un-

(Özlem Ünsal)

terstreichen: Gewaltschutz ist keine Privatsache. Das haben inzwischen viele hier erkannt. Unsere Position als SPD-Landtagsfraktion ist dazu sehr deutlich ausgeführt worden.

Dennoch möchte ich noch einmal unterstreichen, dass es gerade deshalb wichtig ist, die Istanbul-Konvention in ihrer Umsetzung zu berücksichtigen. Wir sind da nicht ganz bei null - das will ich deutlich sagen -, aber es gibt noch eine ganze Reihe Dinge zu tun. Das sage ich nicht nur als Mitglied dieser SPD-Landtagsfraktion - unsere Sprecherin hat das in der aktuellen Debatte schon sehr ausführlich ausgeführt -, sondern ich sage dies auch als Sprecherin eines Verbundes in unserem Bundesland, in dem sich viele Partner der Frauenpolitik zusammengeschlossen haben - sie sitzen hier oben oder hören von außen gerade zu -, dass wir hier unsere Aufgabe wahrnehmen müssen.

Wer die Bedarfsanalyse genau gelesen hat, hat feststellen können, dass in vielen Bereichen, in denen wir uns alle gern loben, noch nicht alles so optimal funktioniert. Gerade die Auslastungsquote der Frauenhäuser - mit Blick nach oben zur Tribüne - hat in den letzten Monaten eine Dimension erreicht, die für uns hier im Raum und auch für die Menschen da draußen nicht mehr tragfähig ist.

Ich möchte noch ein paar Zahlen nennen, danach komme ich dann auch relativ schnell zum Schluss. Diese Zahlen sind sehr, sehr prägnant. Allein in unserer Landeshauptstadt Kiel - sehen Sie es mir nach, dass ich danach besonders geschaut habe - waren es 2020 542 Frauen und Kinder, die keinen Platz in einem Frauenhaus bekommen haben. Kiel weist zudem als einzige kreisfreie Stadt weniger als einen Familienplatz pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner auf. Auch das ist eine Erkenntnis der Bedarfsanalyse. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Das trifft genauso dramatisch auch andere Standorte. Ich glaube, das ist auch unstrittig.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Botschaft, die Sie heute gesendet haben, auch umgesetzt wird. Wir nehmen Sie da beim Wort, zum einen, was Ihre Ambitionen angeht, die drei Säulen nicht zu spalten, die Mittel aufzustocken, aber zum anderen auch, dass die bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung - ich habe da an der Stelle sehr genau hingehört: es hieß auskömmlich! - sichergestellt wird.

Ich freue mich - damit möchte ich abschließen - sehr, dass gestern Abend zuletzt auch die Kieler Ratsversammlung einstimmig eine Resolution beschlossen hat. Ich nehme das schon so wahr, dass

diese Resolution nicht nur an diesem Standort, aber auch an diesem Standort, dazu geführt hat, dass die Jamaikaner diese Entscheidung, die sie in den letzten drei Tagen in Richtung der Frauenhäuser nicht so einheitlich kommuniziert haben, jetzt miteinander vereinbart und verankert haben, also die Erkenntnis gereift ist, dass man da jetzt tätig werden muss.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Özlem Ünsal [SPD]:

In diesem Sinne: Lassen Sie uns dafür sorgen, dass Gewalt keine Privatangelegenheit bleibt und die Betroffenen keine Angst haben müssen, Opfer von Gewalt zu werden. - Ganz herzlichen Dank, und lassen Sie uns dranbleiben.

(Beifall SPD und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal kurz auf einige Argumente und Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen eingehen. Da ich die Debatte begonnen habe, wähle ich jetzt diesen Weg.

Liebe Kolleginnen, ihr habt sehr viel über die Bilanz geredet, an der wir alle beziehungsweise unsere Vorgängerinnen und Vorgänger Anteil haben. Wir haben da alle gute und auch schlechte Anteile. Ich erinnere mich an meinen Anfang in der Landespolitik als Kandidatin. Das begann damals mit Demonstrationen gegen die Schließung des Frauenhauses Wedel. Daran können sich vielleicht noch einige erinnern. Das stand auf der Kippe. Das war eine der ersten Aktionen, die wir in der Küstenkoalition zurückgenommen haben. Das war ein sehr schöner Erfolg.

Trotzdem - das habe ich auch zugesagt und zugegeben - ist da in den letzten Jahren zu wenig passiert. Aber, meine Damen und Herren, es gibt keine Ausrede mehr, wir haben jetzt die Bedarfsanalyse. Wir können jetzt nicht mehr kommen mit: „Das müsste reichen“, „Das hat doch früher immer gereicht“, und: „Warum konnten wir damals nicht?“. Nun haben wir es schwarz auf weiß, und jetzt können wir

(Beate Raudies)

alle nicht mehr darum herumreden, auch die Kommunen nicht. Ich habe bereits sehr deutlich gesagt, dass ich sie genauso in der Verantwortung sehe.

Aber wir sprechen hier nicht nur über die Bilanz, sondern wir sprechen über die Umsetzung der Bedarfsanalyse. Ich habe ausdrücklich einen Bericht zur Umsetzung erbeten. Da, finde ich, ist heute zu wenig gekommen. Ich freue mich über die Zusage der Koalition, dass Geld fließen soll. Einen Betrag habe ich noch nicht gehört; ich harre gespannt, was da kommt. Das ist schon einmal ein sehr positives Signal. Vielen, vielen Dank dafür; das hilft den Häusern weiter.

Aber Jette Waldinger-Thiering hat es gesagt: Die Liste der Aufgaben ist lang. Mit welchen Punkten fangen wir an, und wollen wir denn jetzt wirklich so viel Energie in die Finanzierung der Frauenhäuser und neue Berechnungssysteme stecken? Alle reden von Bürokratieabbau. Die Bedarfsanalyse sagt: tatsächliche Betriebs- und Mietkosten übernehmen! Warum machen wir uns dann jetzt noch die riesen Mühe mit Mietobergrenzen, Abrechnungen und Bedarfsanalysen?

Das könnten wir uns sehr viel einfacher machen. Das wird natürlich mehr Geld kosten.

Also, mit welchem Punkt fangen wir an? In welchem Zeitrahmen wollen wir welches Projekt wie umsetzen? Welche Mittel brauchen wir nicht nur dieses Jahr, sondern mittelfristig und langfristig? Damit wir das in aller Breite und Tiefe besprechen können, beantrage ich - das habe ich vorhin vergessen - die Überweisung in den Sozialausschuss und in den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man eine Bedarfsanalyse macht, ist das schon einmal sehr gut. Das haben wir gemacht. Die Bedarfsanalyse ist da. Wissen Sie, wann sie gekommen ist? - Vor zwei Monaten. Jetzt zu fordern, konkrete Pläne vorzulegen, wie was wann wo passieren soll, halte ich für ein bisschen vermessen.

Seien Sie sicher: Wir werden eine vernünftige Lösung finden. Wir sind auf der Zielgeraden. Wir haben ein paar Korrekturpunkte ausgemacht. Die wur-

den uns vorgestern, gestern und heute vorgestellt. Vielen Dank für Ihre Aktion. Es war nicht immer warm draußen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Seien Sie sicher: Es wird keinem schlechter gehen als jetzt. Wir werden alles berücksichtigen, was zu berücksichtigen ist. Sie können sich sicher sein.

Das aber in dieser kurzen Zeit zu verlangen, finde ich schon ganz schön frech. - Danke.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2936, dem Sozialausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Berichts Antrag Mehr Unternehmergeist in Schleswig-Holsteins Schulen - Landeskonzept Entrepreneurship Education

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2982

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob ein Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll - mit der Bitte um Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, für die Landesregierung den Bericht zum Landeskonzept Entrepreneurship Education erstatten zu können. Ich freue mich, das gerade jetzt, in dieser Zeit, die so schwie-

(Ministerin Karin Prien)

rig ist für viele Schülerinnen und Schüler, tun zu können.

Meine Damen und Herren, wir unternehmen etwas. Wir unternehmen etwas, um junge Menschen in ihrem Selbstvertrauen, in ihrer Selbstständigkeit und ihrem Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Das war schon vor der Pandemie wichtig, aber die letzten Monate haben uns noch einmal verdeutlicht, wie wichtig diese Fähigkeiten sind.

Wenn Kinder und Jugendliche Zuversicht haben, ihr Leben selbst gestalten zu können, auch wenn es Rückschläge gibt, wenn es schwierig wird, dann werden sie Krisen nicht nur bewältigen, sondern sie als Chance nutzen. Das hilft ihnen, auch in Zukunft mit Unsicherheiten besser umzugehen. Entrepreneurship Education ist ein Baustein für ein resilienzförderndes Schulklima, das jungen Menschen genau diese Zuversicht vermittelt.

Durch soziales und unternehmerisches Denken und Handeln erwerben Schülerinnen und Schüler die Kompetenzen, die sie zur Lösung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen brauchen. Damit wird eine starke Brücke zwischen den Lernangeboten der Schule einerseits und der Gestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit andererseits geschlagen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben in Schleswig-Holstein bereits beeindruckende Beispiele dieses Brückenschlages, die uns zeigen, wie erfolgreich unsere Schülerinnen und Schüler aller Schularten mit kreativen Ideen in ihrem Lebensumfeld umgehen. Ich nenne ein paar Beispiele:

Die Schülerfirma Meehr des Helene-Lange-Gymnasiums in Rendsburg, die sich zu einem Startup entwickelt hat. Meehr stellt aus ausgedienten Fischernetzen und Landkarten Brot- und Obstbeutel her und verkauft sie.

Die Gemeinschaftsschule Mildstedt führt als Schülerfirma eine eigene Saftabfüllanlage mit eigener Streuobstwiese.

Das Regionale Bildungszentrum Steinburg startet jedes Jahr einen Gründungswettbewerb, aus dem Geschäftsideen wie ein Gartenbewässerungssystem oder ein multifunktionaler Kinderwippen hervorgegangen sind.

Oder die Junior-Schülerfirma EckStories der Jungmannschule in Eckernförde. Sie produziert regionale Rätselspiele und verkauft diese in selbst hergestellten Buchtresoren aus recycelten Büchern. Vor

zwei Wochen hat EckStories mit dieser Idee den digitalen Landeswettbewerb gewonnen. Ihre Vertriebswege sollen weiter ausgebaut und die Idee für eine Fortsetzung entwickelt werden.

Es gibt viele andere gute Beispiele im Land. Wir wollen, dass diese Beispiele Schule machen.

Mit unserem Landeskonzept Entrepreneurship Education bündeln wir all die guten Ansätze, die es in Schleswig-Holstein bereits gibt, und machen sie sichtbar. Wir bauen Netzwerke und wollen erfolgreiche Botschafterschulen als Multiplikatoren gewinnen. Wir haben 30 externe Angebote im Themenfeld Entrepreneurship Education während der Entwicklung unseres Konzeptes gesichtet und analysiert. Aus den bestehenden Projekten heraus entwickeln wir unterrichtliche Angebote und Fortbildungen. Dabei blicken wir natürlich auch über die Landesgrenzen hinaus - national und international.

Digitaler Dreh- und Angelpunkt ist die neue Website. Sie bietet Anregungen und Informationen zur Umsetzung von Entrepreneurship Education im Unterricht - auch in digitaler Form -, präsentiert Best Practice und informiert über Fortbildungen.

Wichtig ist uns eine enge Kooperation mit Unternehmen aus der Region und mit unseren Partnern. Wir haben uns mit allen relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft abgestimmt und ihre Expertise im Konzept berücksichtigt.

Für die Umsetzung des Konzeptes haben wir eine Kooperation mit der Joachim Herz Stiftung schließen können. Die Stiftung wird uns bei der Einführung und Umsetzung von Fortbildungsangeboten, dem Aufbau von Netzwerken, der Entwicklung der Homepage, der Durchführung von Messen und einem für 2022 geplanten Kongress unterstützen.

Die mit der Joachim Herz Stiftung zusammen entwickelte Handreichung „Unternehmerisch denken und handeln“ ist bereits fertiggestellt und steht allen Schulen kostenlos zur Verfügung.

Ich danke an dieser Stelle auch dem Wirtschaftsministerium, das uns als Mittler zur Einbindung von Gründerinnen und Gründern und Praktikerinnen und Praktikern in das Konzept unterstützt hat und auch weiterhin unterstützen wird.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch auf ein Symposium der Hermann Ehlers Akademie zum Thema politische Bildung und Entrepreneurship Education am 27. Mai 2021 hinweisen. Das Symposium stellt die besondere Verbindung von politi-

(Ministerin Karin Prien)

scher Bildung und Entrepreneurship Education über ein von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziertes großes Projekt vor. Es beleuchtet die Perspektiven der internationalen Kooperation - insbesondere in der Ostseeregion.

Meine Damen und Herren, der Claim unseres Landeskonzepes lautet: Wir unternehmen was! - Unsere Schülerinnen und Schüler unternehmen etwas, aber auch wir unternehmen etwas - mit der Stärkung von Entrepreneurship Education -, denn wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler die Gestalterinnen und Gestalter von morgen sein werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke der Ministerin ganz herzlich für den Bericht und für das Konzept, das eigentlich schon im letzten Jahr vorliegen sollte. Allerdings hat das wegen der Coronapandemie etwas länger gedauert, was verständlich ist. Nicht nur das Ministerium, sondern jede einzelne Schule bei uns im Land war und ist nach wie vor durch die Coronakrise erheblich belastet.

Dennoch halten wir es für richtig, dass man sich dieses Themas jetzt stärker annimmt; denn um die ökonomische Bildung ist es in Deutschland leider nicht allzu gut bestellt, wie auch eine Studie kürzlich wieder deutlich gemacht hat. Von einem eigenständigen Schulfach Wirtschaft, das wir als FDP-Fraktion fordern, sind wir in nahezu allen Bundesländern noch ein ganzes Stück weit entfernt. Nordrhein-Westfalen hat sich da jetzt auf den Weg gemacht. Ich denke, auch Schleswig-Holstein sollte dies in der nächsten Wahlperiode tun.

Wir sind übrigens auch für eine Stärkung des Informatikunterrichts. Aber das möchte ich an dieser Stelle nur am Rande erwähnen. Neue Schulfächer einzuführen ist natürlich immer einfacher gesagt als getan.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

- Etwas Schöneres als Ihren Applaus zum Thema Bildung kann es zum Wochenende nicht geben, Herr Habersaat.

Man muss sich schließlich entscheiden, was dafür entfallen soll, und man braucht selbstverständlich entsprechend ausgebildetes Personal und dieses möglichst flächendeckend. Das ist logischerweise eine große Herausforderung.

Man kann aber auch schon mit einigen kleineren Maßnahmen die ökonomische Bildung stärken. Genau das tun wir mit dem Landeskonzep durch entsprechende Planspiele und Projekte an den Schulen, durch lokale Bündnisse, mehr Praktika und auch Diskussionen mit Unternehmern in den Schulen, die Vorbilder sein können. So etwas gibt es natürlich auch jetzt schon. Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen. Ich glaube, jetzt geht es darum, das bald möglichst flächendeckend in Schleswig-Holstein zu haben.

Meine Damen und Herren, natürlich soll nicht jede Schülerin und jeder Schüler später Unternehmerin beziehungsweise Unternehmer werden. Aber zumindest sollte jede oder jeder die Möglichkeit haben, wenn sie oder er daran Interesse hat. Man sollte die Möglichkeit dazu bieten, dass das Interesse geweckt wird und dass Kompetenzen gestärkt werden, von denen man ein ganzes Leben lang profitieren kann, auch wenn man kein Unternehmer werden will, indem man Zusammenhänge versteht, Basiswissen über Steuern, Kredite oder auch Versicherungen hat und Fertigkeiten besitzt, die man in vielen Berufen oder auch im Privatleben später nutzen kann.

Es geht uns also um das Ausprobieren. Es geht darum, das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten zu stärken. Und es geht darum, im Zweifel später auch Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können, indem man Arbeitsplätze schafft, Steuern zahlt und das Leben der Menschen verbessert.

Ich finde, das ist etwas Positives. Wie viele über Wirtschaft und Unternehmer denken, irritiert mich zunehmend. Gerade wenn wir auf das Beispiel BioNTech schauen, dann sehen wir doch, dass das Gründerehepaar von BioNTech Vorbild für unsere gesamte Gesellschaft ist. Das sollten wir deutlich herausstellen und in den Schulen entsprechend darbieten.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, zu viele gute Ideen werden in unserem Land für neue Unternehmen nicht genutzt, die unser Land nachhaltig stärken könnten. Deutsche Unternehmen sind im Durchschnitt relativ alt und kommen oft noch aus dem Zeitalter der Industrialisierung. Es gibt zu wenige Neugründungen.

(Christopher Vogt)

Viele Erfindungen, die in Deutschland entstanden sind, werden nicht zu Geschäftsmodellen gemacht. Das sollten wir aus meiner Sicht dringend ändern, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen.

(Beifall FDP)

Die Finanzierung des Konzepts - man muss gucken, wie das anläuft - wird hoffentlich ein Erfolg. Anderenfalls muss man die Finanzierung gegebenenfalls noch weiter steigern. Wir sollten die MINT-Begeisterung junger Menschen unabhängig davon weiter stärken. Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch stärker Gedanken machen, wie wir an den Hochschulen das Thema Ausgründungen voranbringen können, wie wir auch dort das Thema Entrepreneurship an verschiedenen Stellen stärken können.

Ich freue mich über das Konzept und hoffe sehr, dass es ein Erfolg wird. - Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Auftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht des jungen Menschen, auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten, seinen Neigungen entsprechenden Förderung und Ausbildung, durch das Recht der Eltern auf eine Schulbildung ihres Kindes sowie durch die staatliche Aufgabe, die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler auf ihre Stellung als Bürgerin und Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten vorzubereiten. Das ist das erste pädagogische Ziel unseres Schulgesetzes. Wir wollen mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger heranziehen.

Das im Landeskonzept zum Entrepreneurship Education an den Schulen zitierte Leitbild lautet: die mündige Entrepreneurin oder der mündige Entrepreneur. - Ein bisschen Schlucken musste ich da schon.

Unternehmen möchten Persönlichkeiten haben, die eigenverantwortlich sind, heißt es im Konzept an anderer Stelle. Also liefern wir die. Denn es ist die Aufgabe des Staates, den Unternehmen die benötigten jungen Resources in der gewünschten Ausfertigung zuzuführen. - Nein, ist es nicht.

Und nein, wir passen die Schulen auch nicht regelmäßig an die Wünsche des Marktes an. Aber keine Sorge, ich bleibe nicht so negativ.

Die Welt hat sich verändert. Wir müssen weg von der Schule der Industriegesellschaft und hin zur Schule der Wissensgesellschaft.

(Beifall SPD und FDP)

Herr Vogt, vielen Dank. Ich weiß gar nicht, ob Ihnen klar ist, dass ich möglicherweise einer von denen wäre, die Wirtschaft bis zum Abitur unterrichten dürften.

(Zurufe FDP)

Nun wird das noch einmal überprüft.

Wir als Staat wollen Mündigkeit, Eigenverantwortung und Solidarität. In unserem Schulgesetz ist das Ziel so beschrieben: Die Schule soll den jungen Menschen zu der Fähigkeit verhelfen, in einer ständig sich wandelnden Welt ein erfülltes Leben zu führen. Sie soll dazu befähigen, Verantwortung im privaten, familiären und öffentlichen Leben zu übernehmen und für sich und andere Leistungen zu erbringen, insbesondere auch in Form von ehrenamtlichem Engagement.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Martin Habersaat [SPD]:

Mit Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Herr Kollege, ich gehe davon aus, dass Sie in allen Fächern eine hervorragende Lehrkraft sind. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Bestandteil des Konzepts ja nicht nur ist, dass die Lehrkräfte das vermitteln. Es wäre ja etwas komisch, wenn man meint, der Lehrer solle sozusagen sagen, wie man ein Unternehmen gründet. Wenn sie das noch nicht getan haben, ist das ein durchaus nachvollziehbarer Gedanke. Es geht ja darum, dass man Unternehmer zum Beispiel in die Schulen einlädt, also Diskussionen anregt, dass man mehr Praktika auf den Weg bringt und dass man Planspiele organisiert. Ich glaube, das kriegt man auch hin, wenn man selber kein Unternehmer war.

- Absolut, Herr Kollege Vogt. Ich bin ein großer Freund von dem Gedanken, die Schule zu öffnen und sie gewissermaßen in ihr Umfeld zu integrieren.

(Martin Habersaat)

ren, also die Schule ins Leben zu entsenden oder das Leben in die Schule zu holen. Unternehmerinnen und Unternehmer sind dabei ein wichtiger Teil.

(Beifall SPD)

Gleichwohl gibt es am Ende Lehrkräfte, die verantwortlich den Unterricht gestalten und Noten erteilen, was Ihnen ja immer besonders wichtig ist, und Prüfungen abnehmen. Das wäre ebenfalls zu bedenken.

Ich habe die Passage des Schulgesetzes zum Thema Verantwortung zitiert. Da sehen wir, dass die staatlich definierten Interessen und die der Unternehmen offenbar in großen Teilen deckungsgleich sind. Wenn Entrepreneurship Education eine Methode ist, um Kreativität und Eigeninitiative zu fördern, und wenn sie ein Weg ist, Schulen auf dem Weg der Schulentwicklung mit neuem Schwung zu versehen, dann kann man diesen Weg gehen.

Nun haben wir unter wir-unternehmen-was.sh eine Webseite eingerichtet für „Das spannendste Unternehmen, seit es Schule gibt“. Wer dort freudig auf „Aktuelles“ klickt, findet eine Rede der Bildungsministerin aus dem November 2020. Ich bin mir sicher, heute kommt der zweite Eintrag hinzu.

Unter „Veranstaltungen“ sind „besonders attraktive Termine“ in einer Übersicht zusammengestellt. „Bestimmt ist auch etwas Interessantes für Sie dabei!“ - Das glaube ich aber nicht; denn diese Liste ist bis zum heutigen Tage leer.

Selbstverständlich steht der Start des ganzen Projekts unter einem schlechten Stern, weil Veranstaltungen und Aktivitäten eben nicht im gewohnten Rahmen stattfinden können, sondern nur online oder gar nicht. Was bisher in diesem Bereich geschehen ist, ist unter diesen Umständen nicht mehr als ein Anfang. Es ist also zu früh, zu bewerten, ob das Landeskonzzept Entrepreneurship Education ein Erfolg oder eine Seifenblase ist.

Das gibt uns vielleicht die Gelegenheit, dem jungen Projekt noch zwei, drei grundsätzliche Überlegungen mit auf den Weg zu geben.

Auch ich habe die Start-up-Kultur im Silicon Valley aus eigener Anschauung kennenlernen dürfen. Ich habe die Idee der vorigen Landesregierung unterstützt, ein Kontaktbüro für Unternehmen aus Schleswig-Holstein in San Francisco einzurichten und begrüße es, dass die jetzige Landesregierung dieses Projekt fortgeführt hat.

Ich war jedoch nur wenig angetan von der dortigen Kultur des Hire and Fire und habe in den Unterneh-

men, die wir besucht haben, mit Ausnahme weniger Geschäftsführer keine Menschen über 40 gesehen.

Natürlich ist es aufregend, am Arbeitsplatz vom Sternekoch gepflegt zu werden und auf dem Firmencampus Sport zu treiben, Fortbildungen zu absolvieren und sogar übernachten zu können. Man könnte teilweise aber schon fragen, wer außer den Entrepreneur dort eigentlich noch mündig war.

Und schließlich: 84 % aller deutschen Start-ups hatten im vergangenen Jahr keine Frau im Führungsteam. Es bringt nichts, gestern über Gender Budgeting zu sprechen und heute das nächste Männerding zu starten,

(Beifall SPD und SSW)

aber das kann man ja berücksichtigen. Man kann sich dieses Problems bewusst sein und möglicherweise darauf reagieren. Nicht mehr oder weniger ist Gender Budgeting.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns also bemühen, im echten Norden eine eigene Form von Entrepreneurship zu entwickeln, eine eigene Start-up-Kultur, womit wir möglicherweise wieder bei Social Entrepreneurship wären. Meine Rede dazu hätte heute anders ausgesehen als beim letzten Mal. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW, Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Entrepreneurship Education, auch EE genannt, ist Teamarbeit. Es bedeutet Entscheidungsfreiheit und Verantwortungsgefühl. EE bedeutet Durchhaltevermögen und Kreativität.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Nein, passt nicht. Das ist Englisch und Französisch gemischt, das ist schon eine spezielle Form. - Es geht hier also um Entrepreneurship Education und nicht um Erneuerbare Energien, wie wir alle gemerkt haben.

Entrepreneurship Education lässt Arbeitsfelder und Arbeitsstrukturen erleben, gewährt Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge, lässt eigene Stärken und Schwächen erkennen und fördert die eigene Persönlichkeitsentwicklung. Dies sind Zitate aus ei-

(Ines Strehlau)

ner Befragung schleswig-holsteinischer Schulen aus dem Jahr 2020 zu ihren Erfahrungen zu diesem Konzept. Kurz gesagt: Das Unterrichtsfeld Entrepreneurship Education bietet Mittel und Wege, Selbstwirksamkeit zu erleben.

Wer sich mit konkreten Schritten für die Gründung eines Unternehmens beschäftigt, kommt mit gesellschaftlichen Fragestellungen in Berührung. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich auch mit sozialem und ökologischem Unternehmertum auseinander. Das Lernen an Querschnittsthemen befähigt zum selbstständigen Handeln und Entscheiden. Handlungsorientierung und die Berücksichtigung der Interessen der Schülerinnen und Schüler sind das A und O in der Bildung.

In Kreis Pinneberg entstand am Uetersener Ludwig-Meyn-Gymnasium bereits 2021 die Schülerfirma Young & Fair. Vor einiger Zeit habe ich mir das Konzept bei einem Besuch der Schule angesehen. Dort wird mit fair produzierten Textilien aus Biobaumwolle gehandelt. Auf Wunsch kann von der Designabteilung ein Aufdruck erstellt werden. Auch die Preisgestaltung, Kundenberatung und Auslieferung erarbeiten die Schülerinnen und Schüler selbstständig. Aufträge kommen von diversen Projektträgern. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Ein beeindruckendes Projekt mit hohen Ansprüchen: Neben Umweltschutz und fairen Preisen wollen sie, dass keine Kinder in den Produktionsstellen arbeiten, dass die Löhne angemessen sind und dass die Mitarbeitenden eigene Interessenvertretungen wählen dürfen.

In Gesprächen habe ich erfahren, dass es zum Beispiel gar nicht so einfach war, bei der Auswahl der Produktionsfirmen Siegel zu finden, auf die man sich verlassen kann. Inzwischen wurde die Firma um den Bereich eigener Kollektionen erweitert, und es gibt eine professionelle Firmenhomepage mit Garantie- und Versandregelungen.

Aus grüner Sicht gibt es gute Argumente dafür, Entrepreneurship Education in der schulischen Allgemeinbildung zu verankern, denn die Ökonomie der Zukunft wird grün sein. Ohne nachhaltiges und soziales Wirtschaften ist Generationengerechtigkeit nicht umsetzbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Entwurf des grünen Wahlprogramms setzen wir uns bereits mit der Ermöglichung von GmbHs in Verantwortungseigentum auseinander. Dort wäre, ähnlich wie bei Stiftungen, das erwirtschaftete Vermögen an einen festgeschriebenen Zweck und seine Entwicklung gebunden. Den Verantwortungseigen-

tümerinnen und -eigentümern gehört das Vermögen nur treuhänderisch. In Dänemark ist diese Rechtsform bereits verbreitet.

Ich bin sicher, die Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeit und die Teamerfahrung werden die Schülerinnen und Schüler in ihrem beruflichen Werdegang prägen. Die Schülerinnen und Schüler können ihre Erkenntnisse auch durch Einblicke in reale wirtschaftliche Abläufe im Umfeld der Schule überprüfen. Es gibt bereits viele Firmen, die da vorangehen. Bei Schulprojekten und auf Ausflügen können Betriebe, die in regionalen Kreisläufen oder klimaneutral wirtschaften, kennengelernt werden.

Für die Lehrkräfte bietet das Landeskonzept Entrepreneurship Education Kooperations- und Netzwerkmöglichkeiten. Durch die Kooperation mit der Joachim Hertz Stiftung stehen umfangreiche Angebote zur Verfügung. Über ein vielfältiges Angebot wird zukünftig sicherlich auf der Webseite wir-unternehmen-was.sh informiert.

Über das Projekt SEEd, Social Entrepreneurship Education, wurden bereits mehr als 6.000 Schülerinnen und Schüler erreicht und fast 2.000 Ideen entwickelt. Bei den SEEd-Projekten geht es darum, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, einen Beitrag zu einer gerechten und sozialökologischen Welt zu leisten und gleichzeitig wirtschaftlich zu handeln.

Die Walther-Lehmkuhl-Schule beispielsweise, ein berufliches Gymnasium in Neumünster, kooperiert mit der SEEd-Initiative. Schülerinnen- und Schülergruppen entwickeln Geschäftsideen zu gesellschaftsrelevanten Themen, für die sie sich interessieren. Sie erstellen Businesspläne in einer Projektwoche und präsentieren diese im Anschluss einer Jury. 2020 wurde die Schule dafür mit dem Berufswahlsiegel Selbstständigkeit als Berufswahl ausgezeichnet. Als Botschafterschule ermöglicht sie nun Einblicke in ihr Projekt und gibt ihre Erfahrungen an interessierte Schulen weiter. Entrepreneurship Education ist auch für berufliche Schulen enorm wichtig.

Im Landeskonzept Entrepreneurship Education werden die bestehenden Strukturen gebündelt und neue Möglichkeiten für Innovationen geschaffen, und es ist ausgerichtet auf Weiterentwicklung. Das unterstützen wir ausdrücklich. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Der eine oder andere wird sich vielleicht fragen, warum der wirtschaftspolitische Sprecher und nicht der bildungspolitische Sprecher der Unionsfraktion zu diesem Thema spricht. Das liegt einzig und allein daran, dass wir bei diesem Thema die Kompetenzen aufgeteilt haben. Es wurde schon einmal im Landtag über dieses Thema gesprochen. Da hat mein Kollege Tobias von der Heide dazu gesprochen. Jetzt wollen wir dieses Thema aus wirtschaftspolitischer Sicht betrachten. Und, Frau Midyatli, tatsächlich ist das wichtig. Das merkt man an der Häme Ihres Bildungspolitikers bei solchen Fragen und solchen Themen, die immer wieder aufgebracht wird. Ich habe extra die Zitate aus der letzten Rede aufgeschrieben. Herr Habersaat, Sie haben aber eben gesagt, Sie würden diese heute nicht mehr so halten. Deswegen werde ich Sie Ihnen auch nicht vorhalten.

Auch wirtschaftspolitisch ist es ein extrem wichtiges Thema für Schleswig-Holstein, das wir hier in der Bildungspolitik behandeln, weil wir in Schleswig-Holstein in unserer Wirtschaft verantwortungsvolle Menschen brauchen, die gelernt haben, was es heißt und wie es funktioniert, ein Unternehmen zu gründen. Deswegen fand ich es ein wenig abstrus, dass man das Unternehmertum jetzt nur den männlichen Teilnehmern zugeschrieben hat. Ich halte es für wichtig, dass es in der Schule natürlich allen zur Verfügung gestellt wird und dass sich Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt über Unternehmensgründungen informieren und fortbilden können.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben in Schleswig-Holstein eine Vielzahl von Schülerfirmen, die eben schon vorgestellt wurden. Auch ich möchte eine vorstellen, die Ruanda-Gilde eSG. Sie vertreibt einen Kaffee, der Schule macht. Es ist eine gemeinnützige Genossenschaft, und sie unterstützt mit den Gewinnen karitativ eine Schule in Ruanda. Schülerinnen und Schüler haben die gesamte Firma gegründet, und der gesamte Prozess von Anbau, Ernte, Direktimport, Röstung, Verpackung und Vertrieb liegt in Schülerhand.

Wenn man einmal in der Schule erlebt hat, wie das funktioniert, weiß man das, und dann kann man eine viel bewusstere Berufsentscheidung für seinen

späteren Fortgang treffen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Baustein, der in unserer Schulpolitik auch das Unternehmerbild verändert. Denn häufig ist das Unternehmerbild, das bislang in den Schulen vermittelt wurde und leider auch in der Gesellschaft immer wieder vermittelt wird, dass ein Unternehmer besonders viel Geld verdient und sich wenig um soziale Belange kümmern will. Ganz im Gegenteil, in der sozialen Marktwirtschaft ist es ja so, dass Unternehmer in allererster Linie Verantwortungsübernehmer sind.

Als Verantwortungsübernehmer übernehmen sie Verantwortung für Arbeitsplätze, für Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträge. All diese Dinge sind wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Ich halte es für hervorragend, dass mit diesem Konzept jetzt schon Schülerinnen und Schülern in der Schule gezeigt wird, was es für eine Verantwortung ist, Unternehmer zu sein.

Hervorragend ist auch, dass man das Thema mit Social Entrepreneurship verknüpft und aktuell schon eine Vielzahl an Social-Entrepreneurship-Aktivitäten an unseren Schulen entstehen.

Meines Erachtens sollten wir uns daher nicht mit Häme darüber lustig machen, dass aufgrund der Coronapandemie aktuell Veranstaltungen noch nicht stattfinden können, sondern gemeinsam versuchen, dieses Projekt auf die bestmöglichen und breitestmöglichen Beine zu stellen.

Meine Zielvorstellung ist, dass wir es in Schleswig-Holstein jedem Schüler und jeder Schülerin ermöglichen, vor dem Schulabschluss mindestens einmal den Gründungsprozess einer Firma durchlaufen zu haben, ihn durchdacht und durchgerechnet zu haben, um ganz bewusst zu wissen, was das bedeutet.

Erlauben Sie mir noch diesen Hinweis: Im Hinblick auf die Veränderungen in der Berufswelt, die uns auch die Coronapandemie gebracht hat, ist es meines Erachtens ein wesentlicher Baustein, auch als Vorbereitung für die Berufswelt, diesen Prozess in der Schule durchgemacht zu haben.

Wir wollen junge Menschen, die Verantwortung für sich und andere übernehmen. Dies ist nicht der alleinige Baustein dafür, dass sie das tun, aber dies ist ein wesentlicher Baustein. Deswegen begrüße ich das sehr und danke Ihnen für den Bericht, Frau Ministerin. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank an die Ministerin für ihren vorgelegten Bericht.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Projektwochen an unserer Schule, als wir mit allen Schülerinnen und Schülern die Verhältnisse in einer kleinen Stadt nachempfunden haben. Große und kleine Schülerinnen und Schüler und auch diejenigen mit Handicap haben sich mit großer Begeisterung an dem Projekt beteiligt.

Da gab es zum Beispiel kleine Bäckerinnen und Bäcker, die gebacken haben, um im Laufe der Woche ihren eigenen Kuchen zu verkaufen. Sie haben schnell gemerkt, wie der Markt tickt und dass es sich lohnt, die Ware gut zu präsentieren. Dieses Verständnis haben sich die Schülerinnen und Schüler selbst erarbeitet, und diese direkten Lernerfolge haben sie regelrecht angespornt. Trotz aller Anstrengungen wurde das Projekt „lille by“ jedes Mal wieder gefordert und durchgeführt.

Stundenlange Vorträge zum Thema Unternehmertum können diese Erfahrungen aus erster Hand nicht ersetzen. Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass dieser ganzheitliche Ansatz nicht unbedingt personalschonend ist. Gründliche Vorbereitung, sachkundige Anleitung und nicht zuletzt die Nachbereitung haben viele Stunden in Anspruch genommen.

In der Schule Lust auf Unternehmen zu machen, ist ganz klar eine zusätzliche Aufgabe. Inzwischen füllen die Wünsche nach zusätzlichen Qualifikationen, die Schule vermitteln soll, dicke Aktenordner. So verständlich der Wunsch danach ist, die Ressourcen müssen dazu passen. Ohne zusätzliche Ressourcen können die Schulen keine zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen.

Schauen wir doch einmal in den Bericht, was zu dem Thema „personelle Ressourcen“ zu finden ist. Auf Seite 19 wurde ich fündig. Dort werden die Handlungsebenen und die Netzwerke beschrieben; eine Seite später wird sogar über Fortbildung berichtet.

Doch wo sind die zusätzlichen Stunden für dieses Modul? Ich will es nicht spannend machen: Sie fehlen in dem Bericht. Es geht schließlich um ein „sich selbst verstärkendes System“. Ich möchte das einmal übersetzen: ein System, das mehr Aufgaben

übernimmt und ausführt, um danach noch mehr Aufgaben aufgeholt zu bekommen. Das halte ich für falsch.

Das Problem, das die Vermittlung von Unternehmergeist als wichtige Aufgabe identifiziert wurde, ohne deutliche Aufstockungen vorzunehmen, ist der Subtext des Berichtes. Fachunterricht zum Unternehmergeist, Wahlpflichtangebote oder Arbeitsgemeinschaften funktionieren beispielsweise nur, wenn es gute Materialien dazu gibt.

Dann schauen wir doch mal auf die angepriesene Seite „wir-unternehmen-was“. Unterrichtsmaterialien bekomme ich nach längerem Geklicke in Form eines sogenannten Playbooks, das für Tagesworkshops, Projektstage oder Projektwochen empfohlen wird, und das auch ausdrücklich nur für den Bereich sozialunternehmerischer Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen. Unterrichtsmaterialien zu anderen Themengebieten, die Schatzkiste an Ideen, wie auf der Seite zu lesen ist? - Fehlanzeige.

Das ist nicht gerade die Unterstützung, die ich mir vorgestellt hatte. Es ist daher wenig überraschend, dass nicht einmal 10 % der Schulen hierzulande, nämlich genau 127 Schulen, das angesprochene Playbook heruntergeladen und genutzt haben.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich die Möglichkeiten der Evaluation. Das ist leider nicht immer selbstverständlich. Zu oft werden gute Ideen nur schlecht umgesetzt, und das ohne Konsequenzen. Das soll ja in diesem Fall anders sein.

Ich frage darum: Welche Ziele wurden erreicht und welche nicht? Wo fehlen Ressourcen? Wie kommt das Lehrmaterial an? Wie klappt die Organisation von externem Sachverstand? Das sind Fragen, denen wir uns stellen müssen. Die Antworten werden sicherlich nicht alle zufriedenstellend ausfallen. Wir müssen wohl - davon bin ich überzeugt - nachsteuern.

Deshalb finde ich den Ansatz der Kollegin Ines Strehlau richtig, dass es auch wichtig ist, die Berufsschulen mit in den Blick zu nehmen. Denn wir können nicht davon ausgehen, dass man nur gründet, wenn man das Gymnasium besucht. Sonst würde hier eine Lücke klaffen, die hoffentlich niemand von uns haben will. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat jetzt der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Auch wenn der Begriff etwas sperrig ist, haben wir es bei Entrepreneurship Education mit einem sehr wichtigen Thema zu tun, denn es ist dringend erforderlich, dass wir unseren Kindern unternehmerisches Handeln nahebringen. Nie waren die Chancen größer als heute, mit einer guten Idee und engagierten Mitstreitern ein eigenes Unternehmen zu gründen und damit Gutes zu tun - für sich selbst, für seine Mitstreiter und für die Gesellschaft.

Nach langen Jahren der wirtschafts- und unternehmerfeindlichen Ideologie, die sich seit den 68ern in den Schulen, Universitäten und Medien breit machte, weht seit der Ära des Internets zum Glück ein anderer Geist in der Generation Y und fortfolgenden.

Die Reise des Wirtschaftsausschusses nach San Francisco hat eindrucksvoll belegt, welcher Gröndergeist Tausende von jungen Menschen weltweit erfasst hat und wie wir alle davon profitieren können. Die Entrepreneurship Education, wörtlich: die Erziehung zum Unternehmertum, soll künftig dazu beitragen, dass das Bewusstsein dafür geschärft wird, dass Risikobereitschaft nichts Gefährliches sein muss, dass Kreativität nicht auf den Kunstunterricht beschränkt ist, dass Verantwortung zwar belastend sein kann, aber auch die Persönlichkeit formt, dass Leistung sich lohnt und - auch das ist Teil des Lernprozesses - dass Scheitern zum Leben dazugehört, aber nicht das Ende desselben bedeuten muss.

Unternehmerisches Denken und Handeln ist in einer vernetzten globalisierten Welt wichtiger und chancenreicher als je zuvor. Es wäre geradezu unverantwortlich, wenn wir unseren Nachwuchs auf diese Welt nicht bestmöglich vorbereiten würden.

Gerade Deutschland als Wirtschaftsstandort und Hochtechnologieland braucht junge Unternehmer, die auch hier im Land bleiben und nicht ins Silicon Valley abwandern, weil sie dort die besseren Start- und Wachstumsbedingungen vorfinden. Auch hier muss es Inkubatoren und Akzeleratoren, also Brutkästen und Beschleuniger, ja ganze Ökosysteme ge-

ben, in denen junge Unternehmer blühen und gedeihen können.

Die Anhörung im Bildungsausschuss hat da durchaus zarte Hoffnungen geweckt, denn wir haben von Vertretern der Start-up-Unternehmen gehört, dass es auch in Deutschland positive Beispiele gibt, so zum Beispiel - wer hätte das gedacht! - in Bielefeld, in Osnabrück oder in Münster. Mir persönlich sind auch Ausgründungen der Karlsruher Hochschule bekannt. Dort gibt es den sogenannten KIT-Inkubator, wo neue Geschäftsideen und Produkte entwickelt werden.

Denn eins ist klar: Wenn wir über Start-ups sprechen, müssen nicht immer Apps gemeint sein, die dort entstehen. Unternehmertum hat viele Gesichter, von Produktion, Dienstleistungen über Entertainment bis zu sozialen Themen, über die wir hier auch schon gesprochen haben.

Leider werden wir hier in Deutschland von anderen europäischen Nationen überholt, wenn es um die Chancen für Start-ups geht. Sie sind innovativer, und sie sind besser digitalisiert, zum Beispiel Estland, Lettland und Litauen. Sie liegen in der Rangfolge des Weltbankreports „Doing Business“ vor Deutschland. Laut einer McKinsey-Studie sind auch Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien und nicht zu vergessen Russland auf der Überholspur, weil dort die Ausbildung in MINT-Fächern viel stärker vorangetrieben wird als hierzulande, wo man sich lieber mit Gender Studies beschäftigt.

Von daher ist es absolut zu begrüßen, dass die Landesregierung das Thema Entrepreneurship Education anpackt. Die Kultur des unternehmerischen Denkens und Handelns, der Mündigkeit, der Autonomie und Eigenverantwortung zu vermitteln, ist wichtig. Den Schritt in eine eigene Unternehmungsgründung zu wagen und positiv zu begleiten, ist ein Zukunftsthema. Der Bericht weist da in die richtige Richtung. Wir wollen hoffen, dass jetzt auch Taten folgen werden, und wir wünschen dem Ministerium, der Stiftung und vor allen Dingen den Schülern viel Erfolg dabei. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2982 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass die Tagesordnungspunkte 37 - Leseförderung weiterentwickeln - sowie 59 - Verfassungsschutzbericht 2020 - in der Juni-Tagung aufgerufen werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf:

Gewalt in Schule wirkungsvoll thematisieren und vorbeugen - sexualisierte Gewalt im Fokus

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2508

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/2866

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Peer Knöfler, oder in Vertretung der Abgeordneten Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke für diesen wundervollen Bericht.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

(Zurufe)

- Das ist der Tagesordnungspunkt 45, der mit Aussprache aufgerufen wird.

(Zurufe: Der ist nicht im Saal!)

- Gut, dann drehen wir die Reihenfolge. Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Kai Vogel das Wort.

(Zuruf Kay Richert [FDP])

Ich bitte, das dem Abgeordneten von der Heide nachzusehen, weil erst vor Kurzem beschlossen wurde, die vorherigen Punkte abzusetzen. Jetzt kommt also erst der Abgeordnete Vogel an die Reihe.

(Tobias von der Heide [CDU] betritt den Plenarsaal - Kai Vogel [SPD]: Ich war als Erster da!)

- Einigt euch! Schnick-Schnack-Schnuck?

(Tobias von der Heide [CDU] tritt ans Redepult)

- Herr Vogel, danke trotzdem für die Bereitschaft, Ihre Rede jetzt schon zu halten.

Dann hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Ich bitte in- ständig um Entschuldigung für meine Abwesenheit. Das war nicht beabsichtigt. Aber Sie haben es ja gesagt: Ich hatte gar nicht mitbekommen, dass wir eine Veränderung in der Tagesordnung hatten.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Sexueller Missbrauch oder sexuelle Gewalt an Kindern ist jede sexuelle Handlung, die an oder vor Mädchen und Jungen gegen deren Willen vorgenommen wird oder der sie aufgrund körperlicher, seelischer, geistiger oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen können. Der Täter oder die Täterin nutzt dabei seine/ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um eigene Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen.“

Das ist eine sozialwissenschaftliche Definition von der Website des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Das klingt abstrakt. Deutlicher wird die Dramatik dieses Themas, wenn man Stimmen von Betroffenen zu Wort kommen lässt. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Ich hatte keinen Schutz mehr, denn der, von dem ich Geborgenheit erhoffte, mein Vater, kam nachts und missbrauchte mich. Als ich es Oma einmal erzählte und sie meinen Vater ansprach, da tyrannisierte er für einige Zeit die ganze Familie, vor allem meine behinderte Schwester. Mir drohte er, dass er sich umbrächte und ich dann ins Heim käme.“

Dieser kurze Eindruck schildert mit vielen Aspekten das Leid und die Wehrlosigkeit von Opfern sexualisierter Gewalt, erst recht, wenn es sich um Kinder und Jugendliche handelt. Sexualisierte Gewalt findet oft im privatesten Umfeld statt. Sie geht von unmittelbaren Vertrauenspersonen, der eigenen Familie, dem Onkel, der Schwester oder sogar von den eigenen Eltern aus. Sexualisierte Gewalt steht oft im unmittelbaren Zusammenhang mit der Macht des Täters und der Wehrlosigkeit des Opfers. Gera-

(Tobias von der Heide)

de das macht es schwer, Fälle zu erkennen, aufzuklären und die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Wir haben uns hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und gerade das Handlungsfeld Schule in den Fokus genommen. Alle Kinder und Jugendlichen besuchen eine Schule. Deshalb ist es hier besonders sinnvoll anzusetzen. Uns geht es darum, das zu etablieren, was in Kindertagesstätten schon Pflicht und selbstverständlich ist: ein Schutzkonzept zum Schutz vor Gewalt.

Dabei ist uns klar - das haben wir auch in der Anhörung deutlich herausgearbeitet -: Gewalt hat viele Gesichter. Es kann nicht allein um sexualisierte Gewalt gehen. Gewalt gibt es in der Familie, sie gibt es in Institutionen, aber auch unter Kindern und Jugendlichen. Gewalt ist körperlich, aber auch seelisch, und findet über unterschiedlichste Wege statt. Gerade digitale Wege wie das Verschicken von herabwürdigenden Videos über soziale Netzwerke sind ein relativ neues Phänomen, das aber immer häufiger unter Kindern und Jugendlichen zu beobachten ist. Gewalt ist also vielfältig.

Mit unserem Antrag zeigen wir konkrete Maßnahmen auf, die wir ergreifen wollen. Dafür haben wir auch schon Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Wir wollen Prävention, Beratung und Intervention intensivieren, wir wollen einen Fachtag zum Themenkomplex Gewalt, wir wollen einen Handlungsleitfaden mit vielen Partnern bis Ende 2021 finalisieren, wir wollen an die Fort- und Weiterbildung ran, und wir wollen mittelfristig strukturelle Schutzkonzepte an allen Schulen etablieren. Dafür werden wir schon jetzt tätig und haben einen konkreten Vorschlag für das Schulgesetz unterbreitet, mit dem wir für alle Schulen ein Präventions- und Interventionskonzept zu strukturellen Maßnahmen zum Umgang mit drohender und bestehender Gefährdung des Kindeswohls verpflichtend machen werden - eine lange erhobene Forderung des Kinderschutzbunds, von PETZE e.V. und anderen, die wir nun umsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Denny Bornhöft [FDP])

Dieser Beschluss ist ein großer Beitrag, um Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt, aber auch anderen Gewaltformen zu schützen.

Ich will es sehr deutlich sagen: Ich freue mich persönlich sehr, dass wir dieses wirklich wichtige Thema jetzt so anfassen. Ich habe viele Gespräche geführt - vor der Anhörung und vor den Anträgen. Es

ist wirklich gut, dass wir heute einen gemeinsamen Weg gefunden haben, dies im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu beschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Denn kein Kind darf körperliche oder psychische Gewalt erleiden, und kein Kind darf missbraucht werden. In der Schule verbringen unsere Kinder viel Zeit. Hier haben wir es in der Hand, einen wichtigen und konkreten Beitrag zur Prävention, Beratung und Intervention gegen Gewalt zu leisten. Heute gehen wir das Thema gemeinsam an. Die Betroffenen brauchen unsere Hilfe. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Wir haben im Bildungsausschuss eine Anhörung zum Antrag der Koalitionsfraktion durchgeführt, die für einen Sachantrag ungewöhnlich ausführlich gehalten war. Das war eine richtige Entscheidung, obwohl es über das Grundanliegen des Antrags nicht wirklich zwei Meinungen geben konnte. Aber es hat sich als sehr hilfreich erwiesen, dass die Überzeugung, die wir gemeinsam vertreten, dass Gewalt ganz allgemein und ganz besonders sexualisierte Gewalt zutiefst verwerflich ist, von all denen mit Analysen und Informationen unterfüttert wurde, die tagtäglich mit den Folgen dieser Gewalt umgehen müssen. Wir wissen, dass es nervenzehrend ist, wenn man als Vertreterin oder Vertreter einer Einrichtung, einer Behörde oder eines Verbandes immer wieder mit Leidensgeschichten von Opfern häuslicher oder anderer Gewalt konfrontiert ist.

Gewalt in den Familien ist nie belastender gewesen als in den vergangenen anderthalb Jahren, in denen der Partnerin von Gewalttätern oder vor allem Kindern, die in einem gewaltgeprägten Elternhaus aufwachsen müssen, die Rückzugsmöglichkeiten fast vollkommen genommen wurden. Wer zu Hause Gewalt erlebt, hält sie irgendwann für normal - der Kollege von der Heide hat es eben beschrieben.

Gerade dann, wenn er oder sie in der Schule nicht mehr der oder die Schwächste ist, ist die Versu-

(Kai Vogel)

chung groß, die eigene Stärke auch geltend zu machen. Die Schule als Schauplatz von Gewalt wird nicht dadurch entschärft, dass der größte Teil des Unterrichts auf Distanz stattfindet. Gerade sexualisierte Gewalt muss nicht unbedingt mit körperlichen Übergriffen einhergehen. Sie kann sich außerordentlich wirkungsvoll digital entfalten.

Darauf muss man sich in der Schule einstellen, an sehr verschiedenen Baustellen: Die Prävention, die Diagnose und die Intervention gegen Gewalt müssen in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte einen festen Platz einnehmen. Dabei betone ich besonders die Weiterbildung, weil diese Gewalt ihre Formen auch ändern kann, worauf sich die Lehrkräfte und andere an der Schule Arbeitenden einstellen müssen. In Präsenz oder auf Distanz müssen Opfer von Gewalt verlässliche und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner haben, die dazu qualifiziert sind, den richtigen Lösungsweg zu finden.

Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass mit dem Maßnahmenpaket, das wir heute beschließen werden, sofort alles besser wird. Dass Kinder und Jugendliche ihre Stärke zulasten Schwächerer austesten, ist schon immer so gewesen. Das heißt wahrlich nicht, dass man das akzeptieren muss. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel. Da sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Vor ein paar Jahrzehnten wären offen homosexuelle Spitzenpolitiker wie Westerwelle, Wowereit oder von Beust noch undenkbar gewesen - da nehme ich die SPD gar nicht aus. Wir sind aber leider noch immer nicht so weit, wie wir sein sollten. „Schwul“ wird immer noch als Schimpfwort gebraucht, gerade auch auf Schulhöfen. Da haben wir noch einiges an Arbeit vor uns.

Ich danke allen, die sich an der schriftlichen und mündlichen Anhörung des Bildungsausschusses beteiligt und dazu beigetragen haben, dass wir mit einem gemeinsamen Antrag ins Plenum zurückkehren. Der Bildungsausschuss wird sich auch künftig mit dem Problem schulischer Gewalt auseinandersetzen müssen. Ich hoffe deshalb besonders, dass von dem heutigen Landtagsbeschluss ein Signal an diejenigen ausgeht, die gegen Gewalt an Schulen kämpfen und denen wir unsere Unterstützung versichern.

Ich bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während meiner Zeit als Lehrerin hatten meine Teamkollegen und ich eine Schülerin, die noch in der Gemeinschaftsschule manchmal einnässte. Sie versuchte es zu verbergen, aber die Mitschülerinnen und Mitschüler bekamen es natürlich mit. Das machte es ihr in der Klasse schwer, und bei uns läuteten die Alarmglocken.

Wir haben natürlich überlegt, was dahintersteckt - auch sexueller Missbrauch war in unseren Köpfen. Wir haben die Schulsozialarbeit hinzugezogen und mit den Eltern gesprochen. Aber so richtig kamen wir nicht weiter. Wir haben dann mit dem Jugendamt Kontakt aufgenommen, es dauerte aber lange, bis es einen Termin gab. Es gab dann weitere Gespräche, unserer Meinung nach dauerte das alles viel zu lange. Und es gab keine standardisierte Vernetzung zwischen Schule, Jugendamt und Beratungsstellen.

Da ich danach in den Landtag gekommen bin, habe ich die Schülerin nicht weiter begleitet. Auf Facebook habe ich aber immer wieder von ihr gelesen, es scheint ihr gut zu gehen. Dieser Fall ist einer von vielen, die täglich an Schulen passieren. Es ist wichtig zu wissen, was zu tun ist, wen man ansprechen kann, wie wir Lehrkräfte uns verhalten und wie die Schülerinnen und Schüler unterstützt werden können. Schülerinnen und Schüler wollen angstfrei zur Schule gehen und müssen sich Personen anvertrauen können, wenn sie zu Hause Gewalt erleben. Lehrkräfte müssen geschult sein, psychische, körperliche oder sexualisierte Bedrohungen zu erkennen und Unterstützung zu organisieren.

Mit der Digitalisierung ist bei den Bedrohungen über das Internet und über soziale Medien eine neue Dimension hinzugekommen, vor der die Kinder und Jugendlichen geschützt werden müssen. Um dies leisten zu können, braucht es mittelfristig verbindliche Schutzkonzepte an den Schulen. Das hat auch die Anhörung zu unserem Antrag im Bildungsausschuss gezeigt. Die überwältigende Mehrheit der Anzuhörenden unterstützt diesen Ansatz.

Deshalb werden wir eine Ergänzung zum Schulgesetz einbringen, die die Schutzkonzepte verpflichtend macht. Der Absatz wird lauten: Zum Schutz der seelischen und körperlichen Unversehrtheit der Schülerinnen und Schüler verfügt die Schule über

(Ines Strehlau)

ein Präventions- und Interventionskonzept, insbesondere zur Gefährdung im Zusammenhang mit sexualisierter, psychischer und körperlicher Gewalt, zur allgemeinen Stärkung und Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler sowie zu strukturellen Maßnahmen im Umgang mit drohender und bestehender Gefährdung des Kindeswohls.

Die Konzepte sollen sowohl Maßnahmen zur Prävention als auch zur Intervention enthalten, also Maßnahmen zur Vorbeugung von Gewalt als auch Maßnahmen bei akuten Gewalterfahrungen. Es ist wichtig, dass die Schutzkonzepte alle Arten von Gewalt umfassen. So wird es auch im Schulgesetz verankert werden.

In der Anhörung wurde klar, dass durch die Digitalisierung die sexualisierte Gewalt leider verstärkt wird, zum Beispiel durch Cybermobbing oder Cybergrooming. Schulen wissen oft nicht, wie sie damit umgehen sollen. Deswegen ist auch die medienpädagogische Begleitung über die gesamte Schulzeit wichtig.

In den Schutzkonzepten ist die Kooperation der Schulen mit externen Partnern enorm wichtig. Das Jugendamt ist eine Unterstützung bei akuten Fällen, damit die Kinder und Jugendlichen gestärkt werden und sich gegen Übergriffe wehren können, es sind aber auch Angebote zur Prävention unbedingt notwendig, auch mit externen Einrichtungen. PETZE ist mit seiner langjährigen Erfahrung in diesem Bereich eine tolle Partnerin. Es ist richtig, sie mit Landesmitteln zu fördern. Es gibt aber auch andere Einrichtungen, die sehr gute Präventionsarbeit machen. Im Kreis Pinneberg ist es zum Beispiel der Verein Wendepunkt, der in Schulen viele Angebote in den Klassen macht. Der Wendepunkt hat aber ein breites Spektrum und bietet auch Beratung von Schulen und einzelnen Familien an.

Schule soll ein sicherer Ort bleiben, ein Schutzraum für Kinder und Jugendliche. Die Schutzkonzepte leisten dazu einen Beitrag. Es braucht aber auch zusätzliche Mittel für schnellere Beratungs- und Therapiemöglichkeiten. Wir sehen das gerade an den Folgen der Coronapandemie. Hier brauchen wir unbedingt mehr Plätze, auch, um schneller Therapien anzubieten und die Chance zu geben, die Folgen der Coronapandemie aufzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Anette Röttger [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diese Rede stellvertretend für meine Kollegin Anita Klahn.

Nachdem wir in dieser Legislaturperiode erstmals eine statistische Erhebung von Gewaltvorfällen an Schulen vorgenommen und eine umfangreiche Anhörung vollzogen haben, freuen wir uns, dass wir mit dem vorliegenden Antrag ein weiteres Zeichen gegen Gewalt setzen. Ich möchte deutlich betonen, dass wir uns mit diesem Antrag gegen jede Form von Gewalt - physisch oder psychisch - richten. Das gilt ebenso für verbale Gewalt wie für Cybermobbing.

(Beifall FDP)

Es ist absolut richtig, dass wir das Thema noch deutlich entschiedener als bisher in den Schulen angehen. Ziel muss es sein, Gewalt am sicheren Ort Schule so weit, wie es eben möglich ist, zu unterbinden. Daher wollen wir die Gewaltprävention als feste und wichtige Aufgabe im Schulgesetz verankern. Diese Verankerung soll dafür sorgen, dass alle Beteiligten noch sensibler als bisher mit der Thematik umgehen und mehr Verantwortung übernehmen, aber im Gegenzug auch mehr Unterstützung dafür erhalten.

(Beifall FDP)

Die Aufforderung an die Schulen, ein Präventions- und Schutzkonzept zu erstellen, soll sowohl den Schulen als auch den Schülern, Eltern und Schulleitungen klarer als bisher vor Augen führen, welche Formen von Gewalt es gibt, wie man sie frühzeitig erkennt und was dagegen unternommen werden kann. Aus noch einem Grund ist die gesetzliche Verankerung wichtig: Wir wollen sichergehen, dass wir auch jede Schule mitnehmen. Das heißt explizit nicht, dass wir den Schulen unterstellen, dass sie das Thema nicht kennen oder ignorieren würden.

Es geht vor allem darum, das Bewusstsein für Gewalt bei allen Beteiligten zu schärfen. Es soll Lehrkräfte motivieren, aber auch unterstützen, passende Fortbildungsangebote wahrzunehmen. Schulen sollen ermutigt werden, Kooperationen mit Hilfesystemen zu nutzen.

Gerade verbale Gewalt oder Cybermobbing verschwinden oftmals unter dem Radar der Wahrneh-

(Dennys Bornhöft)

mung, weil sie in einem sehr begrenzten Raum sichtbar werden, schwer zu kontrollieren und die Grenzen fließend sind. Es gibt neue Formen der sexualisierten Gewalt wie das Drängen, selbst intime Fotos zu machen und sie zu versenden, die dann gegen die Person verwendet werden, oder das Grooming, bei der sich eine ältere Person über Social Media das Vertrauen eines Kindes erschleicht, um dann Missbrauch zu begehen. Das gab es vor einigen Jahren oder Jahrzehnten in dieser Form noch nicht. Hier muss es Schutzkonzepte, Leitfäden und Anleitungen geben, wie ein Missbrauch erkannt werden kann, und diese müssen regelmäßig aktualisiert und erweitert werden; denn leider werden auch die Missbrauchsmethoden moderner.

Meine Damen und Herren, wie bei fast allen Themen im letzten Jahr tut sich auch bei diesem Thema die Coronapandemie einmal mehr traurig hervor. Die Schülerinnen und Schüler haben die bisherigen Maßnahmen tapfer hingenommen, sich mit den älteren Mitbürgern solidarisch gezeigt, sind zu Hause geblieben und haben sich mit Homeschooling arrangiert.

Mobben auf dem Schulhof mag weniger geworden sein, weil die Schule ja überwiegend geschlossen gewesen ist, das heißt aber leider nicht, dass Mobbing verschwunden ist. Es hat sich in die sozialen Medien verlagert, zu WhatsApp, Instagram, Snapchat, TikTok und weiteren. Eine andere erschütternde Kehrseite des Homeschooling ist leider, dass es vermehrt zu häuslicher Gewalt und Missbrauch gekommen ist.

Gewalt präventiv zu begegnen, ist deshalb so wichtig, weil die Schule mehr und mehr Begegnungsort wird und nicht nur der reine Lernort von 8 bis 13 Uhr ist, wie das im letzten Jahrhundert überwiegend der Fall gewesen ist. Vor allem mit dem geplanten Ausbau der Ganztagschule werden Schülerinnen und Schüler immer mehr Zeit in der Schule verbringen. Umso wichtiger ist es, dass die Schule ein angstfreier Ort ist.

Wir erhoffen uns durch eine bessere Verzahnung mit bereits bestehenden Angeboten der Fachberatungsstellen wie beispielsweise Petze, Kinderschutzbund, aber auch der Arbeitsgemeinschaft der Polizei, AGGAS, dass Lehrkräfte und andere im Schulsystem beschäftigte Menschen auf Diagnostik, Prävention und Intervention im Kontext von Gewalt gut vorbereitet werden. Durch den Austausch wird es noch besser möglich sein, angemessene Verhaltensregeln zu erlernen.

In den Kitas haben wir eine solche Verpflichtung bereits erfolgreich eingeführt. Daher bin ich optimistisch, dass wir das im Schulbereich ebenso erfolgreich umsetzen können. Mit einer Verpflichtung im Schulgesetz ist der erste erfolgreiche Schritt hierfür getan.

(Beifall FDP)

Abschließend möchte ich mich im Namen von Anita Klahn für die konstruktive Beratung im Bildungsausschuss bedanken und dafür, dass wir diesen Antrag fraktionsübergreifend auf den Weg bringen konnten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag steht im Zusammenhang mit der Datenbank für Gewaltverbrechen an Schulen, über die wir in dieser Legislaturperiode schon zu mehreren Gelegenheiten geredet haben. Die ersten Erkenntnisse aus dem Schuljahr 2018/19 waren die auch im Antragstext zitierten Zahlen von 585 Einzelfällen mit insgesamt 756 Taten - mehr Taten als Fälle, weil verschiedene Formen von Gewalt oft miteinander einhergehen. Deswegen ist es auch richtig, wenn wir - so, wie es in diesem Antrag auch geschieht - die verschiedenen Ausprägungen mitdenken.

Wenn wir von Gewalt an Schulen sprechen, dann beinhaltet das auch sexualisierte Gewalt. Diese wiederum beginnt bereits da, wo sie mündlich oder schriftlich geäußert wird. Dafür muss es nicht erst zu körperlichen Übergriffen kommen.

Tatsächlich wird durch neue Kommunikationswege im Netz der Raum, in dem Gewalt und Mobbing stattfinden, auf eine gewisse Weise entgrenzt. Denn die Drangsalierung hört nicht hinter dem Zaun zum Schulhof auf, sondern erstreckt sich mit einer nicht einschätzbaren Reichweite bis über das Kinderzimmer hinaus.

Wenn beispielsweise an einer Schule herabwürdigende Abbildungen oder Kommentare mit sexualisiertem Inhalt über Nachrichtendienste oder Apps verbreitet werden, kann das bei den Betroffenen zu starken psychischen Belastungen bis hin zu Schul-

(Jette Waldinger-Thiering)

angst fühlen, besonders wenn sie sich alleingelassen fühlen. Sie kennen das gegebenenfalls selbst: Man kann das Handy zwar auch mal ausschalten, aber die Entwicklung hält man damit trotzdem nicht auf.

Beim Thema körperliche sexualisierte Gewalt habe ich aus der Anhörung als besonders einprägsam mitgenommen, dass Präventionsprogramme schon vor Beginn der Pubertät ansetzen müssen, um Kindern und Jugendlichen verständlich zu machen, wo Grenzüberschreitungen anfangen, auch unter Gleichaltrigen. Es schadet nicht, hiermit schon in Kitas anzusetzen. Gleich welchen Alters müssen Kinder ermutigt werden, Nein zu sagen, Grenzen zu verbalisieren.

In der Anhörung ist unmissverständlich klar geworden, dass unsere Schulen verbindliche Schutzkonzepte brauchen. Deswegen sind wir uns auch fraktionsübergreifend einig, dass diese nun an allen Schulen entwickelt und vor allem auch gleichermaßen umgesetzt werden sollen, natürlich an die jeweilige Schule angepasst. Jede Schule braucht einen gemeinsam abgestimmten Plan, Verhaltensregeln und klare Konsequenzen.

Auch in dieser Anhörung wurde - ich erinnere an die Debatte gestern - immer wieder auf die Wichtigkeit von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen als geeignete Ansprechpersonen hingewiesen. Die meisten Kinder - so hörten wir es von der Leiterin des Kinderschutz-Zentrums Kiel - zeigten keine direkten Anzeichen, wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen seien. Unsere Lehrkräfte müssen also auch schon in der Ausbildung in besonderer Art und Weise hierfür sensibilisiert werden.

Ich bin daher zu der Schlussfolgerung gekommen, dass wir auch die Zahl unserer Beratungslehrkräfte weiter ausbauen müssen, beispielsweise durch Fortbildung beim Verband der Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer. Unser mittelfristiges Ziel sollte der Einsatz von ausreichend Beratungslehrkräften aller Geschlechter an allen Schulen sein, um die Lehrkräfte in den Bereichen der Prävention und Intervention zu stärken.

Ich wollte heute schon an anderer Stelle Astrid Lindgren zitieren und möchte das jetzt tun. In ihrer Utopie des Weltfriedens, die sie in ihrer Rede „Niemals Gewalt“ zeichnet, beginnt auch sie bei der Erziehung von Kindern. Ich denke da jetzt nicht an Krieg, wohl aber an das Durchbrechen von Verhaltensmustern und an die klare Ansage: „Niemals Gewalt!“, im Großen wie im Kleinen.

Daher bin ich froh, dass wir an diesem Tag gemeinsam ein starkes Zeichen gegen Gewalt setzen und unseren Schulen die Unterstützung zusichern, die sie brauchen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat die fraktionslose Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor zwei Jahren veröffentlichte Hannah Gestrich von der Medienberatung Wildwasser e. V. im Wissenschaftsmagazin „Public Health Forum“ einen Fachbeitrag, der die sexualisierte Gewalt an Mädchen als gesamtgesellschaftliches und vor allem strukturelles Problem thematisierte und herausarbeitete.

Gerade die Gewalt an Mädchen und Frauen stellt danach keinen Einzelfall dar. Bis zu 20 % aller Mädchen sind von sexueller Gewalt betroffen. Gestrich arbeitete in ihrem Beitrag auch heraus, dass sexuelle Gewalt gegen Mädchen fast ausschließlich im sozialen Nahraum stattfindet. Zwischen 80 und 90 % der Täter sind Männer.

Anfang 2019 erschütterte eine Serie von Frauenmorden Österreich. Vier der fünf Täter stammten aus dem islamischen Kulturkreis.

(Unruhe)

Alice Schwarzer sagte damals in einem Interview - ich zitiere -:

„Jetzt aber taucht mit den Männern aus diesen Ländern wieder die öffentliche Gewalt auf: diese grausamen, oft rituellen Beziehungsmorde. Da wird ganz klar: Damit ist nicht nur die eine Frau, nicht nur das Opfer gemeint. Damit sind wir alle gemeint: ...“

Eine sinnvolle Gewaltprävention in der Schule muss deshalb vor allem Mädchen und junge Frauen im Blick haben, und das Augenmerk muss besonders auf muslimisch geprägte Männer gerichtet werden. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse über den Antrag - -

(Zurufe: Die Ministerin!)

- Ach, die war noch gar nicht. Entschuldigung. - Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien. - Da war ich eben aus dem Konzept.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir dürfen nicht müde werden, über Gewalt und ihre Ächtung - nicht nur in unseren Schulen, sondern in der Gesellschaft insgesamt - zu sprechen. Wir müssen immer wieder auf dieses gesellschaftliche Problem aufmerksam machen. Ich darf mich bei den Abgeordneten des Landtags bedanken, die im Bildungsausschuss einen Raum dafür geschaffen haben, um dieses Thema in einer sehr angemessenen Art und Weise zu bearbeiten. Ich bin den Abgeordneten, aber auch den Angehörten dankbar für diese Anhörung.

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Wir sollten uns dieses wichtige Thema und dessen Behandlung nicht durch eine wiederum bewusste - ich kann es Ihnen nicht ersparen, Frau von Sayn-Wittgenstein - islamophobe Äußerung kaputtmachen. Dazu ist das Thema viel zu wichtig.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Kinder und Jugendliche können in all ihren Lebensbereichen von Gewalt betroffen sein: in der Familie, im Verein, in der Peergroup und auch in der Schule. Besonders aber in der Schule haben wir die Möglichkeit der Prävention und der Intervention, weil wir dort alle Kinder und Jugendlichen erreichen können.

Das Zentrum für Prävention des IQSH unterstützt Lehrkräfte, Schulleitungen sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit vielfältigen Maßnahmen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie bitte. - Ich weiß, dass ich vorhin vergessen habe, die Ministerin aufzurufen. Ich würde mich aber trotzdem freuen,

wenn Sie der Ministerin ein bisschen Gehör schenken. Es ist laut!

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Wir haben ein vielfältiges Angebot an Präventionsmaßnahmen durch das IQSH - da war ich stehengeblieben -, dazu gehört ein weites Spektrum von Fortbildung zu Gewaltprävention, unter anderem auch zur Entwicklung von Schutzkonzepten und - auch das ist mir wichtig - zum Schutz vor Gewalt gegen Lehrkräfte.

Den Schulen stehen dabei viele außerschulische Partner zur Seite, mit denen das IQSH kooperiert. Das ist bereits erwähnt worden. Außerdem hat das Zentrum für Prävention in den vergangenen Jahren einschlägige Fachtage zum Thema Sexualität und sexuelle Gewalt durchgeführt. Diese Fachtage wird das IQSH in ständig aktualisierter Form auch weiter anbieten, denn sie sind eine wirkungsvolle Maßnahme, um dieses Thema einer relativ großen Anzahl von Lehrkräften zugänglich zu machen.

Wir werden die Fort- und Weiterbildung ausweiten und außerdem gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, inwieweit wir die Diagnostik, die Prävention und die Intervention bei sexualisierter Gewalt auch in der ersten Phase der Lehrkräfteausbildung verstärken können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, das Thema Gewaltprävention und auch das Thema sexualisierte Gewalt ist auf unserer Agenda. Insofern begrüße ich den Antrag der Regierungskoalition und die inzwischen gemeinsame Verständigung zwischen allen demokratischen Parteien, denn jede öffentliche Debatte rückt das Thema sexualisierte Gewalt ein Stückchen mehr in den Fokus und ermöglicht uns, die nötige Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und unser aller Achtsamkeit zu entwickeln. Denn das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.

In der mündlichen Anhörung ist noch einmal deutlich geworden, wie wichtig es ist, das Thema Gewaltprävention als Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen. Es müssen alle in Schule Beteiligte mit einbezogen werden, aber es muss eben auch die Kooperationen mit dem außerschulischen Bereich gestärkt werden. Als außerschulische Partner sind bereits heute benannt worden: pro familia, PETZE, der Kinderschutzbund und der Verein Wendepunkt.

Innerhalb der Schule sind es natürlich die Schulleitungen, die Lehrkräfte, nicht zu vergessen die Eltern, die schulischen Assistenzen, die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die Kräfte im offenen

(Ministerin Karin Prien)

Ganztag sowie die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Meine Damen und Herren, auch die Hausmeisterin oder den Hausmeister dürfen wir an dieser Stelle nicht vergessen, auch nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsekretariate. Alle müssen achtsam sein, und alle müssen darauf achten, dass eine Schumatmosphäre entsteht, in der Ansprechpartner für Gewaltopfer erkennbar sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Zusammenhang will ich auch ausdrücklich erwähnen, dass mich der Wunsch der Landeschülervertretung nach Einbeziehung und Mitwirkung besonders gefreut hat.

Ich möchte auch noch auf die Schulgesetzänderung eingehen. Die Aufnahme der verpflichtenden Aufstellung von Präventionskonzepten ist - das hat die Anhörung aus meiner Sicht klar gezeigt - notwendig und geboten. Es ist richtig, solche Konzepte an jeder einzelnen Schule zu entwickeln und umzusetzen. Ich möchte aber auch sagen, dass das eine große Herausforderung für die Schulen ist. Das ist nicht einmal eben so gemacht. Da geht es auch darum, die Unterstützungssysteme, die ich eben genannt habe, so mit einzubeziehen, dass daraus ein wirksames Schutzkonzept entsteht.

Das ist natürlich immer die Krux: Eigentlich müsste das bereits gestern erledigt sein, das Thema duldet auch keinen Aufschub, trotzdem wird es noch eine Weile dauern, bis alle Schulen ein entsprechend wirksames Schutzkonzept entwickelt haben. Deshalb ist es richtig, die Frage der Schutzkonzepte ein wenig zu strecken, denn die Schulen brauchen Zeit, um das zu entwickeln. Sie wissen, in welcher Situation sich unsere Schulen zurzeit befinden.

Die Prävention und der Umgang mit sexualisierter Gewalt ist ein Thema, bei dem wir hartnäckig sein müssen, mit dem wir uns aber auch sorgfältig und achtsam beschäftigen müssen. Das tun wir.

Ich darf an dieser Stelle einmal Rita Süßmuth zitieren - mit Erlaubnis der Präsidentin -, die sagte:

„Gewalt ist Analphabetentum der Seele.“

In unserer Gesellschaft sollten wir ein Analphabetentum gleich welcher Art nicht hinnehmen, in unseren Schulen schon gar nicht. Denn jedes Kind hat das Recht auf Schutz, auf Unversehrtheit und natürlich auf Bildung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2508, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Schloss Eutin“

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2873

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/2940

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter - oder alternativ jemand anderem aus dem Bildungsausschuss.

(Unruhe)

- Berichterstattung?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Ich verweise gern auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Besten Dank.

Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2873, anzunehmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt müsste doch Tagesordnungspunkt 11 kommen, oder?

(Zurufe: Ja! - Sehr gut! - Genau!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2961

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/3031

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier, oder einer Vertretung. - Frau Bockey, wenn sie gern möchte.

Kathrin Bockey [SPD]:

Auch ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den Bericht.

Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2961, anzunehmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gegenstimmen? - Einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Auflösung der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2987 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/3036

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am Mittwoch den Gesetzentwurf der

Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP überwiesen bekommen. Wir haben gestern im Sozialausschuss getagt und uns entsprechend darüber ausgetauscht.

Ich darf Ihnen die gute Nachricht überbringen, dass mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD einstimmig der Auflösung der Pflegeberufekammer durch das Land Schleswig-Holstein zugestimmt worden ist.

Wir haben folgende Korrekturen, Ergänzungen und Erweiterungen vorgenommen:

„1. Vor Artikel 1 werden die Worte ‚Der Landtag wolle beschließen:‘ durch folgende Worte ersetzt:

‚Gesetz zur Umsetzung der Auflösung der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein

Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:‘

2. In Artikel 1 § 2 wird nach Absatz 5 folgender Absatz 6 angefügt:

‚(6) Das Land Schleswig-Holstein sichert die von der Pflegeberufekammer erarbeiteten Stellungnahmen, Positionspapiere, Ergebnisse von Befragungen und sonstigen Grundlagendokumente in geeigneter Weise und macht diese in anonymisierter Form öffentlich zugänglich.“

- Das war ein Antrag der SPD-Fraktion.

„3. In Artikel 7 wird die Überschrift ‚Art. 7‘ durch die Überschrift ‚Artikel 7‘ ersetzt.“

Ich bitte um Zustimmung zu dem Beschluss des Sozialausschusses.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Eine Aussprache ist auch zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2987 (neu), in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag in der Fassung der Drucksache 19/3036 angenommen.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Sterbende und ihre Angehörigen nicht im Stich lassen - Sterbenotruf unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2782

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Die Reden geben Sie bitte zu Protokoll.

Ich schlage vor, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2782, in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Klarstellende Feststellung der Unzumutbarkeit von Versammlungen zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zur Landtagswahl

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2981 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2981 (neu), in der Sache abzustimmen und weise darauf hin, dass für die Annahme die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, somit 49 Stimmen, erforderlich ist. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimme der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/3017

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/3017. Voraussetzung für die Abstimmung

ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/3017 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Jetzt muss ich noch darauf hinweisen, wann die nächste Tagung ist.

(Zurufe: Juni!)

- Im Juni. Danke, die Herren. - Bitte stellen Sie sich auf eine dreitägige Tagung ein. Die Tagung beginnt um 10 Uhr, und zwar am?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: 16. Juni!)

- Danke schön, liebe Jette. - Am 16. Juni 2021. Ich wünsche allen ein schönes Wochenende und frohe Pfingsten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:56 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Sterbende und ihre Angehörigen nicht im Stich lassen - Sterbenotruf unterstützen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2782

Andrea Tschacher [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen möchten nach einem möglichst langen Leben schmerzfrei, im vertrauten Umfeld, das heißt nah am Gewohnten, selbstbestimmt, sozial eingebunden und gut versorgt aus dem Leben scheiden. Darin sind wir uns gewiss alle einig. Ich denke, Zustimmung finde ich auch, wenn ich sage, kein Mensch sollte einsam sterben müssen.

Die Realität sieht jedoch so aus, dass circa 80 % aller Menschen nicht so sterben, wie sie es sich wünschen. Rund 10 % der Menschen sterben ohne ihre Angehörigen oder Familie und unbegleitet. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl in Zukunft noch steigen wird. Das ist mit der demographischen Entwicklung zu begründen.

Bedenken wir auch, dass in Zeiten der Coronapandemie noch mehr Menschen aufgrund von medizinischer Isolation, der Beachtung von Hygienevorschriften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nicht so wie gewünscht und erforderlich begleitet werden können und infolgedessen einsam sterben. Angehörige und Zugehörige können nicht so Abschied nehmen und trauern, wie es ihnen ein Bedürfnis und ein Herzenswunsch wäre. Das hat Folgen - alltagseinschränkende Trauer kann viele Jahre anhalten. Wenn eine gewünschte Begleitung nicht möglich ist, verlängert sich dieser Zeitraum oftmals noch erheblich.

Wie ist nun aber die derzeitige Situation in Schleswig-Holstein im Bereich der notfallorientierten Begleitung von sterbenden Menschen und der Begleitung von trauernden Angehörigen?

Wir haben die Notfallhilfe mit dem medizinischen Notruf 112, das Notarztwagen-System und die punktuelle, psychosoziale Unterstützung durch psychosoziale Notfallversorgung und auch die Telefon-Seelsorge. Dennoch sehen wir als Jamaika-Koalition eine Versorgungslücke bei der Unterstützung von Sterbenden und ihren Angehörigen. Das betrifft insbesondere die notfallorientierte Begleitung von

sterbenden Menschen sowie die kurzfristige, konkrete und direkte Unterstützung von begleitenden und trauernden Angehörigen.

Wir möchten dabei helfen und unterstützen, diese Versorgungslücke zu schließen beziehungsweise das vorhandene Netzwerk auszubauen und einen Sterbenotruf einzurichten. Die Begleitung von hilfesuchenden Menschen - Sterbenden, Angehörigen, haupt- und ehrenamtlichen Kräften - soll dann über eine zentrale Stelle koordiniert werden. Das kann dann per Telefon, Online oder persönlich vor Ort erfolgen. Diese Erprobung sollte in enger Kooperation mit dem Hospiz- und Palliativverband Schleswig-Holstein e.V., der Telefonseelsorge sowie den Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege und Gesundheitsversorgung erfolgen.

Eine zentrale Koordinierungsstelle mit einem Sterbenotruf kann dafür Sorge tragen, dass alleine sterbende Menschen begleitet werden und dass Angehörige und Zugehörige von sterbenden Menschen Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung bei der Begleitung ihrer Lieben erhalten. Pflegefachkräfte, medizinisches Personal und Rettungskräfte könnten entlastet werden, aber bei Bedarf sogar selbst dort Hilfe suchen. Um das zu ermöglichen, setzen wir uns als Jamaika-Koalition dafür ein, dass ein Sterbenotruf in Schleswig-Holstein eingerichtet werden kann.

Wir bitten daher die Landesregierung darum, alle Möglichkeiten zu prüfen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch in Schleswig-Holstein ein Sterbenotruf eingerichtet werden kann. Das soll zunächst im Rahmen eines Modellprojektes erfolgen. Berührend, kompetent, rund um die Uhr - Menschen werden digital, virtuell und hybrid, persönlich vor Ort begleitet. Wir wollen die Voraussetzungen für diesen personellen und organisatorischen Einsatz und den Aufbau dieser professionellen Strukturen schaffen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Exponentielles Wachstum, Inzidenz, Nachverfolgung, Social Distancing, Super-spreading, R-Wert, PCR-Test, Homeoffice - Wörter, die dem jeweiligen Spezialisten aus ihrem Fachbereich zwar geläufig, aber für die breite Bevölkerung erst seit einem Jahr zum Alltagswörterbuch hinzu-

(Birte Pauls)

gekommen sind. Ein weiteres Wort oder, nein, eher ein Ausdruck für eine Situation, die man sich weder selbst noch seinen Zugehörigen wünscht, ist das Wort hybride Sterbebegleitung. Es wirkt erst einmal kalt, distanziert, technisch.

Für Sterbende und Zugehörige, für die der Tod relativ plötzlich kommt, wo es keine Zeit des innigen Abschiedes gibt, eine Vorbereitung auf die Situation durch hospizliche Begleitung nicht möglich ist., ist es mit Hilfe der Technik in manchen Situationen gelungen, den Kontakt zu den Angehörigen digital zu organisieren. In Krankenhäusern, Hospizen und Pflegeheimen wurde einsam gestorben, über viele Monate grausamer Alltag. Viel zu wenig Personal um die Begleitung von Zugehörigen zu ersetzen. Was diese unfassbar schwierige Situation mit den Sterbenden, Erkrankten, Zugehörigen, Pflegenden und Ärzten macht, können wir nur erahnen.

Die Infektion mit Covid-19 und den neu aufgetretenen Mutationen können bei Älteren mit Vorerkrankung, aber auch bei jüngeren, gesunden Menschen eine sehr schnelle und nicht vorausahnende Verschlechterung des Zustandes nach sich ziehen. Wer möchte in solcher Situation nicht noch einmal mit Zugehörigen sprechen oder tröstende Worte erfahren? Der Hospiz- und Palliativverband Schleswig-Holstein hat es vorgemacht. Unter dem Motto. „Digitale Sterbebegleitung in Zeiten der Coronapandemie“ sind mit Hilfe von Tablets viele Kontakte mit Älteren und Sterbenden ermöglicht worden, die es sonst nicht mehr gegeben hätte. Es gibt eben Situationen und Momente, die man nicht nachholen kann. „Niemand soll alleine sterben müssen“ ist die Motivation für diesen besonderen Einsatz, für den wir uns herzlich bei allen Beteiligten, Organisatoren wie Spendern bedanken.

Dieselbe Motivation leitet die Organisation Sterbenotruf. Es handelt sich dabei um eine gemeinnützige GmbH im Rahmen von Social Business in Gründung. Hinter dem Projekt steht die Firma Enteles, die zurzeit unter anderem durch Crowdfunding Geld für dieses Ziel sammelt. Ziel dieser Organisation ist es, deutschlandweit mit Hauptamtlichen und Nebentätigen das Sterbenotrufsystem mit der hybriden Trauer- und Sterbebegleitung zu etablieren und dort ergänzend tätig werden, wo andere Instrumente nicht greifen. Die direkte Ansprache erfolgt digital, virtuell, oder per Telefon von mittlerweile bundesweit über 3.000 qualifizierte Sterbe- und Trauerbegleiterinnen und -begleiter. Das Projekt ist bereits in Schleswig-Holstein beim Hospiz- und Palliativverband und beim Städtischen Krankenhaus in Kiel an-

gekommen und wird durch die Christian-Albrecht-Universität unterstützt.

Die SPD hat den Haushaltsantrag der Koalition für die Unterstützung des Sterbenotrufs mitgetragen. Dabei legen wir allerdings großen Wert darauf, dass die Koordination federführend bei der Koordinierungsstelle des Hospiz- und Palliativverbandes liegt, um Doppelstrukturen in Schleswig-Holstein zu verhindern. Wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass die bislang im Hospiz- und Palliativbereich Tätigen sich zurückgesetzt fühlen oder dass etwa mit der Organisation Geld verdient wird. Auch die, wie im Projekt beschriebenen, angeblich vorhandenen regionalen Lücken, dürfen natürlich nicht außerhalb von Coronazeiten zum Alltag werden.

Generell ersetzt die hybride Trauerbegleitung natürlich nicht die persönliche Nähe, die gehaltene Hand, das tröstende Wort, die wärmende Umarmung und Nähe eines geliebten oder zugehörigen Menschen. Aber wenn die Technik einen letzten gemeinsamen Moment möglich machen kann, dass ist das gut. Uns tun alle Menschen und ihre Zugehörigen unendlich leid, die diesen nicht nachholbaren Moment des Abschiedes alleine erleben mussten. Niemand sollte alleine sterben müssen. Deshalb freuen wir uns über jeden Öffnungsschritt auch in dieser Hinsicht.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Herr Präsident! Einsam sein ist nur in den seltensten Fällen schön. Meistens ist es eher bedrückend. Am schlimmsten aber muss es sein, wenn man an seinen letzten Tagen einsam ist. Wir alle haben noch die Berichte im Ohr von Menschen, die im ersten Lockdown verstorben sind, ohne noch mal ihre Angehörigen gesehen oder gehört zu haben. Die Pandemie brachte uns so in eine Ausnahmesituation, in der stationäre Einrichtungen so streng abgeriegelt werden mussten, dass selbst der letzte Abschied oft nicht möglich war. Wir sind uns alle einig, dass dieser Zustand in Schleswig-Holstein nie wieder eintreten darf.

Es ist wiederum aber leider so, dass nicht nur ein kurzfristiger Lockdown der Grund dafür ist, dass Menschen in Einsamkeit von uns gehen. Ob während der Nachtzeit in einem Pflegeheim oder einer Klinik oder aber allein zu Hause - in vielen Fällen kann nicht immer gewährleistet werden, dass eine möglichst vertraute Person in den letzten Lebensstunden bei einem ist. In Zeiten, in denen Singlehaushalte zunehmen, vielfach die Mobilität aufgrund des steigenden Alters abnimmt, steigt auch die Einsamkeit und damit die Zahl an Personen, die

(Dennys Bornhöft)

einsam von uns gehen. Geschätzt sterben schon jetzt 10 % aller Menschen ohne Angehörige oder Familie und unbegleitet. Dies muss aber nicht so bleiben!

Sterbebegleitung erfolgt ehrenamtlich wie hauptamtlich überwiegend vor Ort, im direkten Austausch mit dem Menschen. Es gibt aber auch andere Formate wie die telefonische Seelsorge oder gänzlich digital. Diese Formate aus der Ferne sind keine ersetzende, sondern eine ergänzende Hilfe. Es kommt darauf an, wie der betroffene Mensch am besten mit dem Dahinscheiden umgehen kann. Auch für jene, die kein Vieraugengespräch möchten, aber sich trotzdem austauschen wollen und Redbedarf haben, kann so eine Hilfestellung geleistet werden. Mit dem Sterbenotruf soll die Versorgungslücke zwischen der aktuellen Notfallhilfe mit dem medizinischen Notruf 112, dem Notarztwagen-System und der punktuellen Unterstützung durch psychosoziale Notfallversorgung oder Telefon-Seelsorge geschlossen werden. Das betrifft sowohl die notfallhilfeorientierte Begleitung von sterbenden Menschen als auch die kurzfristige, konkrete und direkte Unterstützung von begleitenden und trauernden Angehörigen.

Ich bin sehr erfreut, dass sich inzwischen eine Initiative gegründet hat, welche sich momentan noch im Aufbau befindet, die einen möglichst deutschlandweiten Sterbenotruf etablieren möchte und durch die Kampagne WirVsVirus unterstützt wird. Es macht Sinn, dass die Bundesländer hierbei ergänzen und unterstützen, um Engagement und Ressourcen zu bündeln und nicht Parallelstrukturen zu schaffen. Daher ist uns auch eine sehr enge Einbindung der vielen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen der Hospiz- und Palliativversorgung wichtig, insbesondere natürlich mit dem HPVSH. Die interdisziplinäre Zusammensetzung der Initiative Sterbenotruf ist außergewöhnlich. Sie setzt sich zusammen aus: Sterbebegleiterinnen und Sterbegleitern, Sterbeamten und Sterbegefahrten, Koordinatorinnen und Koordinatoren ambulanter und stationärer Hospizdienste, Social Entrepreneurs, Künstlerinnen, Social-Media-Redakteurinnen und -Redakteuren, Philosophen, Theologinnen, Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern, Medizinerinnen und Mediziner, Gruppenführer des Katastrophenschutz, Krankenpflegekräfte, Psychologie-Studierenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Pädagoginnen und Pädagogen und Coaches.

Mit ihrer Arbeit leisten sie zudem einen Beitrag bei der Umsetzung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Dieses Abkom-

men, welches in Deutschland durch die Träger der Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin - DGP -, des Deutsche Hospiz- und Palliativverband - DHPV - und durch die Bundesärztekammer - BÄK - vertreten wird, will die Aus-, Fort- und Weiterbildung, Forschung, Politik, Qualitätsmanagement, Arzneimittelversorgung und allgemeine Zugänglichkeit stärken. Der letzte Punkt wird hier angesprochen mit einem niederschwelligem Zugang zur Hilfe - mit dem Sterbenotruf.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den über 2.000 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Tätigen im Palliativ- und Hospizbereich in Schleswig-Holstein bedanken. Insbesondere möchte ich mich für die FDP-Fraktion bei Herrn Dr. Repp und Frau Ohlsen vom HPVSH und dem Sozialministerium und Minister Garg bedanken, die neue Ideen und Innovationen stets positiv aufnehmen beziehungsweise vorantreiben, so nun auch bei der Initiative Sterbenotruf.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sterbensranke Menschen müssen in der letzten Phase ihres Lebens darauf vertrauen können, dass sie möglichst gut versorgt werden und nicht in Einsamkeit sterben müssen. In Schleswig-Holstein sind dafür bereits gute Strukturen in der Sterbebegleitung aufgebaut worden, die grundsätzlich auch eine persönliche Begleitung vor Ort ermöglichen. So gibt es im Hospiz- und Palliativbereich etwa 2.000 ehrenamtlich Tätige, die neben den hauptamtlichen Kräften mit viel Herzblut und Engagement dabei sind. Sie bilden eine wichtige Säule der Hospizarbeit und begleiten sterbensranke Menschen in ihrer letzten Lebensphase.

Durch die Coronavirus-Pandemie ist die persönliche Begleitung vor Ort nach wie vor stark eingeschränkt. Hier hat der Hospiz- und Palliativverband gleich zu Beginn der Pandemie durch den Einsatz von Tablets eine digitale Sterbebegleitung ermöglicht, die weiterhin zum Einsatz kommt.

Ein Sterbenotruf per Telefon und zusätzlich online, der dann kurzfristig auch eine persönliche Begleitung vor Ort ermöglichen soll, könnte den seit Kurzem beschrittenen digitalen Weg weiter vertiefen. Der Sterbenotruf würde das bereits vorhandene Angebot in der Sterbebegleitung also noch einmal erweitern.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Zum Sterbenotruf tauscht sich mein Haus bereits mit dem Hospiz- und Palliativverband und dessen Vorstandsvorsitzendem Professor Roland Repp aus. Der Verband beschäftigt sich seit Dezember mit der Thematik. Es war Tim Komischke, der sich bundesweit für den Aufbau eines Sterbenotrufs einsetzt und dafür an den Verband herangetreten ist. Ein erstes Gespräch meines Hauses mit Herrn Komischke unter Beteiligung des Hospiz- und Palliativverbandes zum Sterbenotruf hat bereits stattgefunden. Das Vorhaben von Herrn Komischke ist ein Projekt des „Wir versus Virus Hackathon“ der Bundesregierung und wird aus einem gleichnamigen Matching Fonds gefördert.

Ein Sterbenotruf müsste möglichst in die bereits vorhandenen Strukturen eingegliedert werden. Das Ziel ist, die Sterbebegleitung so auszubauen, dass damit noch mehr Menschen erreicht werden können.

Mein Haus wird daher ein Konzept erstellen, das als Basis für den Aufbau eines Sterbenotrufs in Schleswig-Holstein dienen kann. Das Sozialministerium wird sich dazu in einem nächsten Schritt auch mit der Telefonseelsorge und mit den Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege und Gesundheitsversorgung austauschen. Mit dem Hospiz- und Palliativverband und im gemeinsamen Austausch mit Herrn Komischke wird zu klären sein, in welcher Region ein Sterbenotruf als Modellprojekt umgesetzt werden könnte.

Darüber hinaus wird zu klären sein, über welche Qualifikationen die beim Sterbenotruf potentiell tätigen haupt- und ehrenamtlichen Kräfte verfügen müssen. Sollte eine notfallmäßige Betreuung der sterbenskranken Menschen vorgesehen sein, würde das die Anforderungen an die Personen, die bei einem Sterbenotruf tätig wären, deutlich erhöhen. In diesem Falle müsste auch eine Betreuung und Supervision der haupt- und ehrenamtlich tätigen Kräfte beim Sterbenotruf ermöglicht werden.

Beim Thema Strukturen ist noch zu berücksichtigen, dass ein Sterbenotruf eindeutig abzugrenzen ist von klassischen Notrufsystemen des Notfall- und Rettungsdienstes. Hier stellt sich vor allem die Frage, unter welchen Umständen in der Praxis der Notfall- und Rettungsdienst tätig werden muss, wenn ein Mensch sterbenskrank ist und den Sterbenotruf wählt. Auch ist die Frage noch zu klären, ob eine Rund-um-die-Uhr-Besetzung des Sterbenotrufs möglich und perspektivisch umsetzbar wäre.

Meine Damen und Herren, das Ziel ist eindeutig: Niemand soll in Schleswig-Holstein in Einsamkeit

sterben müssen. Ein Sterbenotruf als digitale, virtuelle und hybride Sterbe- und Trauerbegleitung ist daher eine weitere sinnvolle Ergänzung, weshalb wir die Initiative von Herrn Komischke bereitwillig aufgegriffen haben. Das Ziel ist, den Sterbenotruf in die vorhandenen Strukturen so einzubauen, dass keine Doppelstrukturen entstehen. Daher sind jetzt zunächst Abstimmungsprozesse mit allen Beteiligten erforderlich, bevor ein Sterbenotruf modellhaft zum Einsatz kommen kann. - Vielen Dank.